

AMAZORA

NR 14/99
4 DM

Es ist Krieg.
Und alle
stimmen zu.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
INTERnationalismus oder interNATIONALISMUS	4
Kurze Geschichte des Balkans	8
Imperialistische Interessen im Krieg gegen Jugoslawien	15
Frauen in Schwarz gegen den Krieg	23
Aufruf: Unterstützerinnen der Frauen Schwarz	25
Aufruf der unabhängigen Friedensinitiative aus Belgrad	26
Help Radio B92	28
Medica mondiale e.V.:	
Projektvorstellung	29
Interview mit Monica Hauser	31
Sexualisierte Gewalt im Krieg und ihre	
Funktionalisierung in den Medien	34
Dokumentation	36
Ungebrochene Kontinuität in der deutschen	
Flüchtlingspolitik	39
Aufruf der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V.	40
Gegen eine neue Art der Ausschwitzlüge	41
Aufruf von FrauenLesben aus Berlin	42
Kommentar aus dem ak: Gute Serben, böse Albaner	46
Women against Fundamentalism	47
Unsichtbare Hausarbeiterinnen	55
Diskussionspapier zur 8.März Demo in München	56
7.Ost-FrauenLesben Sommer Camp	57

So bestellt Ihr die Amazora:

Auf den äußeren Umschlag: Papiertigerinnen
Cuvrystr. 25
10997 Berlin

und auf den inneren Umschlag, in dem Eure Texte,
Papiere, Anregungen, Kritiken, Veranstaltungshinweise,
Tips, Leserinnenbriefe, Kohle (!???!, tja wir haben
leider immer noch kein Konto) etc. stecken schreibt
Ihr: "Amazora"

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung ist solange
Eigentum der Absenderin, bis sie der Gefangenen
persönlich ausgehändigt wurde. "Zur-Habe-Nahme"
ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses
Vorbehalts. Wird die Zeitung der Gefangenen nicht
persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit
dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Wird die Zeitung nur teilweise persönlich ausgehän-
digt, so sind die nichtaushändigten Teile, und nur
sie, der Absenderin mit dem Grunde der Nichtaus-
händigung zurückzusenden.

Liebe FrauenLesben,

hier ist sie wieder die neue Amazora. In der letzten Ausgabe haben wir den Schwerpunkt Internationalismus angekündigt, aufgrund der aktuellen Ereignisse haben wir uns jedoch entschlossen, uns in dieser Ausgabe auf den Krieg in Jugoslawien zu konzentrieren. Die Auseinandersetzung zu Internationalismus spielt natürlich auch dabei eine wichtige Rolle. Deshalb beschreibt der erste Text unsere Diskussionen zu Internationalismus bzw. internationalistischer Solidarität und hinterfragt warum wir uns auf wen in unserer politischen Arbeit beziehen.

Im darauffolgendem Artikel versuchen wir grob die Geschichte des Balkan, mit Hauptschwerpunkt Kosovo, darzustellen. Wir finden es wichtig die geschichtlichen Zusammenhänge zumindest teilweise zu kennen, um die jetzige Situation besser einschätzen zu können. Außerdem wollen wir mit diesem Text der immer wieder auftretenden Argumentation, man könne sich zu den Kriegen auf dem Balkan nicht verhalten, weil man die Vorgänge nicht versteht, etwas entgegensetzen.

Uns läuft ein kalter Schauer über den Rücken, wenn wir darüber nachdenken, welche Konsequenzen der Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien zum einen für Jugoslawien aber auch im Hinblick auf evtl. zukünftige Kriege gegen andere Länder haben wird. Der nächste Text ist eine Einschätzung zu den imperialistischen Interessen der NATO und ihre Bedeutung für die Zukunft.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist Beispiele für oppositionelle Gruppen in Jugoslawien aufzuzeigen, um deutlich zu machen, daß es auch antinationale Kräfte in Jugoslawien gibt. Wir veröffentlichen einen Aufruf oppositioneller Gruppen, einen Aufruf der „Frauen in Schwarz“ und einen Aufruf einer Unterstützerinnengruppe der „Frauen in Schwarz“ aus Berlin. Außerdem stellen wir euch kurz das Radio B92 aus Belgrad vor.

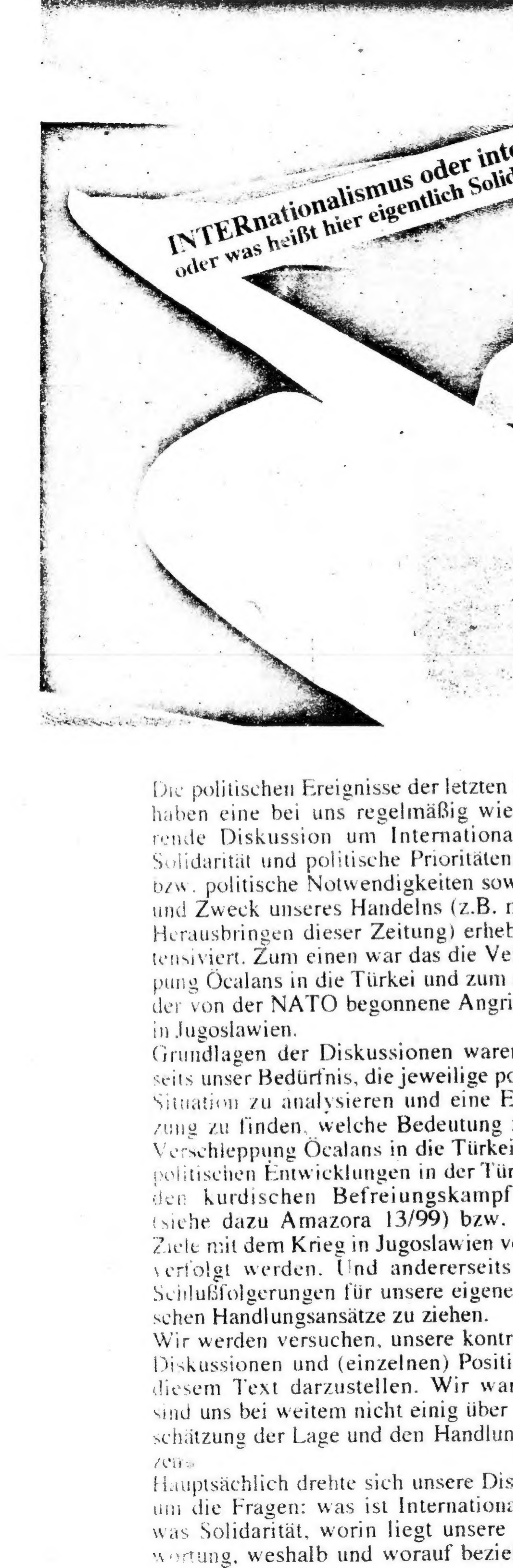
Das Projekt Medica mondiale fördert die medizinische und psychosoziale Betreuung kriegstraumatisierter Frauen sowie Aufklärung über Kriegsverbrechen an Frauen. Wir veröffentlichen die Texte zu Medica mondiale zum einen um das Projekt zu unterstützen und weil wir die darin auftauchenden Einschätzungen zu der Situation im Kosovo sehr interessant finden.

Ob wir die Auszüge aus einer Dokumentarfilm zu Vertreibungen aus dem Kosovo veröffentlichen, haben wir uns lange überlegt. In einer Einleitung über dem Artikel findet ihr die Gründe für unser Zögern. Unenträglich ist das Gefasel der Grünen, die Gründe für diesen katastrophalen humanitären oder gar antifaschistischen, dazu ein kurzer Bericht zur Situation kosovo-albanischer Flüchtlinge in Deutschland und eine Erklärung der Lagergemeinschaft Ravensbrück gegen den Krieg, sowie einen Aufruf von Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenerschießungen gegen diese neue Art der Auschwitz-Folge.

Wir wären begeistert, wenn wir uns für die nächste Amazora Informationen darüber schicken könntet, welche Aktionen und Diskussionen es in euren Städten gegen den Krieg gibt.

wie immer

eure Amazonas



INTERNATIONALISMUS oder was heißt hier eigentlich Solidarität bzw. internationalistischer Kampf?

Die politischen Ereignisse der letzten Monate haben eine bei uns regelmäßig wiederkehrende Diskussion um Internationalismus, Solidarität und politische Prioritätensetzung bzw. politische Notwendigkeiten sowie Sinn und Zweck unseres Handelns (z.B. mit dem Herausbringen dieser Zeitung) erheblich intensiviert. Zum einen war das die Verschleppung Öcalans in die Türkei und zum anderen der von der NATO begonnene Angriffskrieg in Jugoslawien.

Grundlagen der Diskussionen waren einerseits unser Bedürfnis, die jeweilige politische Situation zu analysieren und eine Einschätzung zu finden, welche Bedeutung z.B. die Verschleppung Öcalans in die Türkei auf die politischen Entwicklungen in der Türkei und den kurdischen Befreiungskampf haben (siehe dazu Amazora 13/99) bzw. welche Ziele mit dem Krieg in Jugoslawien von wem verfolgt werden. Und andererseits daraus Schlußfolgerungen für unsere eigenen politischen Handlungsansätze zu ziehen.

Wir werden versuchen, unsere kontroversen Diskussionen und (einzelnen) Positionen in diesem Text darzustellen. Wir waren und sind uns bei weitem nicht einig über die Einschätzung der Lage und den Handlungsansätzen.

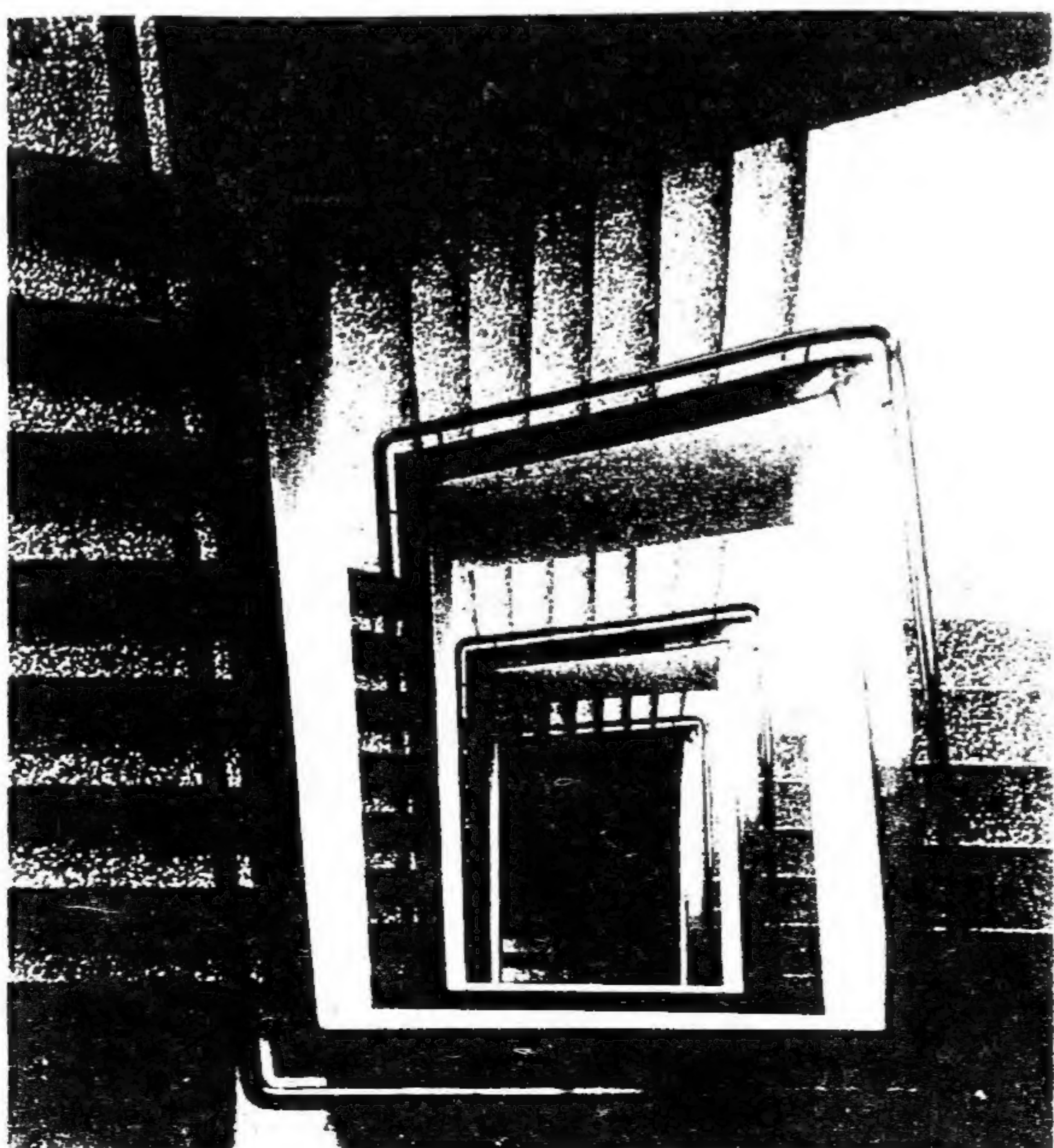
Hauptsächlich drehte sich unsere Diskussion um die Fragen: was ist Internationalismus, was Solidarität, worin liegt unsere Verantwortung, weshalb und worauf beziehen wir uns.

Unser Ziel ist eine befreite Gesellschaft, d.h. für uns - ganz platt und einfach - eine Gesellschaft, die frei ist von jeglichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsformen. Befreiung ist etwas Prozeßhaftes. Sie ist gleichzeitig ein individueller wie gesellschaftlicher Prozeß, da wir alle - wenn auch in unterschiedlicher Weise - von den Unterdrückungsstrukturen und Herrschaftsverhältnissen geprägt sind und uns im Spannungsfeld der individuellen und gesellschaftlichen Widersprüche bewegen. Das Private ist politisch - d.h., daß es nicht ausreicht, sich große revolutionäre Politik auf die Fahnen zu schreiben ohne eine Prozeß der Selbstveränderung. Außerdem funktioniert es nicht, die zentrale Staatsmacht zu übernehmen und eine Gesellschaft von oben verändern zu wollen, denn mit Führung statt Selbstbestimmung und Selbstorganisation werden die emanzipativen Entwicklungen an der Oberfläche stecken bleiben. Erfolgt im Wesentlichen keine Emanzipation aus der Gesellschaft heraus, werden revolutionäre Prozesse einfach im Sande verlaufen. Diese Erkenntnis ist angesichts der Realitäten in dieser Gesellschaft nicht gerade aufbauend.

Uns ist außerdem klar, daß es nicht ausreicht bzw. nicht möglich ist, eine befreite Gesellschaftsform in einem Land oder einer sogenannten Nation aufzubauen - nicht nur aufgrund des militärischen und wirtschaftlichen Druckes auf eine derart befreite "Insel" durch

weiter bestehende kapitalistische Systeme, sondern auch, weil es uns nicht ausreicht, wenn nur ein Teil der Menschen frei von Unterdrückung und Ausbeutung leben kann. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, Befreiungskämpfe weltweit miteinander zu verbinden, sich auf andere Kämpfe in einer Form zu beziehen, die die Industriegesellschaft der Metropolen nicht als das von anderen nachzuvollziehende Modell darstellen und diese Kämpfe solidarisch zu unterstützen. Logisch: Gemeinsam sind wir stark! Diese Einsicht in die Notwendigkeit ist nichts Neues - ich weiß. Ein Blick in die Geschichte der letzten 20 - 30 Jahre zeigt, daß BRD-Linke bereits einige Befreiungsbewegungen im Trikont unterstützten und sich mit ihnen identifizierten. An den einzelnen Soligruppen und -bewegungen in der BRD gab es - vor allem in den letzten Jahren - mehr oder weniger differenzierte und detaillierte Kritik.

Die Soligruppen hier haben sich immer positiv auf ethnische Minderheiten oder Gemeinschaften bzw. Befreiungsbewegungen im Süden bezogen, deren formuliertes Selbstverständnis im Widerspruch zur jeweiligen Regierungspolitik oder zu Konzernen u.ä. stand/steht. Meist waren/sind diese in ihrem Widerstand bzw. Opposition gegen die herrschende Politik bereits in einem weiteren Maße (als Bewegungen hier) organisiert oder vernetzt. Sich positiv auf einen organisierten Widerstand beziehen zu können ist verständlicherweise verlockend. Die Frage ist, welche Kriterien Grundlage für den Bezug und die Unterstützung sind. Die Vermittlung der Kriterien bleibt bei den meisten Soligruppen im Verborgenen. Ist es die Intensität der stattfindenden Unterdrückung? Ist es der Organisationsgrad vor Ort und im Exil? Ist es die inhaltliche Ausrichtung der Gruppe/ Bewegung? Oder sind es die angewendeten Politikformen?



Sicher, für die meisten Befreiungsbewegungen oder sich in Opposition bzw. Widerstand befindenden ethnischen Gruppen/ Gemeinschaften war und ist die Unterstützung oft blanke Notwendigkeit. Allerdings birgt der Bezug auf ethnische Kategorien auch die erbliche Gefahr der Forcierung ethnischer Spaltungen in sich. Zum einen wird damit in einer nationalistischen Argumentation verblieben, was kapitalistische Prinzipien stützt. Zum anderen sind bekanntlich ethnische Argumentationen die am meisten bemühten Begründungen bzw. sind in ihrer Zuspitzung eine der wichtigsten Ursachen für Konflikte und Kriege. Kriege können nur über nationalistische Argumentationen geführt werden. Aber auch in diesem Zusammenhang kann nicht einfach ein gut-böse-Raster angelegt werden ... Z.B. sehe ich mehrere Gefahren in der in erheblichem Maß auf Nationalismen beruhenden Mobilisierung des kurdischen Befreiungskampfes. Allerdings können diese nationalistischen Argumentationslinien innerhalb der kurdischen Befreiungsbewegung nicht losgelöst vom tief verankerten Kemalismus in der türkischen Gesellschaft betrachtet werden. Das Beispiel soll verdeutlichen, daß eine genaue Analyse der Verhältnisse vor Ort nötig ist und daß die Mobilisierung und Organisation von Widerstand gegen Unterdrückungsverhältnisse über ethnische und nationale Zugehörigkeit teilweise existentiell sein kann.

Deshalb solidarisieren wir uns mit dem kurdischen Befreiungskampf, nicht zu letzt, weil der Nationalismus einer unterdrückten Bevölkerung für uns etwas anderes ist als der einer unterdrückenden Nation. Uns ist darin allerdings bewußt, daß die Geschichte gezeigt hat, daß der Nationalismus einer unterdrückten Bevölkerung in ein Unterdrückungsverhältnis umschlägt, wenn er weiter Bestandteil der Bewegung bleibt, wenn sich die Machtverhältnisse ändern. Deshalb ist die Frage "Wohin soll der Kampf führen?" Bestandteil unserer Soliarbeit.

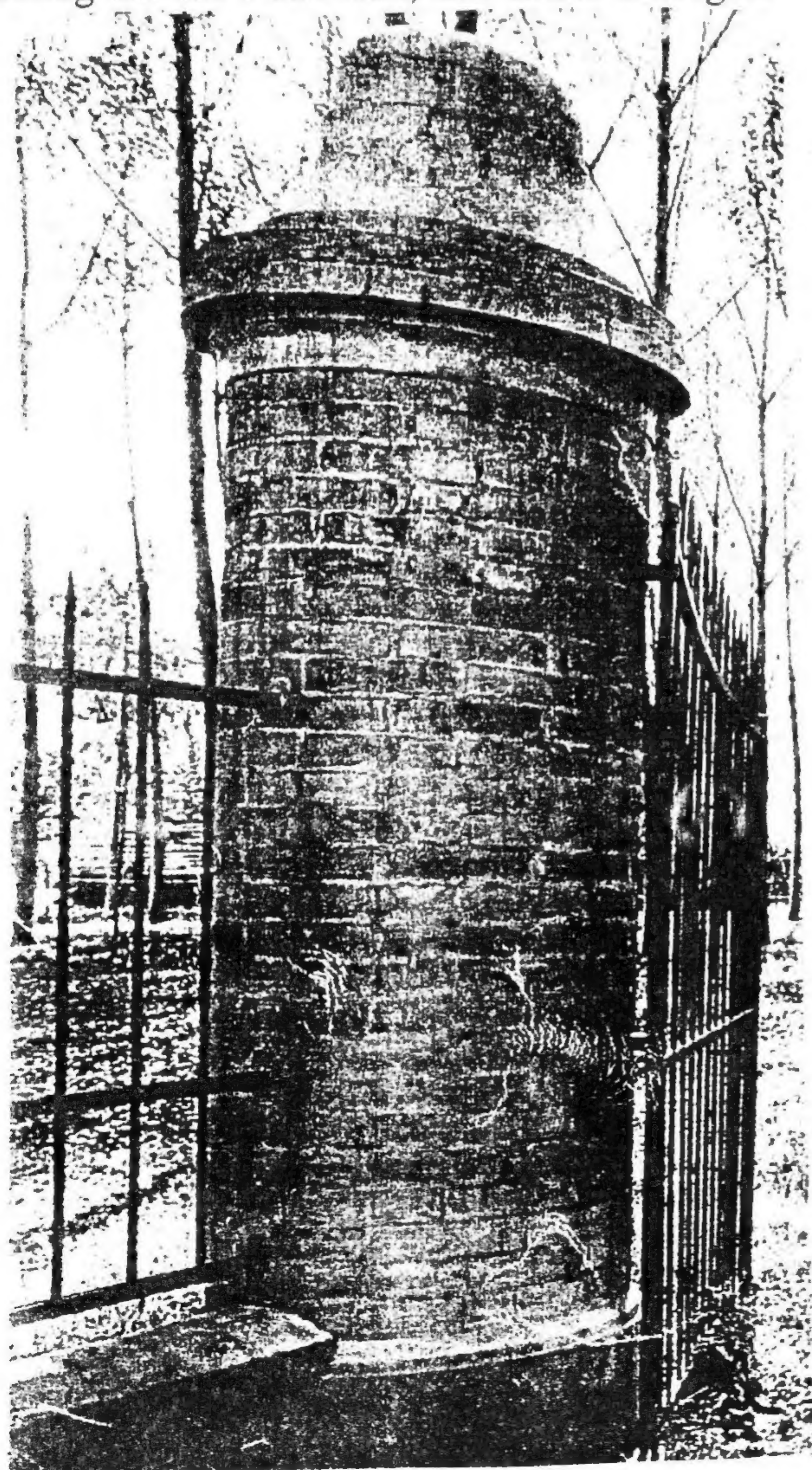
Ein weiteres Kriterium für die Soliarbeit ist oft die Identifizierung mit **den** Unterdrückten. Zugespißt formuliert, eine moralische Herangehensweise, eine Idealisierung der "Guten". Diese moralische Herangehensweise ist nicht per se richtig oder falsch, steht aber einem politischen Handlungsansatz mit emanzipativer, revolutionärer Perspektive im Weg. Denn weder sind die "Guten" eine homogene Interessengruppe, die ein gemeinsames Ziel - eine emanzipative oder gar revolutionäre Entwicklung - im Auge hat und

entsprechend handelt, noch planen die "Herrschenden", "PolitikerInnen" und "Konzerne" homogen und zielgerichtet an der Unterdrückung der Menschheit.

Außerdem beinhaltet diese Identifizierung eine Abgabe von Verantwortung, was Machtstrukturen und damit Hierarchien und Unterdrückung fördert.

Die Schwierigkeiten und Gefahren der moralischen Herangehensweise zeigt sich im derzeitigen Krieg gegen Jugoslawien (oder auch in der Bombardierung des Irak durch amerikanisches und britisches Militär). Das Anlegen des gut-böse-Schemas funktioniert hier nicht. Die politische Situation (in Jugoslawien) sind derart komplex, daß sie auf den ersten Blick so verfahren scheint, daß Handlungsansätze linker und emanzipatorischer Politik für viele nicht vorhanden zu sein scheinen. Die Konsequenz ist - wie meist in Kriegszeiten -, daß von linker Seite zu diesem Thema fast völlige Funkstille herrscht. Als reines Todschlagsargument ist in diesen Zeiten oft der Spruch zu hören: "Aber was willst du denn machen in dieser Situation?"

Es liegt auf der Hand, daß es bereits vor Jahren verkackt wurde, daß es der BRD-Linken nicht erst im Zusammenhang mit diesem Krieg auf die Füße fällt, daß keine tiefergrei-



fende Position zum sogenannten Ostblock existiert, daß deshalb Schweigen herrschte, als die BRD-Regierung 91 im Alleingang Kroatien als souveränen Staat anerkannte und damit in der Region Nationalismus und ethnische Spaltungen unterstützte bzw. forcierte und einen ersten Grundstein für den heutigen Krieg legte und daß der Schwerpunkt der meisten nach wie vor bei Kampagnen- bzw. Tagespolitik liegt, was m.E. ein enormes Verschleifen von Kräften bedeutet.

Das Unerträgliche an der Situation ist die Gleichgültigkeit, die einer hierzulande zum Thema Krieg entgegen schlägt.

Und so stellt sich für die eine oder andere die Frage des Weggehens. 'Hier wird dem Krieg/den Verhältnissen ja eh nichts entgegengesetzt oder so marginalisiert, daß es wenig oder nix bewirkt. Da unten im Kosovo kann frau vielleicht Frauenstrukturen stützen und ein paar Menschenleben retten, kann wenigstens individuell etwas bewirken und für sich eine subjektive Lösung finden'.

Aber wo liegen die politischen Notwendigkeiten, wie werden die Prioritäten gesetzt und Entscheidungen gefällt?

Und da sind wir wieder bei der Frage nach den Kriterien der Soliarbeit bzw. Unterstützung von ... -ja von was eigentlich? Von

Befreiungsbewegungen oder politischen Gruppen, von unterdrückten Minderheiten/Gemeinschaften oder gar "nur" von Einzelpersonen? Wie und warum entscheiden wir uns, bei wem oder was wir uns politisch engagieren? Ist es nicht schon schräg, wenn wir in den Metropolen Kriterien für unsere Soliarbeit aufstellen, weil wir unseren Arsch eh mehr oder weniger im Trockenen haben und bei uns die Frage der politischen Arbeit bei weitem nicht so eine existentielle ist, wie anderswo? Ohne Kriterien allerdings endet die Solidarität in der Beliebigkeit, besteht die Gefahr des Aufopfern oder Mutter-Theresa-Komplexes, steht einseitig helfende Solidarität einem gegenseitigen Austausch und damit einer gemeinsamen Entwicklung und Perspektive im Kampf gegen Unterdrückungsstrukturen entgegen.

Auch andere Gruppen haben sich in der letzten Zeit an der Formulierung von Kriterien für Soliarbeit versucht. Mit wortreichen Begründungen werden da Notwendigkeiten für die Soliarbeit erarbeitet. Außer acht lassen diese jedoch die Frage nach unserer politischen Verantwortung hier. Der Zusammenhang zwischen dieser und der Kriterienentwicklung für Soliarbeit fehlt in den meisten Ausführungen.



Haben wir hier in der BRD eine politische Verantwortung oder ist unsere Nationalität (wie es im Amtsdeutsch so schön heißt) nur etwas willkürliches und konstruiertes - wie uns Antinationale immer weismachen wollen - und damit etwas Vernachlässigbares?

Auch wenn Nationalstaaten und Staatsbürgerschaften willkürliche Konstrukte sind, die der Herrschaftssicherung dienen und ich eher zufällig das Glück habe, die Privilegien eines deutschen Passes zu genießen, ist genau das eine der Tatsachen, die meine politische Verantwortung hier in diesem Land ausmachen. Niemand wird abstreiten, daß die Politik hier, im Herzen der Bestie, gemacht wird. Aufgrund dieser Realität und weil wir hier leben, die Sprache und die Verhältnisse kennen, müssen wir uns in die Lage versetzen, den Verhältnissen hier etwas entgegen zu setzen und sei es wenigstens den Ablauf der Politik zu stören. Das können wir allerdings nur, wenn wir uns organisieren.

Etwas absurd kommt uns in diesem Zusammenhang immer wieder die Intensität der Kritik an inhaltlichen Ausrichtungen von Befreiungsbewegungen vor, da sie in keinem vergleichbaren Maß in Bezug auf Gruppen im eigenen Land existiert, zumal die Kritik sehr häufig als Begründung für Entsolidarisierungen herhalten muß. Wobei das Wort

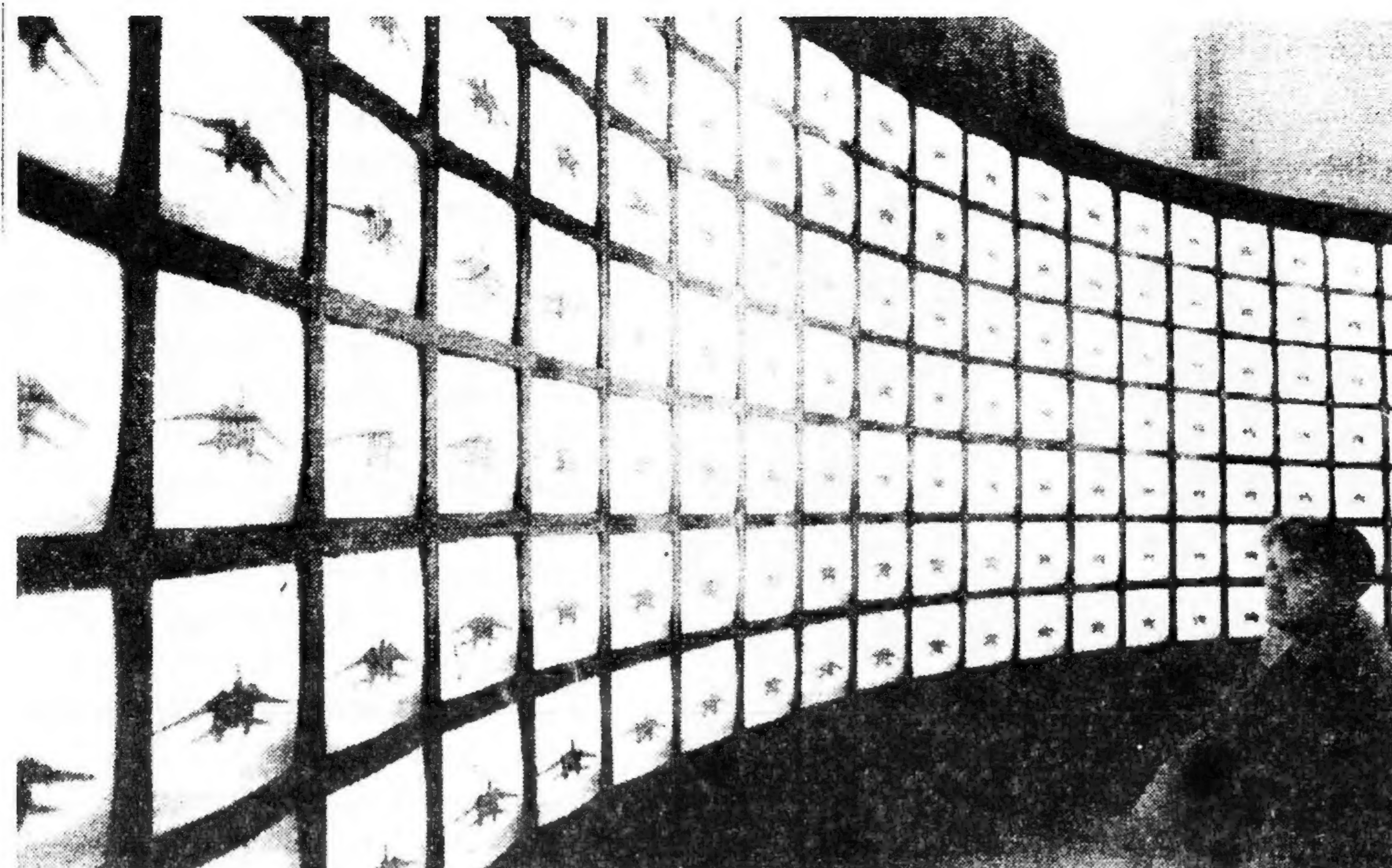
Entsolidarisierung impliziert, daß es mal eine Solidarisierung gab, was auch nicht gerade der Realität entspricht.

Für einige von uns hat damit das Ziel, hier zu einer politischen Kraft zu werden die etwas bewirkt, die einen Widerstand gegen die Verhältnisse ermöglicht (z.B. eine Organisation aufbauen) die politische Priorität. Andere Frauen in unserer Gruppe wiederum lehnen diese Gewichtung auf dem Widerstand gegen die Verhältnisse im eigenen Land ab. Letztendlich finden wir es falsch, von außen eine Art Meßlatte oder zynisch ausgedrückt eine Art Gütesiegel anzulegen, die Befreiungsbewegungen oder Gruppen nur dann als unterstützungswürdig einstuft, wenn sie unseren Politikansätzen am ähnlichsten sind und dem Standpunkt der Gleichwertigkeit der verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse berücksichtigt.

In Bezug auf Jugoslawien heißt das für uns, zur Kenntnis zu nehmen, daß es eine Notwendigkeit gibt, all jene Kräfte zu unterstützen, die, wenn auch nur partiell, den Unterdrückungsverhältnissen etwas entgegensetzen, weil sie emanzipatorische Ansätze innerhalb der Gesellschaft darstellen aus der heraus sich etwas entwickeln muß. Angesichts der Situation in Jugoslawien hat es z.B. u.E. schon eine enorme Bedeutung, wenn antinationale Kräfte oder PazifistInnen oder Gruppen mit humanistischem Ansatz- und seien es noch so kleine Gruppen - unterstützt werden. Dieser Ansatz ist immer wieder an Hand der gegebenen Bedingungen zu hinterfragen.

Unser Verständnis von Internationalismus ist demnach eine Mischung aus der Kritik an den Verhältnissen hier und einem Kampf gegen diese, sowie hier eine Vermittlung und Information über Verhältnisse und Widerstand in anderen Ländern zu organisieren, als auch die logistische Unterstützung von Gruppen.

So, damit bin ich zwar am Ende dieses Textes angelangt, wir als Gruppe allerdings erst am Anfang einiger Überlegungen. Es bleiben eine Menge offener Fragen und Widersprüche: Was ist Pazifismus, Humanismus, Antinational? Wie ist unser Verhältnis dazu? Wie kommen wir einer Organisation einen Schritt näher? Welche Strategien und Politikformen sind angemessen und notwendig, um unsere politische Verantwortung hier umzusetzen? usw. usw.



Imperialistische Interessen im Krieg gegen Jugoslawien

In diesem Artikel soll es darum gehen, welche Motive wirklich hinter dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien stecken. Unsere Darstellung ist eine Mischung aus gesammelten Informationen und Analysen und Einschätzungen, zu denen wir in unseren Diskussionen gekommen sind. Insgesamt finden wir, daß alle in diesem Krieg verbreiteten Informationen mit Vorsicht zu genießen sind, um nicht der Propaganda einer der kriegsführenden Parteien aufzusitzen. Erwartet also nicht der Weisheit letzten Schluß.

Die Zerstörung eines Landes, der gesamten Infrastruktur, die Bombardierung der Städte, bis hin zur Ermordung der Bevölkerung als humanitäre Maßnahme zu verkaufen, läßt sich an Zynismus kaum noch überbieten. Daß es dabei nicht um die Wahrung oder Durchsetzung der Menschenrechte geht, ist wohl klar. Darauf werden wir deshalb nicht näher eingehen, weil wir Kriegspropaganda nicht für maßgeblich halten. Jeder Krieg war bisher aus der Sicht der Angreifer ein „gerechter Krieg“.

Erstaunlich ist nur, wer gerade alles meint, „wir“ müßten was tun. Gemeint ist die NATO oder auch die Bundeswehr. Oder haben die „Massen“ jetzt den Handlungsbedarf entdeckt, aufgrund der Propaganda über die Greultaten „der Serben“ oder plappern sie stumpf nach, was die Führung ihnen vorkaut? Wir finden es keinesfalls gut, was serbische Freischärler und jugoslawische Bundesarmee und -polizei im Kosovo tun oder getan haben, aber wir können weder einen qualitativen noch einen quantitativen Unterschied der Unterdrückung von anderen Staaten von bestimmten Bevölkerungsteilen erkennen. Fakt

ist jedenfalls, daß die Angriffe der NATO die Situation gerade für die AlbanerInnen verschlimmert hat und daß die NATO ganz andere Ziele hat, als unterdrückten Menschen zu helfen. Um diese Ziele soll es nun gehen. Zuerst werden wir versuchen zu beschreiben, wie es zu den Bürgerkriegen, die hier gerne ethnische Konflikte genannt werden, gekommen ist. Ohne den Menschen, die in Jugoslawien leben, eine Eigenverantwortung bei der Entstehung dieser Bürgerkriege abzusprechen, wird in diesem Artikel nur von der Rolle der BRD, der EU und der USA die Rede sein. (In dem Artikel „Kurze Geschichte des Balkan“ wird auf die innerbalkanischen Ursachen und Hintergründe dieses Krieges näher eingegangen.)

Es wäre wohl gar nicht zu den Kriegen in Bosnien und im Kosovo gekommen, wenn die BRD und die USA, mit ihnen die Institutionen IWF und NATO die Kriegstreiberei unterlassen hätten. Wir finden es auch schwierig von den Nationalstaaten als handelnde Personen zu schreiben, genauso wie uns bewußt ist, daß Apparate wie NATO oder IWF sehr wohl eine Eigendynamik haben. Aber irgendwo und irgendwie müssen wir anfangen.

Die Westmächte haben mit Hilfe ihrer Vormachtstellung in der globalen Finanzwirtschaft, in Verfolgung ihrer kollektiven und individuellen „strategischen Interessen“, vom Beginn der 80er Jahre an mitgeholfen, die jugoslawische Wirtschaft zu vernichten und dabei schwelende ethnische, religiöse und soziale Konflikte angeheizt. Jetzt werden angeblich die Anstrengungen der internationalen Finanzclubs auf die „Unterstützung der

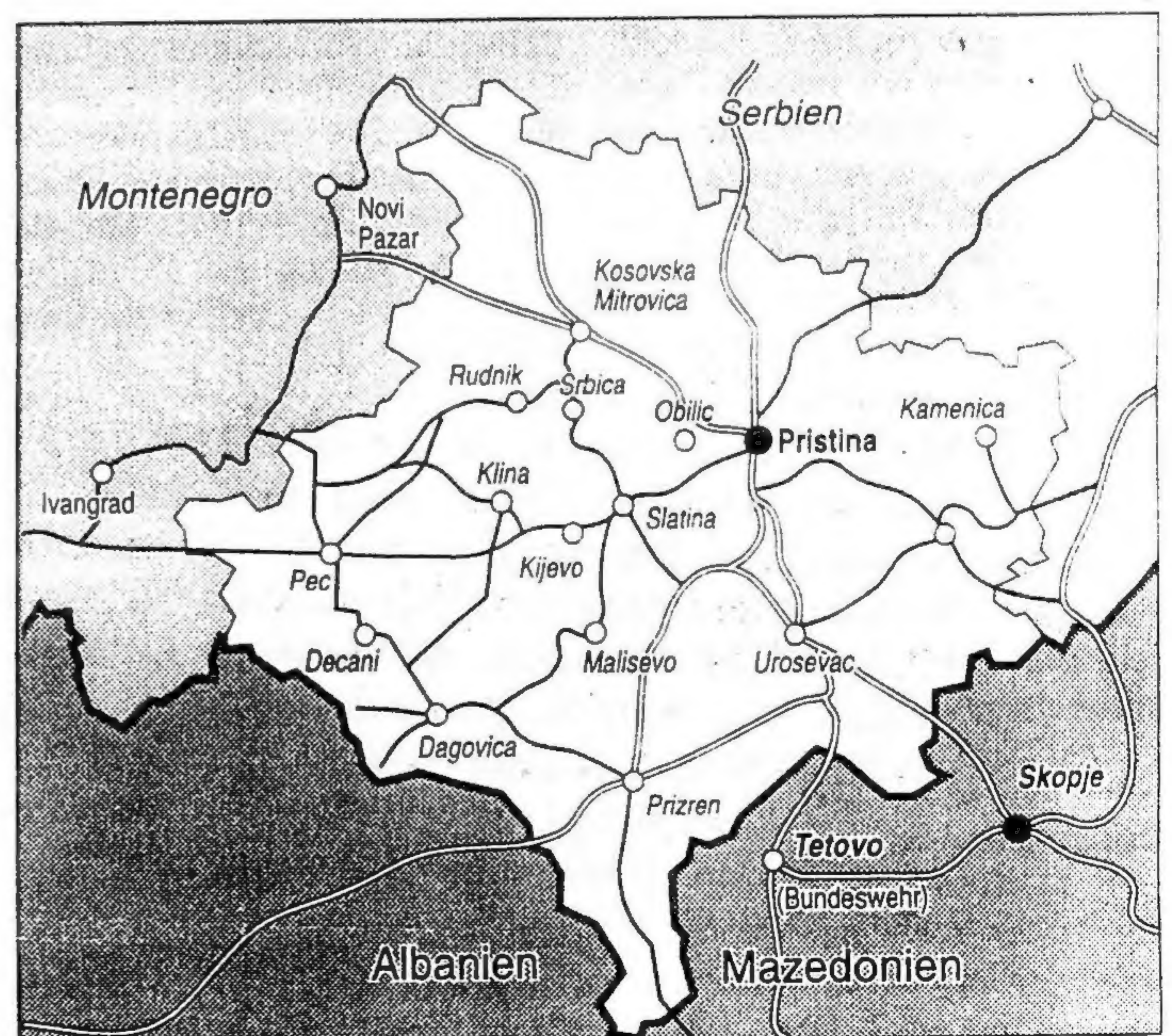
kriegszerstörten Nachfolgestaaten Jugoslawiens" konzentriert. Aber während sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Truppenbewegungen und Waffenstillstände richtet, sind die Kreditoren und internationale Finanzorganisationen dabei, die Auslandsschulden des ehemaligen Jugoslawiens einzutreiben und den Balkan in ein Paradies für die freie Marktwirtschaft zu verwandeln.

Die seit Beginn der achtziger Jahre durchgesetzten Reformen, diktiert von ausländischen Kreditoren (IWF), chaotisierten Wirtschaft und Politik des Landes, führten zur Zerstörung des industriellen Sektors und bauten Stück für Stück das Sozialsystem des Landes ab. In den USA hat es 1984 unter Reagan schon eine Geheimdirektive gegeben, in der gefordert wurde, Anstrengungen zur Entfaltung einer "stillen Revolution" zu unternehmen, mit dem Ziel der Überwindung kommunistischer Regierungen und Parteien, um die Länder wieder dem Wirkungskreis des Weltmarktes zu unterwerfen.

Im Herbst 1989 war ein Finanzhilfeprogramm von den USA an Jugoslawien im Austausch für drastische Wirtschaftsreformen versprochen worden, die die Einführung einer neuen abgewerteten Währung, ein Einfrieren der Löhne, eine drastische Kürzung der Staatsausgaben und die Abschaffung der selbstverwalteten vergesellschafteten Betriebe vorsah. Die "Wirtschaftstherapie" trug zur Lähmung des Bundesstaates bei. Steuergelder, die als Ausgleichszahlungen an die Teilrepubliken und die autonomen Provinzen hätten gehen sollen, dienten zur Schuldentilgung bei den Pariser und Londoner Finanzclubs.

Zur Strategie konkret auf den Kosovo bezogen, bleibt noch zu sagen, daß die UCK, also eine der Bürgerkriegsparteien, wohl massiv vom Westen unterstützt wurde. Uniformen und Waffen stammen wahrscheinlich aus NVA- und anderen westlichen Beständen. Auch ist zu vermuten, daß deutsche Militärs, BND und CIA die UCK in den letzten Monaten aufgerüstet und ausgebildet haben. Allerdings gibt es darüber wenig konkrete Fakten und glaubwürdige Informationen. Wir denken, daß die UCK auch nur so lange von den westlichen Ländern protegiert wird, wie das deren Zielen dient und auch nur so weit aufgerüstet wird, daß sie den westlichen Militärs im Falle einer Übernahme des Kosovo (internationales Protektorat) nicht gefährlich werden kann. Im Moment dient die UCK der NATO als Aufklärungstruppe für angepeilte Bombardierungsziele im Kosovo und als „inoffizielle“ Bodentruppe (sprich: Kanonenfutter).

In den Verhandlungen von Rambouillet wurde die UCK als offizielle Vertreterin der kosovarischen Seite von den USA eingesetzt, obwohl es immer noch eine gewählte Regierung der Provinz Kosovo gibt (Ibrahim Rugova). Wie anfangs verschwiegen (und das auch nicht ohne Grund!) beinhaltete ein wichtiger Teil des Rambouillet-Abkommens die Besetzung von ganz Jugoslawien durch NATO-Truppen, was einer Aufgabe der Souveränität gleichkommen würde und wohl von keinem Staat unterschrieben worden wäre. Die Verhandlungen von Rambouillet können somit als große Propagandashow zur Legitimierung der bereits geplanten Bombardierung durch die NATO angesehen werden. Spannend wäre es, sich vorzustellen, wie dieser Krieg wohl verlaufen würde, wenn Kriegsdienstverweigerern aus dieser Region die Möglichkeit gegeben würde, sich zu entziehen, indem eben diese Verweigerung hier als Asylgrund anerkannt würde. Das ist natürlich nicht gewollt. Was wäre, wenn kriegswütigen Regierungen das Kanonenfutter weglaufen würde? Das möchte wohl keine Regierung und deswegen unterstützt das auch keine, selbst wenn sie damit dem „Feind“ Soldaten entziehen würde.



Wirtschaftliche Interessen

Wie in allen Kriegen spielen auch hier wirtschaftliche Interessen eine Rolle. Die uns bekannten werden wir im Anschluß ausführen. Allerdings meinen wir, daß in diesem Krieg, die politischen, strategischen Interessen die entscheidenderen sind.

Mal abgesehen davon, daß die USA einen Teil ihres Atommülls in Form von DUMUNITION (depleted Uranium, auf deutsch: abgebranntes Uran) in Jugoslawien endlagert, was zwar eine ökologische Katastrophe ist, aber kein gutes Geschäft (die „konventionelle Endlagerung von dem Atommüll dürfte erheblich billiger sein als die Kriegseinsätze), geht es dem kapitalistischen Aus- und Umland ganz allgemein darum, Konkurrenz zu zerstören und Neoliberalismus durchzusetzen. Denn im Kapitalismus stehen die einzelnen Nationalstaaten in Konkurrenz zueinander. Speziell die BRD und mit ihr die EU haben kein Interesse, daß in nächster Nachbarschaft Länder existieren, die nicht als Schwellenländer nutzbar sind, das heißt billige Arbeitskräfte, abhängige Wirtschaft (Teilproduktionen), Müllkippe und eventuell Bodenschätze bieten. Jugoslawien hatte zudem in den sozialistischen Staaten eine Sonderstellung und die Wirtschaft ist nicht in gleicher Weise zusammengebrochen wie in den SU-Ländern. Die Regierung mußte nicht so extrem kriechen, um Kredite zu bekommen. Die Forderungen von IWF und Weltbank stießen auf beachtlichen Widerstand in der Bevölkerung und waren erst einmal nicht durchsetzbar. Jugoslawien liegt mitten im EU-Gebiet und trennte Griechenland und die Türkei geographisch vom Rest der EU-Länder.

Durch den Krieg ist zumindest die Wirtschaft komplett zerfräst und die Strukturen, die den Widerstand möglich gemacht haben, wahrscheinlich auch.

Eine Frau aus der oppositionellen Friedensbewegung formulierte das so: Die Nato-Bomben haben das Ziel, uns in Armut oder zur Flucht zu bomben und das Land in eine absolute ökonomische Abhängigkeit vom Westen zu zwingen. Wenn alles zerstört ist, müssen wir um Geld zum Wiederaufbau betteln und dieses wird nur zu bestimmten Konditionen gegeben. Wir müssen für einen Hungerlohn arbeiten, wir müssen mehr arbeiten, wir werden keine Selbstverwaltung (in Betrieben, auf dem Wohnungssektor, der Kinderversorgung) mehr haben, es wird keine Gesundheitsversorgung für alle mehr geben usw.

Weltbank (Internationale Bank für Reconstruction and Development)

Ziele/Aufgaben: Kapitalismus in den Ländern zu installieren. Credo ohne Wirtschaftswachstum kein Wohlstand. Wachstum durch Mobilisierung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Bank pflegt ihr technokratisches Image, wenn Wirtschaftswachstum in Aussicht gestellt wird, gibts Geld. Nennt sich somit nicht politisch. Finanziert seit den 80iger Jahren verstärkt makroökonomische Reformprogramme (ca. 25% der Ausleihungen), der Rest geht in Einzelprojekte. Kreditnehmer sind ausschließlich Regierungen. Durch Publikationen verbreiten sie entwicklungspolitische Forschungsergebnisse.

Endstehungsgeschichte: Sie wurde 1944 auf einer Konferenz der Bretton-Woods gegründet. Dort wurden auch IWF und WTO/GAT aus der Taufe gehoben. Eine Wiederkehr der Situation nach dem 1. Weltkrieg mit Reparationen, Finanzkrisen und Protektionismus sollte verhindert werden, damit Wachstum und Handel schnell wieder in Gang gebracht werden. Gleichzeitig mußten dritte Weltländer weiter unter Kontrolle gehalten werden, die sich von den Kolonialmächten zu lösen begannen.

In den über 50 Jahren ihres Bestehens widmete sich die Bank anfänglich dem Wiederaufbau Europas und Japans, nachfolgend der Kapitalisierung Ostasiens, der Rationalisierung der Landwirtschaft Südasiens, der "Schuldenkrise Lateinamerikas". In Afrika hat die Bank jungen Staaten geholfen die kapitalistische Ordnung aufzubauen. In jüngster Zeit widmet sie sich der kapitalisierung der Länder Ost- und Mitteleuropas sowie der Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

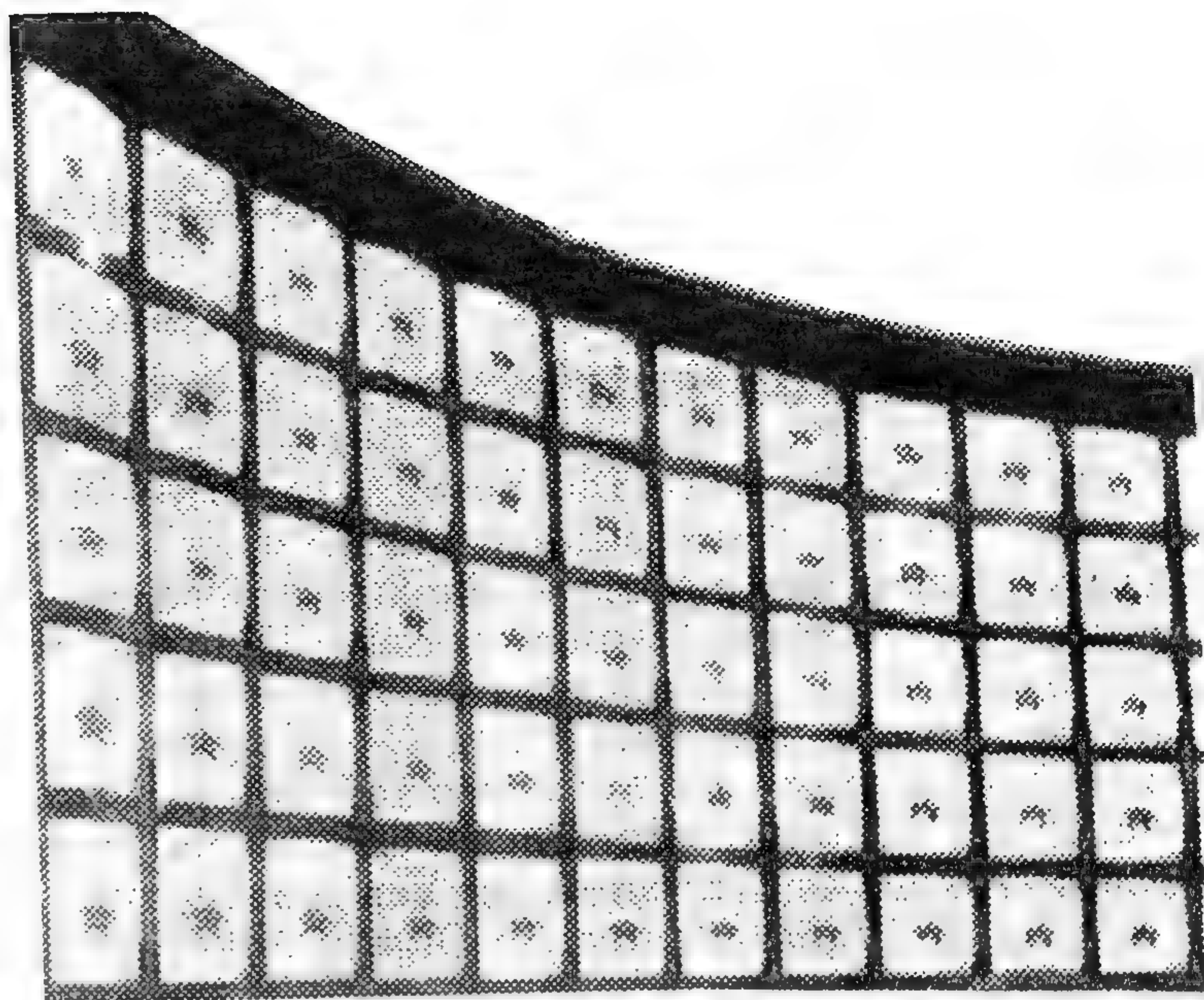
Aufbau. 180 Mitgliedsstaaten, Kuba und Nordkorea nicht dabei (Stand 97). Voraussetzung für Mitgliedschaft ist Mitgliedschaft im IWF. Ihr Hauptsitz ist in Washington D.C.. Oberstes Gremium ist laut Satzung der auf dem jährlichen Treffen von Weltbank und IWF tagende Gouverneurrat, in dem jedes Land 2 VertreterInnen schickt, meist Wirtschafts- oder FinanzministerInnen. Der Rat hat nix zu sagen, weil er sämtliche Befugnisse an das Exekutivdirektorium übertragen hat. In diesem 24-köpfigen Gremium haben die Länder, mit den 5 höchsten Kapitalanteilen feste Stimmen. Die übrigen 19 Sitze werden für 2 Jahre durch Wahl vom Gouverneurrat besetzt. Auch hier entscheidet die Höhe der Kapitalanteile über die Stimmrechte (USA 15,3%, Japan 10,7%, Deutschland 6,9%, Großbritannien 5%, Frankreich 4,2%, Saudi Arabien 3,5%, Indien 3,1%, Stand 97). Eine Änderung der Kapitalanteile kann nur mit mehr als 85% der Stimmen beschlossen werden. USA hat zusätzlich ein Vetorecht.

Daß die Deregulierungsmaßnahmen in Jugoslawien über Verarmung der Bevölkerung zu den Kriegen geführt haben, ist eine Sache. Die andere ist, wie der Westen an der Zerstörung durch den Krieg verdient. Das versuchen wir am Beispiel Wiederaufbau Bosnien-Herzegowina zu zeigen.

Die Verfassung, die im Friedensabkommen in Dayton ausgearbeitet wurde, regelt unter anderem entscheidende Dinge für die Wirtschaft in Bosnien. Sie legt die gesamte Wirtschaftspolitik Bosniens in die Hände der Bretton-Woods-Institutionen und der europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Zum Beispiel darf der Präsident der bosnischen Zentralbank kein Bürger Bosnien-Herzegowinas, noch Bürger der Nachbarstaaten sein. Somit steht die Zentralbank unter direkter IWF-Überwachung. Desweiteren darf diese Bank 6 Jahre lang keine Kredite vergeben, an denen sie verdient, was nun mal zu den Hauptsauereien von Banken gehört und womit sie sich finanzieren (=Profit machen). Praktisch wird dem neuen Staat eine eigene Währung verweigert, (die Preise in bosnischen Geschäften, auf Märkten und in Kneipen sind all nur in DM angegeben) indem er nur Papiergeld drucken darf, wenn es durch Devisen gedeckt ist. Damit wird die Selbstfinanzierung des Staates ohne massive Auslandsverschuldung von Anfang an verhindert.

Die Restrukturierung des öffentlichen Sektors wird von einer Kommission überwacht, deren Vorsitzender vom Präsidenten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung bestimmt wird. Damit hat diese Bank Kontrolle über die Restrukturierung, das heißt über Energie und Wasserwirtschaft, Post, Straßenbau, Bahn usw. Um eine Vorstellung über die Dimensionen dieser Unternehmen zu kriegen: Überlegt mal welche Unternehmen in Deutschland diesen Bereich abdecken (Telekom, deutsche Bahn, AG RWE und wie die Energiekonzerne alle heißen.) Das alles unter Kontrolle einer Bank, deren Hauptinteresse wie bei allen Banken darin besteht ihre Pfründe zu sichern.

Ein Präzedenzfall ist damit in der Geschichte der internationalen Beziehungen geschaffen worden: Westliche Kreditoren haben ihre Interessen in eine „Verfassung“ eingebettet. Es gibt keine verfassungsgebende Versammlung, keine Beratung mit Bürgerorganisationen in Bosnien-Herzegowina und keine „verfassungsrechtlichen Zusätze“, die bürgerliche Grundrechte verbriefen.



IWF - Internationaler Währungsfond

Ziele, Aufgaben: -Erleichterung des Welthandels, insbesondere des Warenaustausches zwischen Industrie - und Entwicklungsländern. -soll als Apparat zur Konsultation und Zusammenarbeit bei internationalen Währungsproblemen zur Seite stehen (Börsencrash) - soll Stabilität der Währungen fördern und Währungsabwertungen aus Wettbewerbsgründen vermeiden -soll Devisenverkehrsbeschränkungen beseitigen -soll das Vertrauen der Mitgliedstaaten gewinnen indem er, bei angemessenen Sicherungen, Fondsmittel zur Verfügung stellt. Hauptaufgabe sind diese zuletzt genannten Überbrückungshilfen. Außerdem soll der IWF die Wechselkurspolitik der Mitgliederstaaten überwachen
Entstehungsgeschichte: Der IWF wurde geschaffen um Weltwirtschaftskrisen zu vermeiden. Die IWF ist ein Kontrollorgan in Form einer ständigen internationalen Einrichtung, die Mitgliedstaaten verpflichten sich die Eckdaten ihrer Wirtschaft dem IWF zugänglich zumachen, damit dieser die Geldmenge überprüfen kann

Aufbau (Stand 1998) : -182 Mitglieder, Sitz in Washington DC, höchstes Beschlußorgan Gouverneursrat (2 Mitglieder pro Land meistens Minister oder Notenbankpräsident): beschließt Aufnahme neuer Mitglieder und die Mitgliedsquoten (Höhe der Einzahlungen der einzelnen Länder). Die Mitgliedsquoten bestimmen auch die Höhe der Finanzmittel die einem Land im Falle einer Krise zur Verfügung gestellt werden.

Geschäftsführung: Executivdirektorium besteht aus 24 Direktoren. Die Ländern mit den höchsten Quoten (USA, GB, BRD, Frankreich, Japan, Saudi-Arabien) und damit den meisten Stimmrechten stellen einen Direktor, die anderen Direktoren werden alle 2 Jahre gewählt.

In einem schon zum Standard gewordenen Verfahren sind „neue Kredite“ gewährt worden, um alte Schulden zurückzuzahlen. Die Zentralbank der Niederlande hat zum Beispiel großzügigerweise eine Summe von 37 Millionen Dollar als „Überbrückungskredit“ gewährt. Aber der Kredit ist zweckbestimmt: Er soll Bosnien in die Lage versetzen, alte Schulden an den IWF zurückzuzahlen. Ansonsten möchte der IWF nämlich Bosnien kein Geld mehr leihen. Und der nächste absurde Schritt in dieser absurden Spirale: Der angeforderte Kredit vom „Notfond“ des IWF für sogenannte „Nachkriegsgesellschaften“ wird überhaupt nicht in den Wiederaufbau fließen, sondern dazu dienen, den Kredit aus den Niederlanden zurückzuzahlen, der doch dazu diente, alte Schulden mit dem IWF zu begleichen. Auf diese Weise schraubt sich die Schuldenspirale in die Höhe, während überhaupt keine realen finanziellen Ressourcen für den Wiederaufbau verwendet werden.

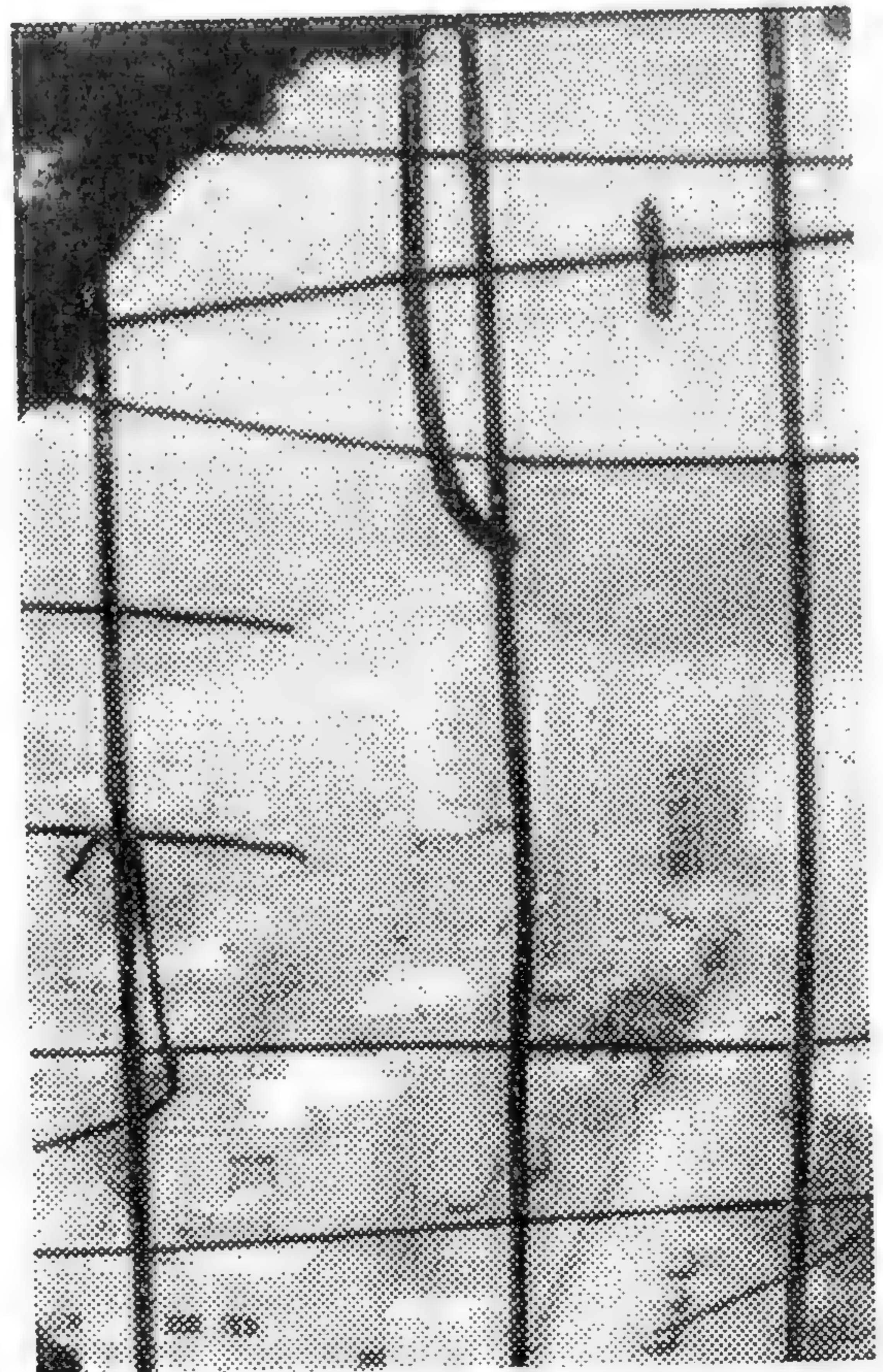
Bretton Wood Institutionen

- IWF und Weltbank
- Bretton Wood ist der Name eines kalifornischen Ortes, indem während des 2. Weltkrieges Verhandlungen zur Gründung von IWF und Weltbank geführt wurden

Die Regierungen und Konzerne des Westens haben weit mehr am Zugang zu potentiell strategischen Bodenschätzen als an der Gewährung von Wiederaufbauhilfen für Bosnien Interesse. Dokumente in den Händen der kroatischen und bosnischen Serben, daß Kohle- und Ölvorkommen auf der Ostseite des dinarischen Gebirges gefunden worden sind, ein Gebiet, daß den bosnischen Serben in Kraijna durch die letzte Offensive der kroatischen Armee gerade rechtzeitig vor dem Dayton-Abkommen abgenommen wurde. Bosnische Regierungsvertreter berichten, daß der in Chicago ansässige Amoco-Konzern einer von verschiedenen ausländischen Konzernen war, die daraufhin Probebohrungen in Bosnien veranstalteten. Darüberhinaus finden sich „beträchtliche Ölvorkommen in den serbisch besetzten Gebieten Kroatiens, und zwar an der Sava Tuzla direkt gegenüber“. Dem Dayton-Abkommen zu-

folge ist dieses Gebiet der militärischen Oberhoheit der Amerikaner unterstellt, die ihr Hauptquartier in Tuzla haben.

Die territoriale Aufteilung Bosniens zwischen der bosnisch-kroatischen Föderation und der bosnisch-serbischen Republik Srpska, die das Dayton-Abkommen verlangt, enthüllt auf diese Weise ihre strategische Bedeutung. Die 60.000 Mann starke NATO-Truppe, die angeblich den „Friedensprozeß“ sichert, sichert in Wahrheit die Zerstückelung Bosnien-Herzegowinas zum Vorteil westlicher Wirtschaftsinteressen.



Politische Interessen

Beginnen werden wir mit den Interessen, die die NATO als gesamtes mit dem Krieg in Jugoslawien verfolgt. Die NATO steht, seit der Hauptfeind Warschauer Pakt nicht mehr existiert, unter dem Druck, sich eine neue Legitimation suchen zu müssen. Im Irak-Krieg fungierte die NATO als Exekutivkommando der UN. Was jedoch nicht heißt, daß die NATO die Interessen der UN-Mitgliedsstaaten vertreten will, sondern ihre eigenen, also die ihrer Mitgliedsstaaten und zwar ohne sich erst noch UNO-Mandate besorgen zu müssen. Auf dem Weg zu dieser uneingeschränkten Handlungsfreiheit, testet die NATO derzeit, ob sie es sich erlauben kann, einen souveränen Staat mitten in Europa zu überfallen, weil dessen Politik ihnen nicht in Kram paßt.



Noch einmal der Unterschied zum „ersten Golfkrieg“: Dort gab es ein UNO-Mandat und der Irak hatte mit der Besetzung des souveränen Staates Kuwait gegen internationales Völkerrecht verstoßen.

Bisher scheint es so, als ob die NATO es sich tatsächlich erlauben kann, vorbei an dem UN-Sicherheitsrat als zuständigem Gremium, Weltpolizei nach ihren Maßstäben zu spielen. Intention der NATO ist hierbei u.a. die Ausschaltung von China und Rußland aus dem Entscheidungsprozeß, die als ständige Mitglieder im Sicherheitsrat vertreten sind und dort Entscheidungen kippen könnten. Ob und wie sie sich das gefallen lassen wird sich zeigen. Zumal mit der Zerschlagung von

Rest-Jugoslawien der letzte potentielle Verbündete Rußlands in Europa beseitigt wird. Mit der Abspaltung von Montenegro wäre gleichzeitig für Jugoslawien und damit auch für Rußland der Zugang zum Mittelmeer abgeschnitten.

Aber auch die Interessen innerhalb der NATO-Mitgliedsstaaten sind unterschiedlich. Die USA ist innerhalb der NATO die treibende Kraft zu diesem Angriffskrieg, mit dem sie sich - durch die Besetzung des Kosovos oder auch Jugoslawiens - einen Stützpunkt in Europa schaffen will. Außerdem verdeutlicht sie damit ihre Vormachtstellung in der NATO und verhindert, daß die europäischen Mächte entweder innerhalb der

NATO oder mit der WEU¹ eine Eigendynamik entwickeln.

Die BRD will sich dagegen mit ihrem treibenden Engagement in diesem Krieg auf internationaler Ebene wieder hoffähig machen. Die Strategie dabei ist, die „Greuelthaten“ der Serben mit denen der deutschen Faschisten vor und im zweiten Welt-

¹ Mit der WEU (Westeuropäischen Union) versucht die EU sich ein Militärorgan zu schaffen, das bisher nicht groß in Erscheinung getreten ist. Mal abgesehen vom „Wiederaufbau“ von Mostar und der Durchsetzung des Waffen- und Wirtschaftsembargos gegen Jugoslawiens.

krieg gleichzustellen und somit zu relativieren. Zusätzlich profiliert sich die rot-grüne Regierung über die Kriegsbeteiligung. Es ist nicht zu verstehen, aber eine Kriegsbeteiligung poliert das Image einer Regierung erheblich auf. Dazu schaue eine sich nur an, wie seitdem Schröder oder Fischer in den Medien dargestellt werden und wie handzahn die parlamentarische Opposition geworden ist. Wir ersparen es uns und euch, die Ekligkeiten genauer wiederzugeben.

Nicht zuletzt probt die BRD schon mal einen Kriegseinsatz in Europa und tastet sich damit ein Stückchen weiter an ungehemmtes militärisches Agieren heran, denn der militärische Bereich entspricht (zum Glück) noch nicht der wirtschaftlichen Position und für eine komplette Großmacht braucht es beides.

Außerdem ist es für uns verdammt noch mal nicht das gleiche, ob Frankreich, Großbritannien oder sonst wer einen Krieg anfängt, oder ob Deutschland das tut und das nicht nur weil wir in diesem verkackten Land wohnen, sondern weil Deutschland bereits zwei Weltkriege begonnen hat und uns kein Grund einfällt, warum es das nicht noch ein drittes Mal tun sollte.

Es ist doch ein Hammer, wenn Deutschland, wenn auch innerhalb der NATO, die Institution (Sicherheitsrat) umgeht, die nach dem 2. Weltkrieg geschaffen wurde, um so durchgedrehte Angriffskriege (wenigstens solche) zu verhindern.

Der Vollständigkeit wegen sei erwähnt, daß sich alle beteiligten Regierungen, einschließlich Milosovic, über diesen Krieg profilieren. Es ist unfassbar, aber die Taktik, wenn innenpolitische Situationen zu schwierig, die Opposition zu stark werden, einen Krieg anzuzetteln, um die Bevölkerung wieder mehr auf einen nationalistischen Konsens einzuschwören und damit am Ruder zu bleiben, geht immer wieder auf.

Erwähnen wollen wir noch, daß in einigen Texten aus dem Lager der Herrschenden für uns recht zusammenhangslos der Konflikt Türkei-Griechenland erwähnt wird. Es scheint so als wenn damit gerechnet wird, daß diese beiden Staaten sich in eine bewaffnete Auseinandersetzung begeben könnten. Welchen Zusammenhang sie zu dem Krieg in Jugoslawien sehen, wird dort nicht erklärt. Wir können also nur spekulieren: Wird die NATO in diesem Fall einen ihrer Mitgliedsstaaten bombardieren? Oder beide? Oder auf beiden Seiten militärisch unterstützen? Wenn sie es jedenfalls unter den Teppich kehren wollten, würden sie es nicht erwähnen.

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

angegebene Ziele: Währung des Weltfriedens

Entstehung: Alliierten schafften mit dem UN-Sicherheitsrat ein exekutiv Organ das unabhängig von der UN Generalversammlung (GA) tätig sein konnte. In Zeiten des kalten Krieges lag die Arbeit flach, da die USA und die Rußland sich gegenseitig blockierten. Aufbau: 15 Mitglieder, davon sind 5 ständige Mitglieder mit Vetorecht (China, Frankreich, Rußland, GB, und USA), die anderen 10 werden von der GA gewählt. Der Sicherheitsrat tagt monatlich in NEW York und kann jederzeit kurzfristig zusammentreten., beteiligt sind Botschafter der Mitgliedsstaaten und der UN-Generalsekretär. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Ein Beschluß kommt zustande, wenn 9 Mitglieder zustimmen.

Finanzierung: aus dem UN-Haushalt. Finanzierung von Friedenstruppen muß durch die GA beschlossen werden. 1996 war der Haushalt des Sicherheitsrates in etwa so hoch, wie der der restlichen UN (1,3 Mrd US Dollar)

Aktivitäten: vorbeugende Diplomatie, Entsendung von Friedenstruppen, Sanktionen

So, wir hoffen, ihr seid jetzt nicht komplett verwirrt.

Wir wollen keine absoluten Wahrheiten verkaufen, sondern eine Art zu Denken vermitteln und fördern, nicht zuletzt bei uns. Es gibt keine eindimensionalen Erklärungsmuster, Kriege, überhaupt gesellschaftliche Entwicklungen sind Installierungen oder Verfestigungen von Herrschaft und Unterdrückung oder der Kampf dagegen. Herrschaft und Unterdrückung sind nicht eindimensional, haben nicht nur eine wirtschaftliche Dimension. Chauvinismus und Nationalismus spielen sehr wohl auch eine Rolle und in welchem Verhältnis das Ganze zueinander steht, sollte Teil unserer Analyse sein. Auch, welche Macht einzelne Nationalstaaten bzw. ihre Regierungen haben und Apparate/Institutionen wie Weltbank oder NATO ebenfalls.

Und wenn es um Kriege geht, stellt sich die ganz zentrale Frage, inwieweit haben die Kriegsbeteiligten es im Griff, ist es ein kalkulierbares Risiko, so zynisch das klingt, weil dieses kalkulierte Risiko Menschenleben sind, oder wie schwer wiegt der individuelle Größenwahn einzelner Politiker oder Wirtschaftsgrößen?

So gesetzmäßig und berechnend, wie das in den verschiedenen Ideologien klingt, erscheint uns das Ganze nicht.

Kurze Geschichte des Balkan

Dieser geschichtliche Abriß soll den Kontext, in dem der derzeitige Krieg um den Kosovo stattfindet, besser verstehen helfen. Wenn ich hier mit der Geschichte des Altertums beginne, so geschieht das nicht, um damit eventuelle Gebietsforderungen der einen oder anderen Seite zu begründen. Da jedoch in der allgemeinen Kriegspropaganda oftmals historische Mythen zur Legitimierung von Gebietsansprüchen benutzt werden, erleichtert das Verständnis des historischen Zusammenhangs das Verstehen der jetzigen Situation auf dem Balkan und speziell im Kosovo.

Schwerpunkt des Textes bildet dabei die Herrschaft des Osmanischen Reiches in der Region, da in dieser Zeit, v.a. gegen Ende entscheidende Entwicklungen passierten, die große Parallelen zum heutigen Geschehen aufweisen, sowie die neuere Entwicklung im Kosovo ab 1945.

Aus Kapazitäts- und Platzgründen fehlt die Zeit ab dem I. bis nach dem II. Weltkrieg, sowie die ausführliche Darstellung der Ursachen, Hintergründe und Interessen der Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Alle diese Ereignisse sind dermaßen komplex, daß ich mich nicht mit kurzen Erklärungsmustern zufrieden geben wollte. Jetzt fehlen sie - aber vielleicht gibt es ja auch welche unter Euch, die sich mit diesem Themen schon länger auseinandersetzen?



Am Anfang waren die Illyrer

Über den genauen Zeitraum streiten sich Wissenschaftler und Archäologen noch, einig sind sie sich hingegen über die Tatsache, daß illyrische Stämme ca. 3000 v.u.Z. aus den Steppengebieten Asiens einwanderten und das Gebiet des heutigen Balkan besiedelten. Die Illyrer kontrollierten damals vor allem den größten Teil der Adria-Küste und breiteten sich von dort immer mehr ins Landesinnere aus. Illyrische Stämme siedelten alsbald auf dem gesamten Gebiet des heutigen Jugoslawien und Albanien. Gebietsstreitigkeiten untereinander, sowie Kämpfe mit den griechischen und mazedonischen Nachbarn verhinderten jedoch die Bildung eines geschlossenen illyrischen Staates über einen längeren Zeitraum hinweg.

Die Kolonialisierung Europas durch das römische Imperium machte auch vor den illyrischen Siedlungsgebieten nicht halt. Die Stämme setzten sich dem über zwei Jahrhunderte hinweg zur Wehr, bis sie ca. 50 u.Z. endgültig geschlagen wurden. „Obwohl

Illyrer Mitglieder der römischen Militär- und Verwaltungsspitze stellten, blieb die Bevölkerung im illyrischen Siedlungsgebiet weitgehend ihren eigenen Traditionen verhaftet ... Abgesehen von einer kleinen Schicht in den Städten, die sich völlig romanisierte, sprach die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin die illyrische Sprache, betete ihre eigenen Götter an und kleidete sich in ihre traditionellen Gewänder.“ (D.Gashi, I.Steiner: Albanien)

Der Einfall der Slawen auf dem Balkan im 6./7. Jahrhundert zerstörte und verdrängte einen großen Teil der illyrischen Kultur. „Ein Großteil der Bevölkerung flüchtete und zog sich in nicht geringer Zahl in die Berge zurück, wo er auf die ... viehwirtschaftende illyrische Urbevölkerung traf.“

Es wird davon ausgegangen, daß die Albaner, die einzigen direkten Nachfahren der damaligen Illyrer sind. „Geschützt von unüberwindbar hohen Bergen und abseits der Wege, die während der Völkerwanderungen barbarische Völker durchschritten, bewahrte dieser übriggebliebene Teil der Illyrer viele Elemente aus der geistigen und materiellen Kultur ihrer Vorfahren.“ (Aleksandar Stipcevic - kroatischer Illyrologe)



Die Legende vom Amselfeld

Ende des 12. Jahrhunderts wurde auf dem Gebiet des heutigen Nordalbanien das Fürstentum „Arberia“ gegründet, was von Historikern als der erste albanische Staat angesehen wird. Etwa zur gleichen Zeit eroberten die Serben schrittweise das Gebiet des Kosovo, was damals unter byzantinischer Herrschaft stand und bauten es zum Zentrum ihres Königreiches aus.

Im 14. Jahrhundert wurden große Teile Europas, insbesondere auf dem Balkan von heranrückenden Truppen des osmanischen Reiches erobert. „Durch den raschen Vorstoß der Osmanen ... unruhigt, beschlossen die Fürsten der Völker auf dem Balkan, ihre bisherigen Fehden untereinander zu vergessen und eine gemeinsame Allianz gegen die Eindringlinge zu bilden. Auch mehrere albanische Feudalherren sahen die Rettung in dieser Koalition und schlossen sich dem unter der Leitung des serbischen Prinzen Lazar organisierten 'Kreuzzug' an. Am 28. Juni 1389 traf das aus Serben, Albanern, Bulgaren, Bosniern, Ungarn und Polen zusammengesetzte christliche Heer am Amselfeld (nahe der Hauptstadt Kosovos, Pristina) auf die anrückende türkische Armee ... und wurde vernichtend geschlagen.“

Die Legende um die Schlacht auf dem Amselfeld wird heute von serbisch-nationalistischer Seite zu Propagandazwecken benutzt, um die Gebietsansprüche auf den Kosovo zu untermauern. Dabei wird nicht nur verschwiegen, daß die Zusammensetzung des damaligen Heeres „multinational“ war - also nicht nur serbische Soldaten „die Erde des Amselfeldes mit ihrem

Blut trankten“ - sondern Serben und Albaner über die Jahrhunderte hinweg *abwechselnd* die Bevölkerungsmehrheit in dieser Region stellten. Ab Ende des 17. Jahrhunderts bis heute wird der Kosovo jedoch wieder mehrheitlich albanisch bewohnt.

Beide Seiten bemühen „historische Argumente“ in dem Streit um dieses Gebiet: Für die Serben beginnt die Geschichte des Kosovo mit der serbischen Eroberung im Mittelalter, für die Albaner in der Antike bei den Illyrern.

Osmanische Herrschaft

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts hatten die Türken die Gebiete des heutigen Albanien, des Kosovo und Bulgariens, Teile Serbiens, Bosniens, Griechenlandes, Montenegros und Kroatiens in ihre Gewalt gebracht. Während der 500 Jahre andauernden Herrschaft der Osmanen auf dem Balkan wurde ein Teil der dort lebenden Bevölkerung zwangsislamisiert. Durch immer wiederkehrende Aufstände, Rückzug in schwer zugängliche Bergregionen bzw. den Einfluß ebenso mächtiger Großreiche zur damaligen Zeit (Österreich-Ungarn, Russland)) behielt ein anderer Bevölkerungsanteil seine ursprüngliche Religion / Kultur bei bzw. übernahm die Religion der jeweilig herrschenden Großmacht. Das erklärt die Zusammensetzung der Bevölkerung mit verschiedenen Religionszugehörigkeiten (katholisch: Kroaten, Bosnien, 10% Albanien; orthodox: Serbien, Montenegro, Kosovo, Bosnien, 20% Albanien; muslimisch: Bosnien, Kosovo 70% Albanien) auf dem Balkan.

Parallel dazu existierten in den abgelegenen Bergregionen Albanien und des Kosovo archaische (=ursprüngliche) Formen des Zusammenlebens weiter. Die dort lebende Bevölkerung unterstand zwar formal der Hohen Pforte (höchste religiös-politische Institution des Osmanischen Reiches), indem sie z.B. Steuern an den jeweiligen Sultan zu zahlen hatte, die zwischenmenschlichen Beziehungen wurden jedoch weiterhin durch das „Kanun“ - eine Sammlung mündlich überlieferter Gesetze für jeden Bereich des Zusammenlebens - geregelt. Diese Form des Widerstandes - Zugeständnisse an die Machthaber, wo es unbedingt notwendig war, ansonsten Organisation des Lebens nach eigenen Regeln auf Basis des Kanun - hat sich bis heute vor allem im Kosovo erhalten, wie im Verlauf des weiteren Textes noch zu sehen sein wird.

Gegen die türkischen Machthaber gab es immer wieder überall Aufstände, die jedoch meist blutig niedergeschlagen wurden. „Erst in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhundert befand sich das türkische Reich in mehrerer Hinsicht in einer schwierigen Lage: Das russische Imperium wurde immer stärker und machte der Hohen Pforte mehr und mehr Gebiete streitig. Bereits 1774 besaß der russische Zar ein Schutzrecht über die orthodoxen Völker des Balkans und forderte fortwährend erweiterte Rechte für die Orthodoxen innerhalb des Einflußgebietes der Hohen Pforte. Gleichzeitig faßten die Ideen der Französischen Revolution bei den Intellektuellen auf dem Balkan Fuß. Das führte zu einer stärkeren nationalen Besinnung. In der gesamten europäischen Türkei tobten anti-türkische Aufstände, die die Macht der Hohen Pforte zunehmend schwächten.“

Nach den russisch-türkischen Kriegen (1806-1812) erlangte Serbien 1812 eine formale Autonomiegarantie innerhalb des Osmanischen Reiches. ... Während Rußland die Hohe Pforte heftig bedrängte, die orthodoxen Völker zu befreien, verfolgten die Westmächte die Entwicklungen auf dem Balkan mit großer Skepsis. Sie zogen zu jenem Zeitpunkt ein geschwächtes und wirtschaftlich von ihnen abhängiges Osmanenreich einem aggressiven und expandierenden russischen Imperium vor. Vor allem aber sollte verhindert werden, daß sich der Zar über seine griechischen, montenegrinischen und serbischen Verbündeten Zugang zum Mittelmeerverschaffen konnte.“

Nach der Befreiung Serbiens und Griechenlands von der türkischen Herrschaft, begannen beide Balkanländer die Wiederherstellung mittelalterlicher Großreiche anzustreben. Dem neuen Herrschaftsgebiet der Serben sollten unter anderem auch Kosovo, Albanien, Mazedonien und weite Teile Griechenlands zufallen. In diesem Zusammenhang taucht auch erstmals die These vom „Kosovo als Wiege des Serbentums“ auf.

„Da die Großreichsansprüche beider Balkanländer zwangsläufig aufeinanderprallten, einigten sich Athen und Belgrad darauf, auf gegenseitige Gebietsforderungen zu verzichten und eine für beide Seiten akzeptable Grenze zu finden. Kosovo und Nordalbanien sollten demnach Serbien zugestanden werden, alle Gebiete des Shkumbin-Flusses (Südalbanien) an Griechenland fallen ... Wenige Jahre später meldeten auch die Bulgaren Großreichsansprüche an, und die Albaner selbst träumten ebenfalls von einem Staat, der sich nicht unbedingt nur aus von Albanern bewohnten Gebieten zusammensetzen sollte. ... So erwies sich der allmähliche Abzug der Türken aus dem Südosten Europas als fast genauso verhängnisvoll wie die Eroberung dieser Gebiete vor fast fünfhundert Jahren. Waren die Balkanvölker während der türkischen Herrschaft eher friedlich miteinander umgegangen, brach Mitte des 19. Jahrhunderts ein noch nie dagewesener und scheinbar unüberbrückbarer Haß zwischen ihnen aus.“ Unter dem Banner des Panslawismus (Ideologie der allslawischen Bewegung, die den Zusammenschluß aller Slawen unter russischer Führung anstrebt) erklärte Rußland der Hohen Pforte 1877 den Krieg, den es bereits ein Jahr später mit dem Einmarsch in Istanbul gewann. Im daraufhin geschlossenen Friedensvertrag zwang der russische Zar das Osmanische Reich zu empfindlichen Konzessionen: Die albanisch bewohnten Gebiete wurden unter Bulgarien, Montenegro und Serbien aufgeteilt. Unter dem Druck der Westmächte, die den Einfluß Rußlands auf dem Balkan zurückdrängen wollten, wurde dieser Friedensvertrag jedoch mehrmals revidiert und die drei genannten Länder mußten große Teile ihrer Gebiete an

die hohe Pforte zurückgeben. Im Gegenzug dazu wurden Montenegro und Serbien als unabhängige Republiken anerkannt.

In Albanien hatten sich unterdessen mehrere Komitees und die Liga zur „Rettung der albanischen Nation“ gegründet mit dem Ziel alle albanisch bewohnten Gebiete zu vereinen, sowie mehr politische und kulturelle Autonomie und Selbstverwaltung innerhalb des Osmanischen Reiches zu erlangen. Parallel zu den militärisch geführten Kämpfen gegen die Türken, die im Kosovo schon bald zur Vertreibung aller türkischen Staatsbeamten führte, begann die Liga eine eigene provisorische Regierung zu installieren. Die Strafe folgte auf dem Fuße: 1881 startete die Hohe Pforte eine großangelegte Strafaktion und der erste Versuch eines unabhängigen Albaniens wurde blutig niedergeschlagen.



Balkankriege 1912/13

Inzwischen gab es auch innerhalb des Osmanischen Reiches Reformbetreibungen. Die „Jungtürken“ genannte Bewegung versuchte, die immerwieder aufflackernden Aufstände in Albanien und auf dem gesamten Balkan für sich zu nutzen, um die Macht des Sultans zu schwächen und eine konstitutionelle Monarchie (Kontrolle durch ein Parlament) zu errichten. Nach dem Sieg der Jungtürken 1908 wurden die an Albanien gemachten Versprechungen jedoch wieder zurückgenommen, was weitere antitürkische Kämpfe provozierte. Die bessere Organisation und der damit verbundene Erfolg der Aufstände zwang die Hohe Pforte zu Zugeständnissen gegenüber Albanien. Das rief jedoch die anderen slawischen Balkanstaaten, sowie Rußland auf den Plan. Alte Großreichsträume wurden wieder laut. „...bereits im März 1912 hatten sich die Balkanländer - was die albanischen Gebiete betrifft - darauf geeinigt, die Region vollständig unter sich aufzuteilen. ... Die Westmächte begannen das Terrain zu sondieren und überlegten, wo welche Barrikaden gegen welche Einflüsse errichtet werden sollten. Zur Wahl stand mit den nichtslawischen Völkern gegegen den 'Panslawismus' zu kooperieren. Oder aber



sich mit den slawischen Völkern gegen den immer stärker werdenden Einfluß Österreich-Ungarns und Deutschlands - den 'Pangemanismus' - zu verbünden. Schließlich konnte man aber auch der Türkei zur Seite stehen, um den Status quo auf dem Balkan zu bewahren. Für die Großmachtbestreben der Balkanmonarchien und die Planspiele europäischer Generäle und Politiker sollten hunderte Menschen ihr Leben lassen; ein tiefer Graben tat sich zwischen den Balkanvölkern auf, ein Graben, der bis zum heutigen Tag nicht überbrückt werden konnte. Selbst die Großmächte gerieten über den Streit um den Balkan unversöhnlich aneinander, was sich schließlich als Prolog zum ersten Weltkrieg erwies."

Am 08. Oktober 1912 erklärte der „Balkan-Bund“ (Bulgarien, Montenegro, Serbien, Griechenland) der Türkei den Krieg. Die Montengriner eroberten weite Teile Nordalbanien, die Griechen stießen bis tief nach Südalbanien vor, Serbien aber hatte sich vorgenommen „historische Rechte“ einzulösen: Der mehrheitlich albanische Kosovo und Westmazedonien fielen in die Gewalt der Serben. Die Albaner, die in diesem Krieg zwischen allen Fronten standen, versuchten sich indes zu reorganisieren und warben um Verbündete bei den Westmächten. In dem einzigen noch nicht bestzten Gebiet um die Stadt Vlorë rief Ismail Qemali im November 1912 die Unabhängigkeit Albanien aus. Dieser Schritt heizte die Kämpfe allerdings noch weiter an. Ein Einblick in die damalige (westliche) Berichterstattung zeigt viele Parallelen zum heutigen Geschehen: In der Nähe von Skopje wurden 2.000 und unweit von Prizren 5.000 Albaner niedergemetzelt. Viele Dörfer sind von den Serben angezündet und die Bewohner abgeschlachtet worden. (britischer 'Daily Chronicle') ... Die albanischen Dörfer werden umringt und in Brand

gesteckt, worauf die Einwohner aus den Häusern gejagt und wie Ratten niedergeschossen werden. (dänische Zeitung 'Riget') ... Im Gebiet um Luma wurden 27 Dörfer zerstört und die Bevölkerung bis zu den Kindern herab getötet. (deutsche 'Reichspost')."

Die Ausrufung der Unabhängigkeit Albanien zeigte indes im Ausland große Wirkung. „Österreich-Ungarn und Italien, die eine Stärkung der slawischen Länder verhindern wollten, drängten die Balkanländer eine Autonomie Albanien anzuerkennen. Um die Ernsthaftigkeit der österreichischen Absichten zu untermauern, entsandte Wien große Truppenkontingente an die Nordgrenze Serbiens, was wiederum in Rußland größte Verstimmlung auslöste. Als der Streit um die Neuordnung des Balkan auch die Großmächte in gefährliche Eskapaden zu verwickeln drohte, beschloß die europäische Diplomatie, den territorialen Poker an den Verhandlungstischen in London auszutragen. ... Während die Albaner auf die Festlegung der Grenzen nach dem ethnischen Prinzip pochten (was von Österreich-Ungarn unterstützt wurde), stellten die Balkanländer ihre 'historischen und lebenswichtigen' Ansprüche auf weite Gebiete Albanien (was Anklang bei Frankreich und Rußland fand).“ Die letztendliche Einigung schuf das Albanien in den Grenzen, wie wir es heute kennen: das Kosovo und Teile Mazedoniens wurden Serbien zugesprochen, ein Teil Nordalbanien ging an Montenegro, große albanisch bewohnte Gebiete im Süden an Griechenland. Im I. Weltkrieg als es um die Neuauftellung der Welt unter den westlichen Großmächten ging, wurden die Gebiete des Balkan und insbesondere Albanien abermals zur Verhandlungsmasse, die den jeweiligen Siegern zugesprochen werden sollte.

I. Weltkrieg

Zwischenkriegszeit

II. Weltkrieg

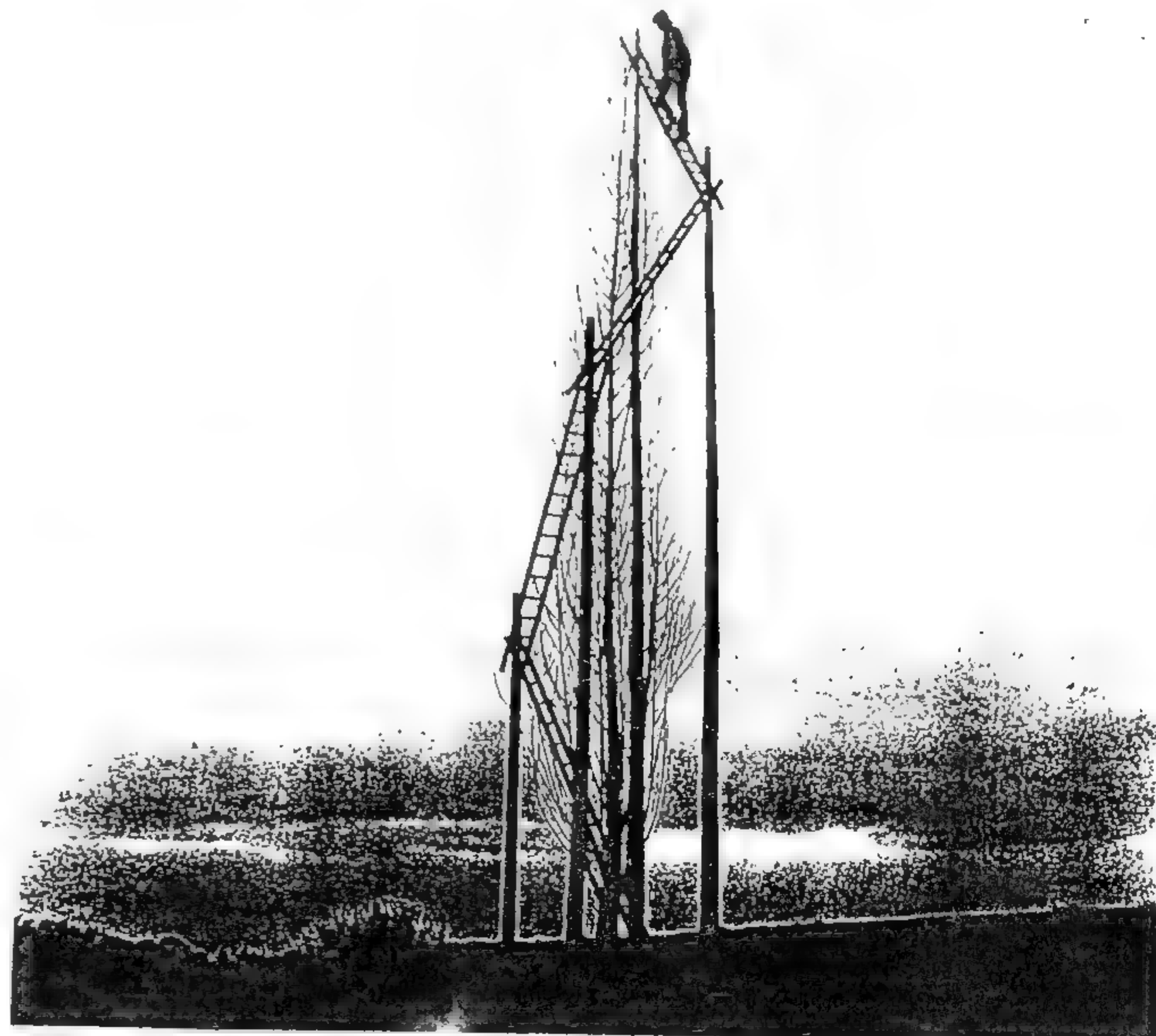
Unter Tito

Mit der Rückeroberung Kosovos durch die Partisanen und der Errichtung des Vielvölkerstaates Jugoslawien unter Führung der kommunistischen Partei endete die Repression für die albanische Bevölkerung im Kosovo keineswegs. Bereits kurz nach dem II. Weltkrieg wurden von Mitgliedern der serbischen Akademie der Wissenschaften, unterstützt von vielen Intellektuellen Pläne für ein „ethnisch reines“ Jugoslawien ausgearbeitet. Das „Problem“ der Minderheiten (Ungarn, Deutsche und Albaner) sollte durch Deportation gelöst werden. Bis 1948 verhinderten die engen Bande zwischen Belgrad und Tirana eine Massenvertreibung der Albaner Jugoslawiens nach Albanien. Nach dem Bruch Titos mit Stalin (Albanien selbst war bis kurz nach Stalins Tod ein enger Bündnispartner der Sowjetunion), sperrte Albanien die Grenze, so daß die Deportation unmöglich wurde.

„Terror und systematische Schikanen waren jedoch weiterhin an der Tagesordnung. Die ausschließlich aus Serben zusammengesetzte Polizei und Armee im Kosovo unternahm großangelegte Aktionen, um, wie es offiziell hieß, „großalbanische Nationalisten und Antikommunisten“ aufzuspüren.“ Es kam zu Massenverhaftungen, Schauprozessen und Erschießungen. „Außerdem verfügte die albanische Mehrheitsbevölkerung Kosovos über keinerlei nationale und Bürgerrechte. Die Provinz wurde ausschließlich von Verwaltern regiert, die sich aus der serbischen Minderheit rekrutierten. ... In Schulen und Ämtern war Serbisch die einzige offizielle Sprache. ... Während die albanische Bevölkerungsmehrheit rechtlos blieb, beschloß die serbische Regierung, den damals 1315 Türken im Kosovo alle Minderheitenrecht zuzugestehen und türkischsprachige Schulen zu eröffnen.“ Indirekt stellte die Regierung die Albaner damit vor die Wahl: sich entweder als Albaner zu bekennen und Schikanen ausgesetzt zu sein oder sich als Türke zu deklarieren und damit alle Rechte zu erhalten, einschließlich einer Ausreise in die Türkei. Der Druck der Polizei und die wirtschaftliche Benachteiligung bewog viele Albaner, diesen Weg zu wählen. Eine 1976 in Pristina veröffentlichte Studie geht davon aus, daß bis 1966 etwa 400.000 Albaner gezwungen wurden Jugoslawien in Richtung Türkei zu verlassen. Auf der 4. ZK-Sitzung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, im Juli 1966, setzte sich der reformwillige, titotreue Flügel in der Partei gegenüber dem konservativen (dominiert von Geheimdienst

und Innenministerium) durch. „Für den Kosovo eröffneten sich damit das erste Mal neue Perspektiven, zumal Tito die Macht der serbischen Nationalisten zugunsten eines stärkeren Jugoslawien einschränkte. Von diesem Moment an begann ein langsamer politischer und sozialer Aufstieg der Albaner im Kosovo, für die Albaner in Mazedonien änderte sich allerdings wenig. Pristina erhielt eine Universität, Albanisch wurde neben Serbisch zur gleichberechtigten Amtssprache erhoben, den Albanern weitgehende politische Autonomie und Selbstverwaltung zugestanden. Die jugoslawische Verfassung von 1974 sprach dem Kosovo, ebenso wie der Wojwodina fast die gleichen Rechte, wie den sechs Teilrepubliken zu. Der Einfluß Serbiens wurde damit erheblich eingeschränkt, der Kosovo erhielt eine eigene Verfassung und konnte - theoretisch - selbst über Verteidigungs- und Sicherheitsfragen sowie wirtschaftliche Angelegenheiten entscheiden. Zudem hatte der Kosovo ab sofort ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung und verfügte über ein Vetorecht in der jugoslawischen Bundesregierung.“

Titos Politik zielte dabei weniger auf eine wirkliche Stärkung des Kosovo, sondern war vielmehr auf eine Antwort auf die sich immer mehr verschärfenden innenpolitischen Spannungen und das stärker werdende wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle in der Republik. Immer lauter forderten kroatische Politiker eine größere Selbständigkeit Kroatiens innerhalb der Föderation. Nationalistische Politiker und Intellektuelle in Serbien sahen in der Autonomie „ihrer“ beiden Teilgebiete eine Beschneidung ihrer Rechte und ihres Einflusses. „Mit aller Härte zerschlug Tito Anfang der 70er Jahre daraufhin die Kräfte des 'kroatischen Frühlings' und ging kurz danach dazu über, auch die Spitze der serbischen Republik von Kritikern zu säubern.“



Die Entwicklung ab 1980

Nach dem Tode Titos verschärften sich die Spannungen zwischen den einzelnen Regionen und Volksgruppen. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich zusehends und spaltete die Republiken immermehr in ärmere und reichere Gebiete. Die Arbeitslosenquote z.B. betrug zum damaligen Zeitpunkt im Kosovo 65%, während sie in Slowenien bei 9%, in Serbien und Bosnien bei 30% lag.

1981 kommt es im Kosovo erstmals zu StudentInnen-Demonstrationen, die zuerst nur besseres Essen und Unterbringung auf dem Universitätsgelände, bald darauf aber auch erstmals den Status einer Republik Kosovo innerhalb Jugoslawiens fordern. „Die Forderungen der Albaner nach einer eigenen Republik fußten zum Teil auf dem Argument, daß ihnen nach Serben und Kroaten drittgrößtem Volk in Jugoslawien gleichfalls das Recht auf eine eigene Teilrepublik zustünde. Zum Teil war man im Kosovo aber auch überzeugt, Belgrad plündere die Provinz aus. Mit dem Status einer Republik könnte man die wirtschaftlichen Belange und Investitionen selbst regeln und einen rascheren Aufschwung ermöglichen.“ Die jugoslawische Polizei löst die Demos gewaltsam auf - gibt Tote, viele Verhaftete, der Ausnahmezustand wird verhängt. In der Folgezeit kommt es immer wieder zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen Serbien und den autonomen Gebieten Kosovo und Wojwodina. Nach und nach übernehmen die serbischen Behörden wieder die Kontrolle über beide Provinzen. ... 1986 wird Slobodan Milosevic zum Vorsitzenden der serbischen Sektion der Kommunistischen Partei Jugoslawiens ernannt, ein Jahr später übernimmt er das Amt des Präsidenten der Serbischen Republik. Bereits Ende 1987 kommt es zu serbisch-nationalistischen Massenkundgebungen in Kosovo und in der Wojwodina. In den darauffolgenden Monaten werden die Autonomierechte in beiden Provinzen durch Serbien immer mehr beschnitten, was zu heftigen Protesten der Kosovo-Albaner führt. Die gleichzeitig gestartete Hetzkampagne gegen alle Kosovo-Albaner (die Medien berichten von „seperatistischen“ Vergewaltigungen von „ehrbaren“ serbischen Frauen durch albanische Männer; vom Genozid am serbischen Volk durch die Albaner etc.) verfehlt nicht ihre Wirkung: In vielen Städten Serbiens werden anti-albanische Kundgebungen abgehalten, in Belgrad sogar mit mehr als 1 Mio TeilnehmerInnen. Auch serbische Frauen demonstrieren gegen den albanischen „Gipfel der Gewalt“, auf ihren Transparenten steht: „Wir sind keine Huren, sondern Mütter und Schwestern jugoslawischer Söhne!“ Sie fordern die Verhängung des Ausnahmezustands über den Kosovo. Es war das erste Mal, daß überhaupt Vergewaltigungen in Jugoslawien öffentlich thematisiert



wurden - jedoch nicht als Gewaltverbrechen von Männern an Frauen, sondern Vergewaltigung wird in die Liste der Verbrechen gegen die Nation aufgenommen, für die im Vergleich zu Vergewaltigungen ohne ein „nationalistisches Motiv“, eine höhere Strafe angesetzt wird.

Im März 1989 wird entgegen der jugoslawischen Verfassung die Autonomie der Provinzen Kosovo und Wojwodina aufgehoben. Schon zuvor war es zu Massendemonstrationen, Streiks und zum Hungerstreik von 3.000 Bergarbeitern gekommen, die zum Teil friedlich verlaufen waren. Jetzt gehen die Proteste erst richtig los - die Polizei verwandelt die Straßen Pristinas in ein blutiges Schlachtfeld. Unzählige Menschen werden getötet, verhaftet und in serbischen Gefängnissen gefoltert.

Am 28.06.1989 „feiern“ etwa 1 Mio Serben den 600. Jahrestag der Niederlage gegen die Türken auf dem Amselfeld. Starredner ist Slobodan Milosevic. Das „Spektakel“ ist geprägt von nationalistischen Drohrufen gegen „alle Feinde des serbischen Volkes“. Diese Drohungen gelten nicht nur der albanischen Bevölkerung, die zu dieser „rein serbischen“ Massenveranstaltung natürlich nicht eingeladen wurde, sondern auch den beiden reichsten Republiken Slowenien und Kroatien, wo immer offener die Loslösung vom gesamtjugoslawischen Bundesstaat propagiert wird.

In der folgenden Zeit beginnt die Regierung in Belgrad die kosovarische Wirtschaft und alle albanischen Institutionen systematisch zu zerstören. 100.000 Albaner werden entlassen, z.T. sogar von der Polizei von ihren Arbeitsplätzen mit Gewalt ferngehalten. „In den Schulen und Universitäten, wo das albanische Schulprogramm abgesetzt und ein serbischer Lehrplan oktroyiert wurde, weigern sich Schüler und Lehrer gleichermaßen,

den neuen Vorgaben zu folgen. Monatlang blockieren Serbiens Behörden daraufhin die Gehaltszahlungen, ehe die staatlichen Schulen für Albaner gänzlich geschlossen werden. Polizeitruppen stürmen im Sommer 1990 auch die Radio- und Fernsehanstalt in Pristina und sperren kurz danach das größte albanische Verlagshaus „Rilindja“.

Aber auch für jeden einzelnen Albaner erhöht sich der Druck durch die täglichen Willkürmaßnahmen der Polizei, denen sie ausgesetzt sind. Keine Woche vergeht ohne Todesopfer, kein Tag ohne Verhaftungen und Mißhandlungen. Zwei Albaner auf der Straße gelten bereits als Gruppe und der Polizei steht es frei, sie zu durchsuchen, zu pöbeln oder zu verhaften.

Die Versorgung mit Lebensmitteln wird immer knapper; Müllabfuhr und medizinische Versorgung brechen faktisch zusammen, was den Ausbruch von mehreren Epidemien zur Folge hat.

„Als die serbische Armee im Krieg in Bosnien und Kroatien gebunden und Serbien der internationalen wirtschaftlichen und politischen Isolation ausgesetzt war, wollte Belgrad offenbar keine militärische Konfrontation mehr mit den Albanern riskieren - zumindest solange, bis der Krieg im Norden entschieden war. Stattdessen setzten die Behörden weiterhin auf den alltäglichen Kleinkrieg, der die Albaner zum Verlassen ihrer Heimat zwingen sollte.“ Zwischen 1989 und 1994 verlassen 300.000 Albaner ihre Heimat - aus wirtschaftlichen Gründen, um der Repression zu entgehen oder weil sie von der Armee einen Einberufungsbefehl erhalten haben, der sie zwingt an der Seite der serbischen Armee gegen Kroatien oder Bosnien in den Krieg zu ziehen.

ALBANER AM BALKAN 1994



■ Mehrheitlich albanisch bewohnte Gebiete 1994.
In Nordgriechenland lebt eine von der Regierung nicht anerkannte albanische Minderheit

Den ewigen Kreislauf durchbrechen - albanischer Widerstand seit 1989

Spätestens ab 1989 galt der Kosovo auch im Westen als Pulverfass, daß den gesamten Balkan destabilisieren und zur Explosion bringen konnte. Doch dem Klischee vom „kämpfenden Albaner“ zum Trotz verlegte sich die Bevölkerung auf eine andere Art des Widerstandes. Eine militärisches Kräftemessen mit den überlegeneren serbischen Streitkräften wäre nicht nur relativ chancenlos gewesen, sondern hätte einfach auch zu viele Menschenleben gekostet. Die albanische Bevölkerung verfiel auf Taktiken, die sich schon zu Zeiten der römischen und osmanischen Besetzung bewährt hatten: Ziviler Ungehorsam und Aufbau von Strukturen in allen Bereichen des Lebens, die parallel zu den offiziellen staatlichen Strukturen existierten.

1990 wird von einigen Intellektuellen unter der Leitung des Schriftstellers Ibrahim Rugova die „Demokratische Alternative“ (später: „Demokratische Union Kosovos“ - LDK) gegründet, die bald zur stärksten Partei wird. „Ihr Leitmotiv war einerseits, auf die Gewalt nicht zu reagieren, auf der anderen Seite aber die neuen serbischen Zwangsmaßnahmen und Gesetze nicht zu respektieren... Die serbischen Behörden reagierten ratlos, als die Albaner etwa geschlossen im ganzen Kosovo vierzehn Tage lang jeden Abend als Zeichen des Protestes demonstrativ eine halbe Stunde alle Lichter abdrehen. Später ersetzte man die Licht-Demonstrationen durch Lärm: Zu einem genau festgesetzten Zeitpunkt ertönte aus allen Häusern der Provinz das Rasseln von Schlüsselbündeln und das Klopfen auf Metallgeschirr. Am Ende dieser „Hausdemonstrationen“ ertönte jeweils der Ruf nach 'Freiheit und Demokratie'.“

Am 02. Juli 1990 proklamieren die 114 ausgesperrten albanischen Parlamentarier vor dem versperrten Parlamentsgebäude in Pristina die „Republik Kosovo“, zwei Monate später wird eine diesbezügliche Verfassung verabschiedet. In Slowenien, Kroatien und auch im Kosovo werden in den folgenden Monaten Referenden organisiert, die die Loslösung von der Bundesrepublik Jugoslawien und die staatliche Unabhängigkeit zum Ziel haben. Ebenso wie die beiden anderen Republiken reicht das Kosovo am 21. Dezember 1991 bei den zwölf EU-Mitgliedsstaaten den Antrag auf internationale Anerkennung der Unabhängigkeit ein.

Die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens war für die westlichen Industrieländer dem restlichen, sich immer noch sozialistisch nennenden, Restjugoslawien gegenüber ein günstiger Schachzug. In Albanien standen vorsichtige Lockerungen im strengen staatskommunistischen System gerade erst am Anfang. So stand zu befürchten, der Kosovo würde sich nach einer Loslösung

von Jugoslawien mit dem („noch schlimmeren“) kommunistischen Albanien zu Großalbanien vereinigen.

Am 24. Mai 1990 finden die ersten freien Wahlen im Kosovo statt, deren Ablauf von der serbischen Polizei jedoch massiv behindert und gestört wird. Die LDK wird stärkste Partei und Ibrahim Rugova Präsident der „Republik Kosova“. Obwohl die LDK in Jugoslawien offiziell als Partei registriert ist, erkennt die politische Führung in Belgrad das Wahlergebnis nicht an. „Auf diesem Weg entstanden zwei unabhängig voneinander agierende Souveränitäten: auf der einen Seite die serbische Staatsmacht, die nur über Polizei- und Armeegewalt durchgesetzt werden konnte; auf der anderen Seite das von der albanischen Mehrheitsbevölkerung gewählte Parlament und die Regierung, die ihre eigenen Staatsstrukturen aufbauten. Ein reibungslos funktionierendes politisches und Verwaltungssystem wurde gebildet, wobei dessen Logistik teils im Kosovo, teils im Ausland verankert wurde.“ Die finanziellen Mittel werden größtenteils von den im Ausland lebenden Kosovaren bereitgestellt. Für diesen Zweck wird ein „Solidariätsfond“ bereitgestellt, in den alle 3% ihres monatlichen Einkommens einzahlen. Mit diesen Geldern wird ein paralleles medizinisches und Schulsystem finanziert, wobei Behandlungen bzw. Unterricht in Privaträumen, Lagerhallen, Garagen etc. stattfinden. „Die Ärzte und Lehrer werden ebenfalls vom Fond finanziert, auch kommt die albanische 'Regierung' für Schulmaterial für die ärmsten Schüler auf.“

Als weiteres Standbein ihrer Politik versuchte die kosovarische Regierung die Situation im Kosovo in der Weltöffentlichkeit bekannt zu machen und eine Internationalisierung des Konflikts zu erreichen. Seit Jahren weisen (auch regierungsunabhängige) Menschenrechtsgruppen auf die Lage im Kosovo hin und bemühen sich um eine Lösung an internationalen Verhandlungstischen.

Das Interesse des Westens daran war gering, wie wir inzwischen wissen, bzw. verfolgen die USA und die Nato in der Region andere Ziele (siehe auch Artikel „Interessen der Nato“ speziell auch Abschnitt zur UCK). Was in den letzten Jahren mühselig von der Bevölkerung im Kosovo an Strukturen aufgebaut wurde, hat die Nato sprichwörtlich „über Nacht“ weggebombt. Die Lebensgrundlage und Zukunft der Menschen ist nicht nur weggebrochen, auch steht zu befürchten, daß sich große Teile der kosovarischen Bevölkerung weiter radikalisieren werden und der von der UCK propagierte militärische Kampf von vielen als einzig mögliche Lösung empfunden wird.



Anmerkungen:

Alle Zitate sind dem Buch „Albanien“ von Dardan Gashi und Ingrid Steiner entnommen. Außerdem verwendete Literatur:

Catherine Samary: „Die Zerstörung Jugoslawiens - Ein europäischer Krieg“

Erika Fischer: „Am Anfang war die Wut“

Materialien von Medica mondiale e.V. zum Kosovo

Die Verwendung der stereotypisierenden Begriffe „die Serben“ und „die Albaner“ ist in diesem Text oft der Einfachheit halber geschehen. Damit sollen keine Gut-Böse-Schemata aufgebaut werden, sondern lediglich die Breite in der jeweiligen Handlungen auch die Zustimmung der Bevölkerung fanden, verdeutlicht werden. An entscheidenden Stellen des Textes werden die jeweilig Handelnden von mir auch genauer benannt (z.B. die serbischen Behörden, Regierung, Polizei etc.).

FRAUEN IN SCHWARZ GEGEN DEN KRIEG

EIN APPELL AN DIE REGIERUNGSMITGLIEDER DER NATO

Seit 1991 haben die *Frauen in Schwarz gegen den Krieg* aus Belgrad ständig aktiv für Frieden und Gewaltlosigkeit gearbeitet. Die Politik, die die *Frauen in Schwarz gegen den Krieg* charakterisiert, beginnt mit der Konfrontation mit jeder Form von Gewalt, Krieg, Militarismus, Nationalismus. Seit 1991 ist das größte Opfer auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien die Zivilbevölkerung. Es geschieht jetzt wieder.

Werte, die wir unterstützen, sind Leben, Solidarität, Respektieren von Unterschieden. Seit acht Jahren schon entwickeln wir ein Netzwerk von Austausch und Solidarität gegen den Krieg, das Frauen aus allen Kontinenten umfaßt, darunter sind natürlich auch Frauen aus NATO-Ländern.

Als Frauenorganisation haben wir uns immer gegen Militarismus eingesetzt, das heißt gegen alle Formen von militärischer Intervention, und diesmal ist es auch gegen die militärische Intervention der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien.

Bis jetzt haben wir immer Unterstützung und Solidarität von der Frauen- und Friedensbewegung in Europa und den USA bekommen. Bedauerlicherweise haben die Regierungen dieser Länder die Arbeit der Friedensbewegungen in ihren Ländern nicht berücksichtigt, ganz zu schweigen von den Aktivitäten der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Jugoslawien.

Wir, *Frauen in Schwarz gegen den Krieg* aus Belgrad, fordern von den Regierungsmitgliedern der NATO:

- **die Bombardierung des Gebietes der Bundesrepublik Jugoslawien sofort zu beenden**
- **Friedensverhandlungen aufzunehmen und eine internationale Friedenskonferenz für den Balkan einzusetzen**
- **es den Flüchtlingen und der vertriebenen und verschleppten Bevölkerung aus dem Kosovo zu ermöglichen, zurückzukehren, wenn sie dies wollen, oder in Drittländer zu gehen**

Wir fordern von den *Frauen in Schwarz* und allen Frauen-Friedensorganisationen, diesen Appell an ihre Regierungen zu geben.

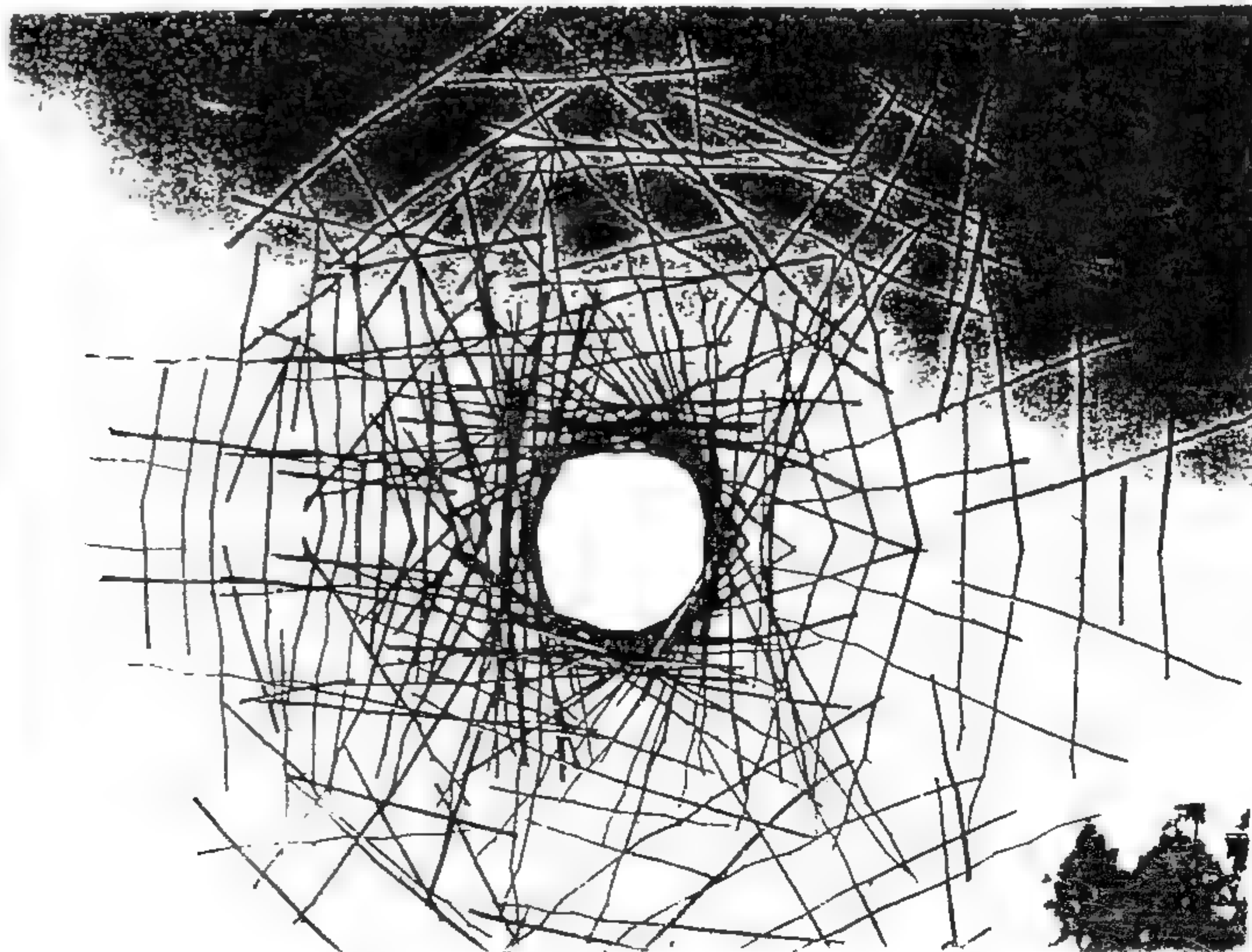
Menschenrechte und Demokratie können nicht mit Bomben und Waffen durchgesetzt werden, sondern können nur in die Wege geleitet werden durch Verhandlungen und durch Unterstützung der Kräfte, die sicher für Menschenrechte und Demokratie stehen.

Belgrad, 20. April 1999

FRAUEN IN SCHWARZ GEGEN DEN KRIEG

Aktionen der „Frauen in Schwarz“ 1998

Im Juni 1998 hielten die „Frauen in Schwarz“ auf dem Marktplatz in Belgrad Mahnwachen gegen die Unterdrückung und Gewalt im Kosovo ab. An jedem Mittwoch mahnten sie mit einem Transparent den „Frieden in Kosova“ an. Eine geplante Demonstration der „Frauen in Schwarz“ gemeinsam mit verschiedenen Menschenrechtsorganisationen wurde im September 1998 verboten.



>WOMEN IN BLACK AGAINST WAR

>

>AN APPEAL TO GOVERNMENTS MEMBERS OF NATO

>

>Ever since 1991 Women in Black against War from Belgrade have been
>actively working for peace and non violence. The policy which
>characterizes Women in Black against War begins with confronting with
>every form of violence, war, militarism, nationalism. Since 1991 the
>biggest casualty on the territory of Former Yugoslavia has been the
>civilian population. It is happening again now.
>Values which we are supporting are life, solidarity, respecting of
>differences. For 8 years already we have been developing a network of
>exchange and solidarity against war which involves women from all the
>continents, among them are of course, also women from countries of NATO.

>As a women=92s organization which has always been engaged against
>militarism, that is, against all forms of military intervention, this
>time too it is against the military intervention of NATO against FRY.
>Until now we have always had support and solidarity from women=92s and
>peace movement in Europe and USA. Unfortunately, the governments of
>these countries didn=92t take into account the work of the peace movement=

>s

>in their countries let alone the activity of the peace movement in FRY.
>We, Women in Black against War from Belgrade demand from the governments
>members of the NATO:

>? TO STOP IMMEDIATELY THE BOMBINGS ON THE TERRITORY OF FRY

>? TO ESTABLISH THE PEACE NEGOTIATIONS AND AN INTERNATIONAL PEACE
>CONFERENCE ON BALKANS

>? TO ENABLE THE REFUGEES, EXPELLED AND DISPLACED POPULATION FROM KOSOVO,
>IF THEY WISH TO, TO COME BACK OR GO TO THIRD COUNTRIES

>We demand from Women in Black and all women=92s peace organizations to
>give this appeal to their governments.

>Human rights and democracy cannot be imposed by bombs and weapons but
>can only be instigated by negotiations and support to all powers which
>are firmly for human rights and democracy.

>BELGRADE 20th April 1999



Informationsblatt zur Mahnwache „Aufstehen gegen Krieg“

donnerstags 16 – 17.00, KU-Damm, Ecke Joachimstaler

Wir, die Unterstützerinnen der **Frauen in Schwarz**, beschäftigen uns schon seit längerer Zeit mit der politischen und sozialen Situation im ehemaligen Jugoslawien.

Dabei beeindruckte uns die Arbeit der **Frauen in Schwarz** aus Belgrad, die sich mit Beginn des Krieges 1991 gründeten. Die Gruppe setzt sich aus Frauen unterschiedlichster Regionen des ehemaligen Jugoslawiens zusammen. Ihr Anliegen war und ist es, den Krieg zu beenden und nationalistische Denkmuster zu überwinden, um ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben der verschiedenen „ethnischen“ Gruppen zu ermöglichen.

Unverzichtbarer Bestandteil der Arbeit der **Frauen in Schwarz** ist eine Auseinandersetzung mit frauenspezifischen bzw. feministischen Themen.

Trotz der andauernden Anfeindungen und der Bedrohungen durch nationalistische Kräfte engagieren sich die **Frauen in Schwarz** bis heute gegen den Krieg.

In ihrer Erklärung vom 06. April 1999 fordern sie gemeinsam mit 16 anderen oppositionellen Belgrader Friedensinitiativen u.a.:

- die sofortige Einstellung der Bombardements
- die Wiederaufnahme des Friedensprozesses auf internationaler Ebene, in der Balkanregion, in Europa, genauso wie in der UN
- die EU und Rußland sollen ihren Teil der Verantwortung übernehmen, um eine Friedenslösung für die Krise zu finden
- Unterstützung für Frieden, Stabilität und Demokratie in Montenegro und jede mögliche Aktivität, um dieser Republik aus den katastrophalen Konsequenzen der Flüchtlingskrise zu helfen
- Von den serbischen und internationalen Medien, professionell und unparteiisch über die gegenwärtigen Entwicklungen zu berichten und die Teilnahme am Medienkrieg zu beenden, ebenso wie die interethnische Hetze, Hysterie und Glorifizierung von Gewalt als einzig sinnvoller Ausweg aus der Krise.

Wir Initiatorinnen der Mahnwache schließen uns ihnen an.

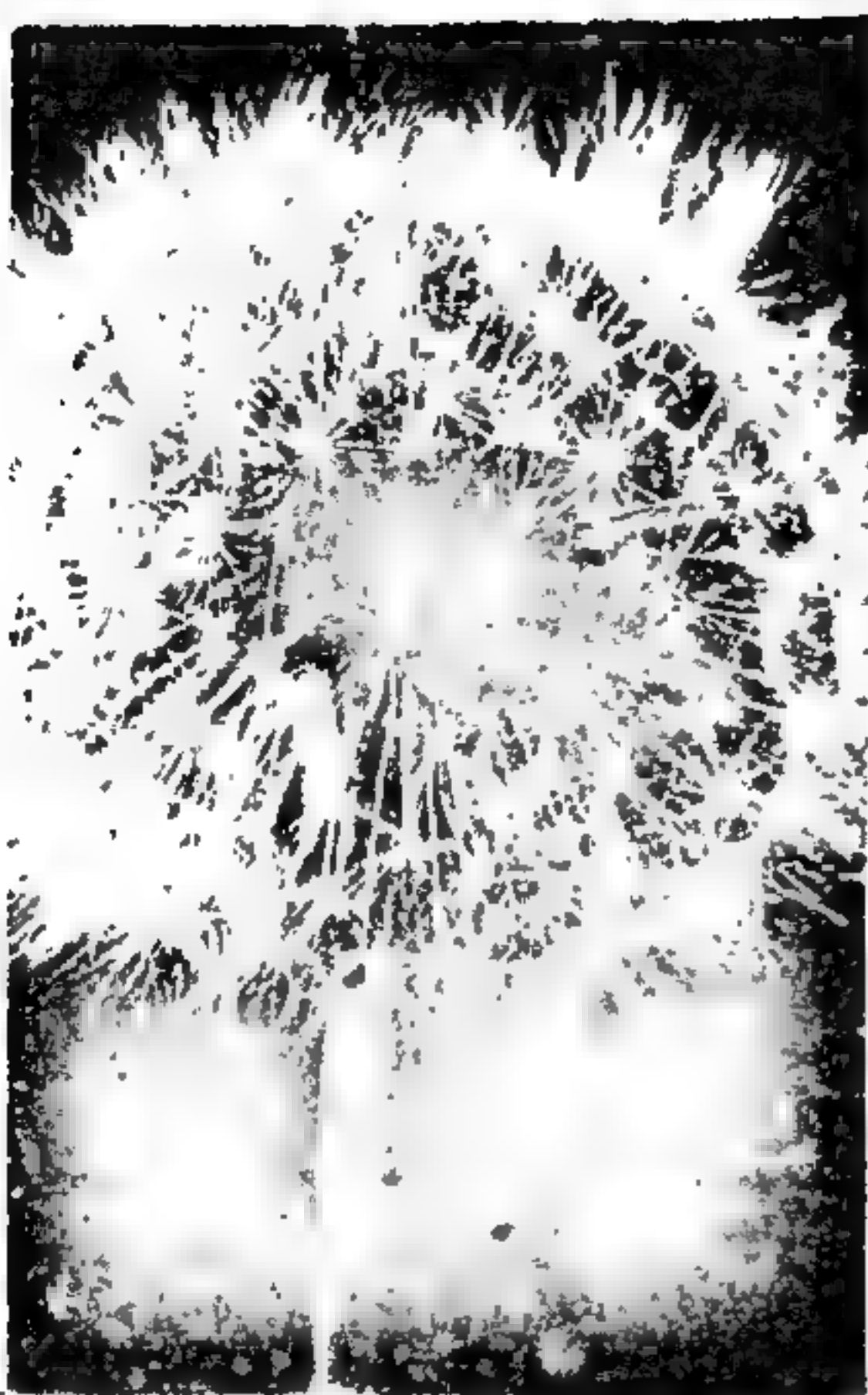
Ein Schwerpunkt unserer Berliner Gruppe ist die Kritik an der Rolle der deutschen Politik.

Wir fordern:

- den sofortigen Stop aller kriegserischen Handlungen, sowie der damit verbundenen Vertreibungspolitik
- den sofortigen Rückzug aller NATO-Truppen, insbesondere des deutschen Militärs, welches seit Jahren darauf vorbereitet wurde, aktiv an Angriffskriegen teilzunehmen
- die Öffnung der Grenzen und die aktive Unterstützung aller Flüchtlinge
- die weltweite Entmilitarisierung als Voraussetzung für gewaltfreie Lösung von politischen Konflikten

Infotelefon: Mo 13-16 Uhr, Mi 14-17 Uhr, 314-25254

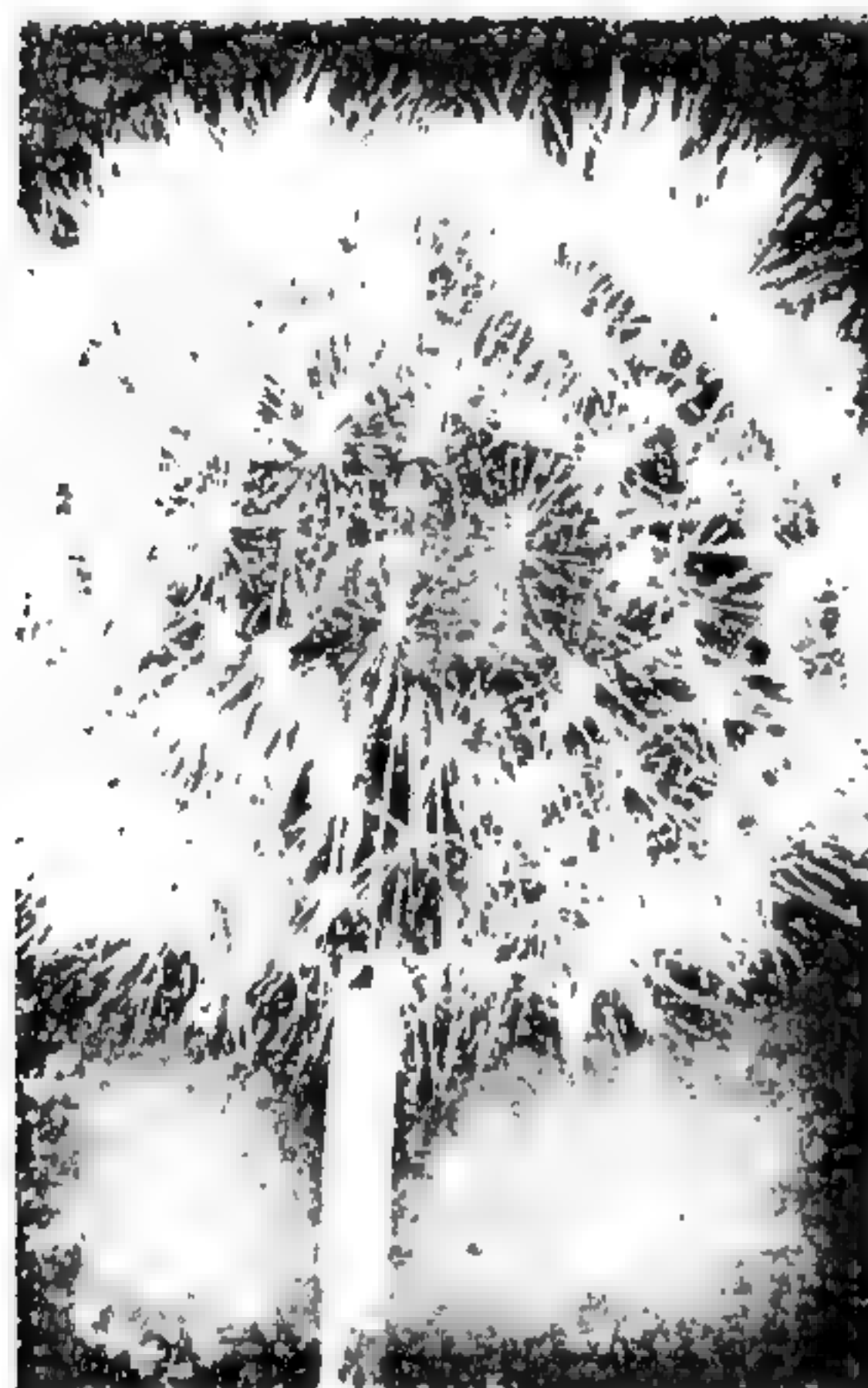
Unterstützerinnen der **Frauen in Schwarz** c/o Autonomes Frauenreferat AStA-TU Berlin,
Marchstraße 6, 10587 Berlin



BEENDET DEN KRIEG – SOFORT

Unabhängige Friedensinitiativen aus Belgrad erklären:

Tief schockiert von dem NATO-Angriff auf unser Land und von der Flucht der Kosovo-Albaner fordern wir – RepräsentantInnen von NGOs und der Nezavinost-Gewerkschaft (unabhängige Gewerkschaft) – mit Nachdruck von denen, die diese Tragödie verursacht haben, daß sie sofort die nötigen Schritte unternehmen, um die Bedingungen für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses zu schaffen.



Seit 2 Wochen morden die militärisch, politisch und ökonomisch stärksten Länder Menschen und zerstören militärische und zivile Einrichtungen, Brücken, Bahnlinien, Fabriken, Heizkraftwerke, Lagerhallen und Treibstofftanks. Das hat einen Exodus von unvorhersehbaren Ausmaßen geschaffen. Hunderttausende Yugoslawen, vor allem albanischer Herkunft, sind gezwungen ihre zerstörten Häuser zu verlassen, um der Bombardierung und dem militärischen Aktionen des Regimes und der KLA (Kosovo Liberation Armee, UCK) zu entkommen, in der Hoffnung, daß sie Rettung im tragischen Flüchtlingsstatus finden. Es ist offensichtlich, daß all dies in eine Katastrophe führt.

Eine friedliche Verhandlungslösung des Kosovoproblems, um die wir uns über Jahre hinweg bemüht haben, ist jetzt ferner denn je.

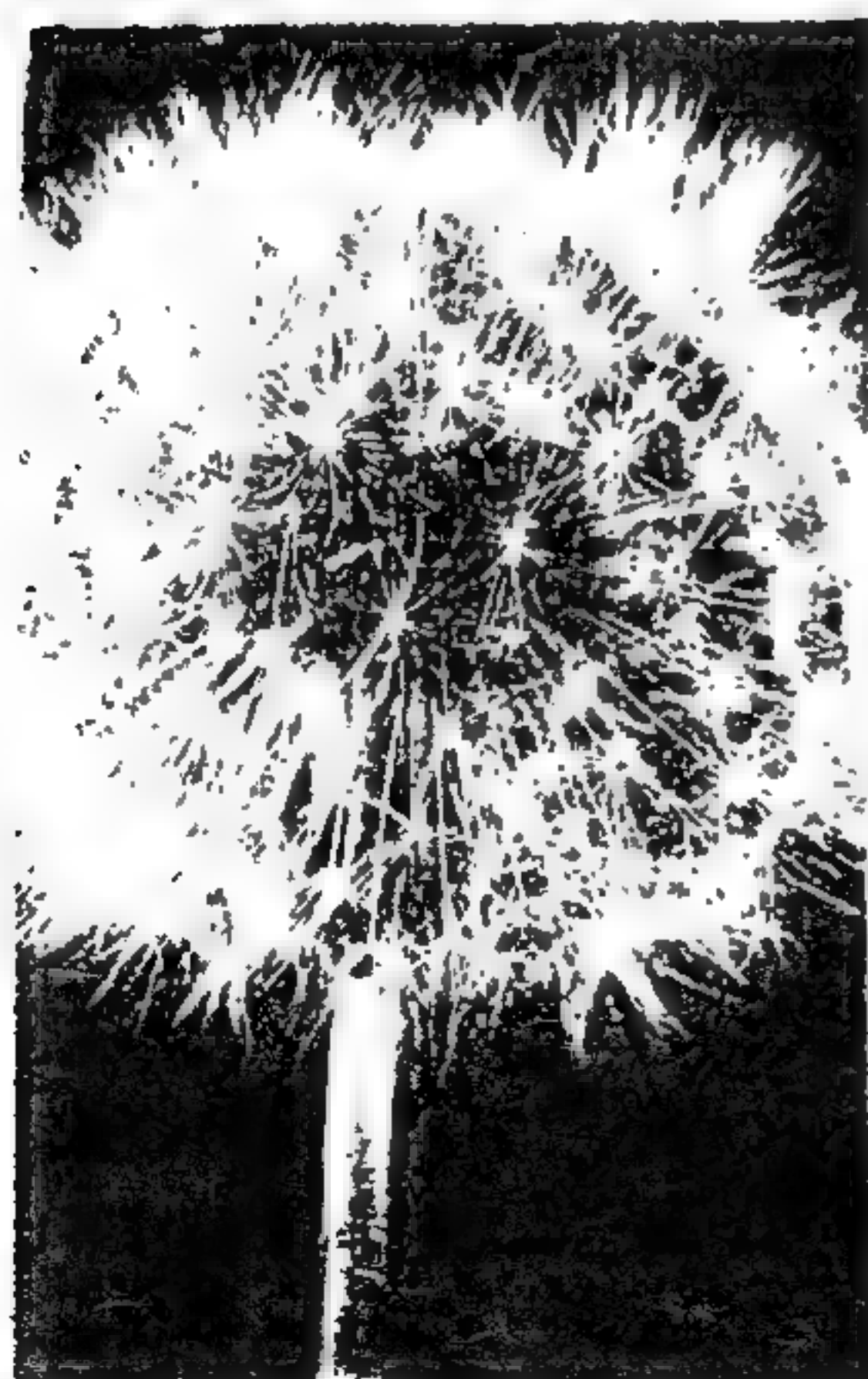
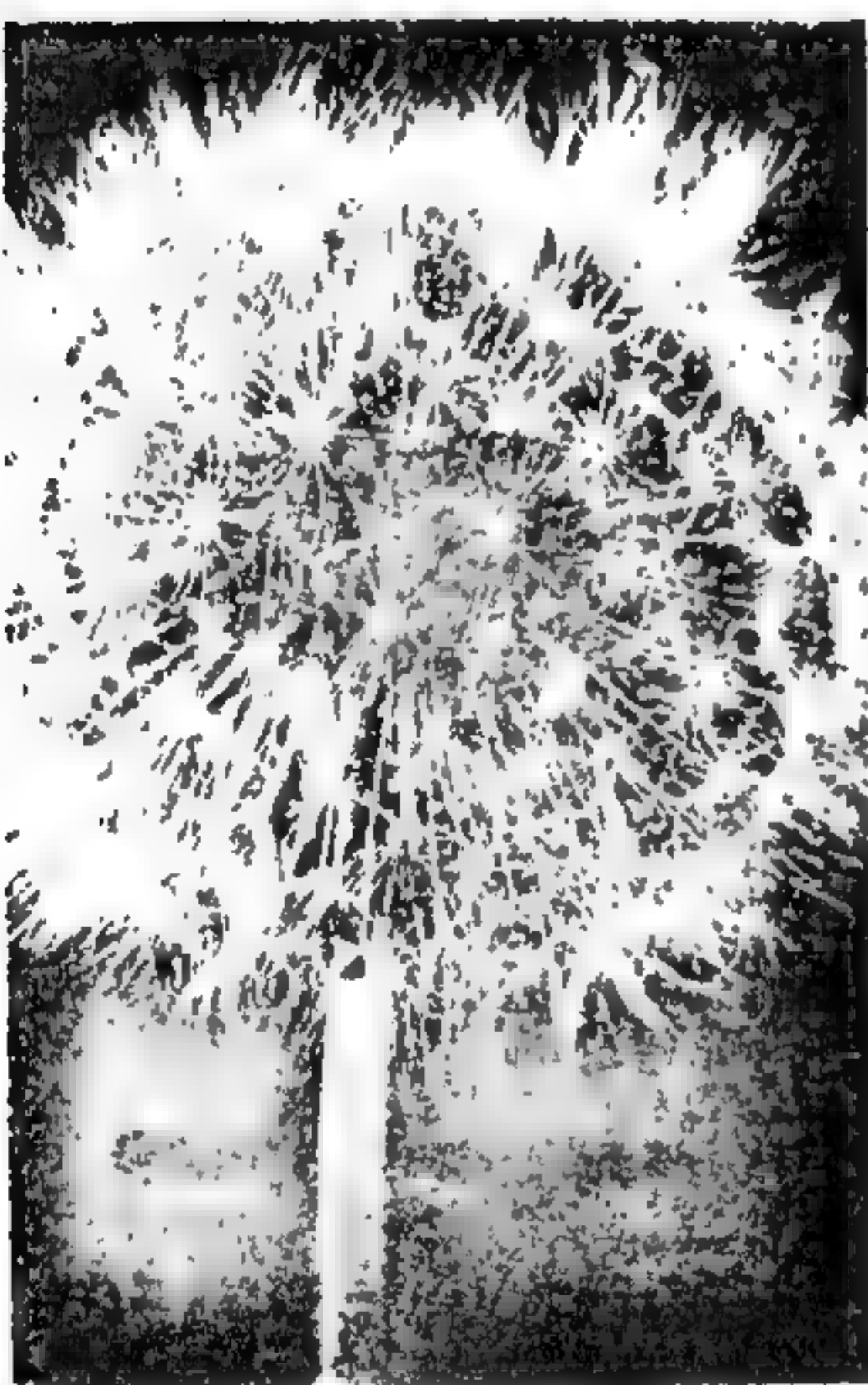
Unsere Anstrengungen, Demokratie und eine zivile Gesellschaft in Yugoslawien zu schaffen und das Land darin zu unterstützen, wieder Mitglied aller internationalen Institutionen zu werden, hat unter permanentem Druck durch das serbische Regime stattgefunden.

Wir, die RepräsentantInnen von zivilen Gruppen und Organisationen haben couragiert und ausdauernd gegen Kriegstreiberei und nationalistische Politik gekämpft, ebenso für Menschenrechte und besonders gegen die Repression gegen Kosovo-Albaner. Wir haben immer insistiert, daß ihre Menschenrechte und Freiheit genau wie die Autonomie des Kosovo respektiert werden. Während dieses Zeitraumes waren serbische und albanische zivilgesellschaftliche Gruppen die einzigen, die Kontakte und Kooperation aufrecht erhalten haben.

Die NATO-Intervention hat alles zerstört, was wir bis dahin aufgebaut haben, so auch das Überleben der Zivilgesellschaft Serbiens..

Konfrontiert mit der gegenwärtigen Tragödie stellen wir folgende Forderungen im Namen von Menschlichkeit und im Namen der Ideen und Werte, die unsere Aktivitäten geleitet haben.

- Wir fordern die sofortige Einstellung der Bombardements und aller bewaffneter Operationen
- Wir fordern die Wiederaufnahme des Friedensprozesses auf internationaler Ebene in der Balkanregion, in Europa, genauso wie in der UN
- Wir fordern von der EU und von Rußland, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen, um eine Friedenslösung für die Krise zu finden
- Wir fordern ein Ende der ethnischen Säuberung und die Rückkehrmöglichkeit für alle Flüchtlinge.
- Wir fordern Unterstützung für Frieden, Stabilität und Demokratie in Montenegro und jede mögliche Aktivität, um dieser Republik aus den katastrophalen Konsequenzen der Flüchtlingskrise zu helfen.
- Wir fordern von den serbischen und den internationalen Medien, professionell und unparteiisch über die gegenwärtigen Entwicklungen zu berichten und die Teilnahme am Medienkrieg zu beenden, ebenso wie die interethnische Hetze, Hysterie und Glorifizierung von Gewalt als einzig sinnvoller Weg aus der Krise.



Wir sind nicht in der Lage dies eigenständig zu erreichen.
Wir erwarten von Euch, unsere Forderungen zu unterstützen und uns zu helfen, sie zu realisieren durch eure Aktionen und Initiativen.

1. Association of Citizens for Democracy, Socioal Justice and Support for Trade Unions
2. Belgrade Circle
3. Center for Cultural Decotamination
4. Center for Democracy and Free Election
5. Center for Trastion to Democracy
6. Civil Initiatives
7. EKO Center
8. European Movement in Serbia
9. Forum for Ethnic Relations and Foundation for Peace and Crisis Management
10. Group 484
11. Helsinki Committee of Serbia
12. Students Union of Serbia
13. Union for Truth About Anti-Fascist Resistance
14. VIN – Weekly Video News
15. Woman in Black
16. YU Lawyers Committee for Human Rights ans Nezavisnost Trade Union Confederation
17. ARK



Belgrade 6. April 1999



Seit den NATO Bombardierungen in Jugoslawien wurden fast alle unabhängigen Medien dicht gemacht oder von der Regierung direkt übernommen, so auch der Radiosender B92. Ende März mußte Radio B92 seine Sendungen einstellen. Anfang April wurden die Studio - und Redaktionsräume in Belgrad beschlagnahmt und regimetreuen „Kollegen“ überantwortet.

Radio B92 wurde von der serbischen Regierung ausgeschaltet - und damit auch ein Teil der serbischen Opposition.

Vor 10 Jahren wurde der Radiosender gegründet. Während des jugoslawischen Bürgerkrieges entwickelte sich der einstige Belgrader Rocksender rasch zum Sprachrohr der serbischen Opposition. Seitdem bot er sämtlichen oppositionellen Bewegungen ein Forum. Grenzte sich aber deutlich von jeglichem nationalistischem Gehabe ab. Die NATO Luftangriffe wurden von Radio B92 von Anfang an verurteilt.

„Ein Verbrechen ist ein Verbrechen, wer auch immer es begeht und deswegen differenzieren wir dabei auch nicht nach Nationalitäten. Die Gewalt der Polizei und der militärischen und paramilitärischen Kräfte, die Gewalt der UCK und die Gewalt der NATO ist und bleibt ein und dasselbe: Gewalt. (...) Es wird oft vergessen, daß das „andere Serbien“ nicht entstehen kann durch Aktionen von außen, durch Auferlegung einer „Instant-Demokratie“. Es kann ausschließlich entstehen aus seinem Innerem - dann, wenn unsere lokalen oppositionellen Strukturen die maßgebliche Rolle spielen.(...)“.

Obwohl die Frequenz des Radio B92 bereit vor den ersten Angriffen der NATO abgeschaltet wurde, konnte 10 weitere der Sender empfangen werden. Die digitalisierten Sendungen wurden nach Holland geleitet und weiter zu BBC- Worldservice in London, von dort wurden sie über einen Satelliten in den ganzen Balkanraum ausgestrahlt. Allein in Jugoslawien übernahmen 35 lokale Radiostationen die Nachrichtenendungen von Radio B92. Radio 1476 aus Wien sendete so auch das Programm von B92 auf einer Kurzwelle.

Nach unseren Informationen, mußte Radio B92 nach immer weiteren Einschränkungen nun ganz ihre Sendungen einstellen.

Nun ist es nur noch möglich Informationen von und über Radio B92 aus dem Internet zu bekommen. In Amsterdam hat sich eine Gruppe „helpB92“ gegründet, die das Radio unterstützen wollen. Sie versucht weiterhin die Nachrichten von verschiedenen B92 KorrespondentInnen über das Internet zu verbreiten.

Zu diesem Zweck wurde eine spezielle Website eröffnet: <http://helpB92.xs4all.nl>
außerdem wurde ein spezieller B92 Fond eingerichtet, um unabhängige Medien in Jugoslawien finanziell zu unterstützen: <http://www.freeb92.net/donations>

Mit den folgenden Texten wollen wir das Projekt Medica mondiale vorstellen. Medica mondiale fördert die medizinische und psychosoziale Betreuung kriegstraumatisierter Frauen und Mädchen sowie Aufklärung über Kriegsverbrechen an Frauen.

Nebenstehend findet Ihr auch die Kontonummer des Projekts, deren Verbreitung wir wichtig finden. Um die Spendengelder für Hilfsorganisationen tobt oft ein harter Konkurrenzkampf. Fernsehsender und Zeitungen gehen feste Partnerschaften mit „ihren“ Hilfsorganisationen ein und lassen sich von ihnen auch schon mal eine Sendung finanzieren. Kleinere Projekte wie Medica, die oft inhaltlich und qualitativ bessere Arbeit leisten, haben da oft keine Chance, an dringend benötigte Gelder zu kommen.

Außerdem wollen wir noch auf das Buch „Am Anfang war die Wut“ von Erica Fischer verweisen (Autorin von „Aimée und Jaguar“), in welchem die Entstehungsgeschichte von Medica sehr detailliert ist beschrieben ist. Beeindruckend ist, mit welcher Offenheit dort Fehler, schwierige Auseinandersetzungen zwischen den bosnischen und deutschen Frauen und kritische Punkte thematisiert werden. (Kiepenheuer & Witsch)

Medica Zenica im Überblick

Medica Zenica unterstützt kriegstraumatisierte Frauen und Mädchen in Bosnien, auf umfassende Weise neue Lebensperspektiven zu entwickeln und bietet ihnen und ihren Kindern eine Zufluchtsstätte.

Der Anfang

Im Frühherbst 1992 wandten sich im Krieg vergewaltigte bosnische Frauen erstmals an die Öffentlichkeit. Aufgerüttelt durch diese Berichte suchte die Gynäkologin Monika Hauser vergeblich nach Hilfsprojekten für weibliche Überlebende sexueller Gewalt im Krieg. Im Dezember 1992 ging sie schließlich auf eigene Initiative nach Bosnien. In der Industriestadt Zenica, 70 km nordwestlich von Sarajewo, die während des Krieges Zehntausende von meist muslimischen Flüchtlingen aufnahm, traf sie auf bosnische Ärztinnen und Psychologinnen. Gemeinsam mit ihnen begann sie mit dem Aufbau eines Zentrums zur gynäkologischen und psychosozialen Betreuung kriegstraumatisierter Frauen - Medica Zenica.

Für wenige Wochen nach Deutschland zurückgekehrt, stellt Monika Hauser Anfang 1993 mit Spenden aus dem Fonds „Hilfe für vergewaltigte Frauen im ehemaligen Jugoslawien“ eine medizinische Grundausstattung zusammen. Mitte März kehrt sie mit vollbeladenen LKWs nach Zenica zurück - wenige Tage vor Beginn des Angriffkrieges der kroatisch-bosnischen Miliz (HVO) in Zentralbosnien. Ein Jahr lang sind die Stadt und ihre Bevölkerung, die zur Hälfte aus Flüchtlingen besteht, von der Außenwelt abgeschnitten. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten oder Informationen ist kaum möglich. Es herrscht Wasser- und Stromknappheit. Unter diesen Bedingungen beginnt Medica Zenica im April 1993, kaum vier Monate nach Monika Hausers erstem Eintreffen, die Arbeit mit einer gynäkologischen Ambulanz und einem stationären therapeutischen Bereich.

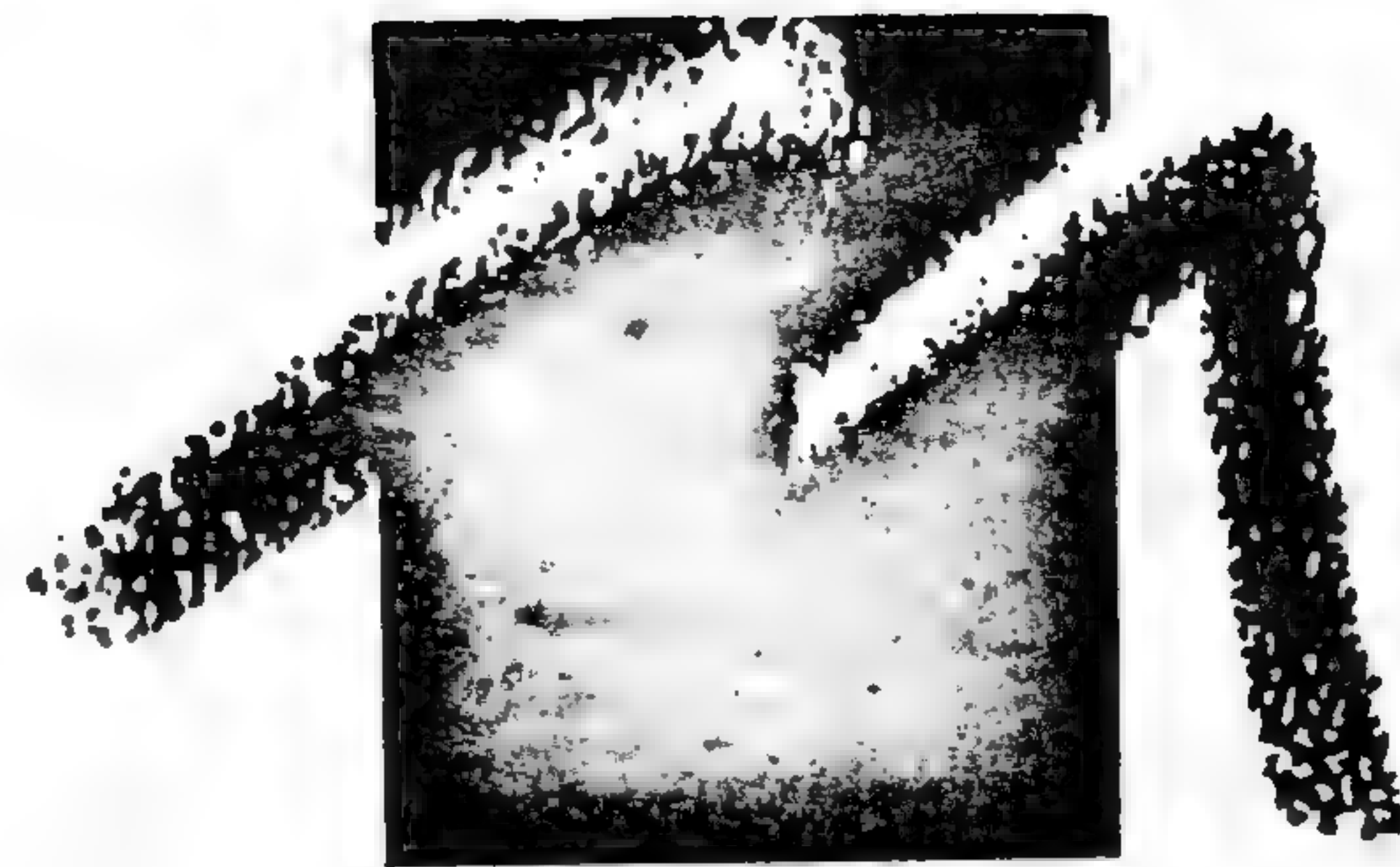


Medica-Kindergarten

Medica Zenica, ein einmaliges Projekt

Vergewaltigungen und sexuelle Folter an Frauen sind Bestandteil eines jeden Krieges - weltweit. Eine spezifische medizinisch-psychologische Hilfe ausschließlich für weibliche Kriegsüberlebende gibt es aber erstmals durch Medica Zenica in Bosnien.

Medica Zenica ist ein multiethnisches Projekt. Mitten im Krieg arbeiteten kroatische, serbische und bosniakische (muslimische) Bosnierinnen gemeinsam - dieses Miteinander ist bis heute eine wesentliche Grundlage des Projektes. Die rund 60 bosnischen Ärztinnen, Psychologinnen, Erzieherinnen und anderen Fachfrauen bieten den Flüchtlingsfrauen und ihren Kindern professionell und engagiert ihre Unterstützung an.



**Medica
mondiale e.V.**

Waisenhausgasse 65
D - 5 0 6 7 6 K ö l n

Fon: *49.(0) 221-9318980
Fax: *49.(0) 221-9318981
medica@ada.woman.de

Medica mondiale e.V.
Konto: Sparkasse Bonn
Bankleitzahl: 380 500 00
Konto-Nr.: 45 000 163

Der Kern der vielfältigen Angebote, die alle kostenlos für die Patientinnen und Bewohnerinnen sind, besteht aus folgenden Bereichen:

Medica Zenica in Zahlen

April 1993 - Mai 1997

Unterbringung: 520 Frauen und Kinder

Kindergarten: 109 Kinder

Psycholo-soziale Behandlungen/Beratungen: 2.200

Medizinische Behandlungen/Untersuchungen: 33.700
davon gynäkologisch: 25.500

Ambulanz „Martha“: 2.900

anerkannte Ausbildungen: 130
Frauen und Mädchen

Gynäkologie: Die ambulante Behandlung umfaßt neben den üblichen gynäkologischen Untersuchungen auch Ultraschall, Krebsvorsorge (seit Kriegsbeginn steigt die Krebsrate bei Frauen deutlich an), Schwangerschaftsabbrüche, Familienplanung und Gesundheitsfürsorge. Ergänzt wird sie durch die internistische und die allgemeinmedizinische Ambulanz. **Psychosoziale Versorgung:** Die Ärztinnen arbeiten eng mit den Psychologinnen, der Psychiaterin und der Sozialarbeiterin zusammen. Kriseninterventionen und therapeutische Gespräche stärken - stationär und ambulant - die Selbstheilungskräfte der Frauen. Eine wichtige Ansprechpartnerin für viele muslimische Frauen ist die islamische Theologin von Medica. **Fieldwork:** Mit der mobilen Medica-Ambulanz „Martha“ kommt medizinische und psychosoziale Hilfe auch zu Flüchtlingsfrauen in entlegeneren Gebieten und in Sammelunterkünften. **Zufluchtsstätte:** Das Wohnprojekt Medica II bietet vor allem jungen Flüchtlingsfrauen ein vorübergehendes Zuhause; im Medica eigenen Kindergarten werden auch schulpflichtige Kinder betreut und therapeutisch begleitet. **Ausbildung:** Die Bewohnerinnen brauchen, um eine Zukunft zu haben, auch berufliche Perspektiven und eine finanzielle Basis. Medica Zenica bietet anerkannte berufsbildende Kurse, Arbeitsmöglichkeiten und finanziert den jungen Frauen einen Schulabschluß und/oder den Besuch einer weiterbildenden Einrichtung. **Informations- und Dokumentationszentrum:** Die fremdsprachlich und am Computer geschulten „Infoteka“-Mitarbeiterinnen sind die Kontaktstelle auf nationaler und auf internationaler Ebene. Das e-mail - während des Krieges die einzige Verbindung nach „draußen“ - spielt auch heute noch eine wichtige Rolle für die Vernetzung mit anderen Frauengruppen. Die Infoteka-Frauen dokumentieren die Arbeit der Medica-Fachteams, die Situation der Frauen im ehemaligen Jugoslawien (speziell während des Krieges) und Kriegsverbrechen gegen Frauen.

Gegenwart und Zukunft

Die physischen und psychischen Narben der Gewalterfahrungen werden für immer bleiben. Ob sich jedoch das zerstörerische Werk der Täter durch die Folgen nicht verarbeiteter Traumata fortsetzt, hängt davon ab, ob den Frauen in Bosnien-Herzegowina langfristige Hilfe geboten wird. Die Zukunftsprobleme antizipierend hat sich Medica Zenica schon während des Krieges von einem Projekt der Akuthilfe für kriegstraumatisierte Frauen zu einem Projekt mit langfristigen Zielsetzungen und erweiterter Zielgruppe entwickelt. Gerade jetzt in der Nachkriegszeit sind Frauen mit neuen Problemen konfrontiert: wachsende häusliche Gewalt und zerbrochene Familienstrukturen, rechtliche Unsicherheiten, Armut und Arbeitslosigkeit, Leben zwischen Hoffnungslosigkeit und Hoffnung - auf die Rückkehr nach Hause, auf die Rückkehr „verschwundener“ Angehöriger, auf eine Lebensperspektive überhaupt. Hinzu kommen die spezifischen Probleme Tausender von Rückkehrerinnen aus europäischen Aufnahmeländern.

Medica Zenica kann die vielfältigen Probleme nicht lösen. Aber es kann und wird Frauen eine ihnen zugewandte medizinische und psycho-soziale Betreuung bieten, einen Zufluchtsort vor Gewalt, Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten. Die im Krieg gewonnenen Erkenntnisse über Krisenintervention und Traumaverarbeitung werden an semi-professionelle Frauengruppen im ganzen Land weitervermittelt. Damit soll ein Netz von Selbsthilfegruppen in Bosnien-Herzegowina entstehen. All dies geschieht nicht im Verborgenen. In ihren Publikationen beschreibt Medica Zenica die gesellschaftspolitischen Dimensionen aktueller Gewalt gegen Frauen und Kinder innerhalb und außerhalb der Familie.

Medica mondiale e.V.,

Medica mondiale e.V. ist aus der Kooperation von Medica Zenica und Medica Köln hervorgegangen. Wichtigste Aufgabe des Vereins ist bis heute die finanzielle Absicherung der Arbeit von Medica Zenica. Medica mondiale informiert regelmäßig über das Projekt und die Situation von Frauen in Bosnien-Herzegowina. Darüberhinaus setzt sich Medica mondiale für das Bleiberecht traumatisierter Flüchtlingsfrauen aus Bosnien-Herzegowina in der BRD ein und hat dazu im April 1997 eine breit angelegte Kampagne gestartet. Die Auseinandersetzung mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag bildet im Hinblick auf die Situation potentieller Zeuginnen einen weiteren Schwerpunkt der politischen Öffentlichkeitsarbeit von Medica mondiale.

Medica mondiale e.V. finanziert das Projekt fast ausschließlich aus Spenden.

Eine absolut unkontrollierte Situation

Ein Gespräch mit Monika Hauser, Gründerin der Kölner Hilfsorganisation Medica mondiale e.V.

1993 gründete die Kölner Gynäkologin Monika Hauser in Bosnien ein Therapiezentrum für kriegstraumatisierte Frauen: Medica Zenica. Jetzt setzt sich Medica mondiale für kosovarische Frauen ein.

Frage: Sie kommen gerade aus Albanien zurück. Decken sich Ihre Eindrücke mit der hiesigen Berichterstattung?

M.H.: Mein Haupteindruck ist der einer ganz großen Verzweiflung. Woran sich hier die Medien aufteilen, sind die sensationellen Details. Natürlich muß man das Ausmaß der Brutalität darstellen. Aber auch ohne die Spitzen der Brutalität ist das, was die Menschen erlebt haben, vernichtend. Innerhalb von 14 Tagen wurden alle Lebenszusammenhänge völlig zerstört, was lebenslange traumatische Folgen für die Menschen haben wird.

Frage: Haben die Hilfsorganisationen die Situation unter Kontrolle?

M.H.: Nein. Wir haben in Tirana eine absolut unkontrollierte Situation vorgefunden. Es war nicht vorhersehbar, daß Milosevic in diesem wahnsinnigen Tempo eine derart riesige Anzahl von Menschen aus ihrem Land vertreiben wird. Aber wir kennen Milosevic seit acht Jahren, und wir können nicht behaupten, wir hätten nicht ahnen können, was er vorhat. Es war doch klar, was sich mit Beginn der Bomben abspielen wird. Und selbst, wenn es „nur“ 100.000 Flüchtlinge gewesen wären, wären Mazedonien und Albanien nicht in der Lage gewesen, sie alle zu versorgen. Ich will nicht einzelne Organisationen diffamieren, aber ich kritisiere, daß nicht parallel zur Bombardierung die humanitäre Hilfe vorbereitet wurde.

Frage: Was können Sie über das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen sagen?

M.H.: Die genauen Zahlen kennen wir im Moment noch nicht, und ich weiß, daß sie sowieso zu niedrig sind. Außerdem ist das Tragische, daß die vergewaltigten Frauen, die jetzt tot sind, in diesen Zahlen nie inbegriffen sind. Uns geht es im Moment darum, Berichte zu sammeln, damit wir mit der Zeit ein klares Bild darüber bekommen, was geschehen ist und in welcher Systematik es geschehen ist. Wenn ich jetzt Geschichten höre über junge Mädchen, die aus Flüchtlingsgruppen herausgeholt werden, dann kommt das der Definition von Systematik sehr nahe. Es geht darum, die junge Generation zu zerstören. Die Frauen sollen durch Vergewaltigungen psychisch zerstört werden, ein Teil der jungen Männer wird in Brunnen geworfen und eine Granate hinterher. Die junge Generation soll ausgelöscht werden. Ein Vorgehen, daß wir aus Bosnien kennen.



Krieg ist Zerstörung

Frage: Werden die Vergewaltigungen instrumentalisiert?

M.H.: Ja, nicht zuletzt durch die Medien. Auch das haben wir bereits in Bosnien erlebt. Im Moment stürzen sich alle auf das Thema vergewaltigte Frauen, aber danach kümmert sich niemand mehr um sie. In Bosnien sind die Frauen jetzt alleine, auch die bosnische Gesellschaft kümmert sich nicht mehr darum, weil man nicht über das Tabuthema reden will. Man will generell nicht über die Folterungen reden, die im Krieg geschehen sind, denn jetzt geht es um wirtschaftlichen Wiederaufbau, und das ist es politisch nicht opportun, über das zu sprechen, was damals geschehen ist.

Was die kosovarischen Frauen betrifft, läßt sich derzeit nur konstatieren: Es gibt Berichte über Vergewaltigungen. Von einer wirklichen Systematik und konkreten Zahlen können wir aber noch nicht sprechen, weil dafür die Situation noch zu unübersichtlich ist. Die Frauen können im Moment nicht darüber sprechen, weil sie unter Schock stehen. Sie sind schwer traumatisiert und können auch deshalb nicht darüber sprechen, weil sie sich in einer von Chaos und Not geprägten Umgebung befinden. Sie müssen für sich und ihre Kinder das tägliche Überleben organisieren. Ihre Männer sind verschwunden oder tot, sie haben überhaupt keine Perspektive. Da kann eine Frau doch nicht darüber reden, was ihr geschehen ist. Die Frauen haben auch guten Grund nicht darüber zu sprechen, weil die Medien hinter ihnen her sind. Dabei geht es den Medien oft nicht um die Frauen als menschliche Subjekte, darum, was sie erlebt haben, was sie überlebt haben, sondern darum: wie oft ist sie von wem auf welche Art und Weise vergewaltigt worden. Natürlich ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß Frauen eine spezielle Form der Gewalt erleben. Das ist ein Erfolg seit Bosnien, daß wir darüber reden können, aber nicht auf diese Art und Weise, bei der die Frauen manipuliert und instrumentalisiert werden.

Frage: Während des Bosnien-Krieges gab es durchgehend Netzwerke von Frauen über die Grenzen hinweg? Wie sieht das derzeit aus?

M.H.: Ja, es ist phantastisch, was da entstanden ist, und sich dem nationalistischen Wahsinn entgegengestellt hat. Die Frauen in Zagreb, Belgrad, Sarajevo, Zenica, Pristina, Skopje usw. standen die ganze Zeit über in enger Kommunikation untereinander und mit Frauengruppen weltweit. Ab 1992 haben sich Frauen per e-mail vernetzt. Es war in der Zeit der Informationsblockade das Mittel der Kommunikation nach außen. Und es gab immer wieder bewegende Momente, wenn sich die Frauen aus Belgrad nach einem Angriff (gemeint sind hier Angriffe der bosnisch-kroatischen Armee auf die bosnische Stadt Zenica, in der sich das Medica-Projekt befindet - Anmerk. d. Red.) gemeldet haben und gesagt haben, wir haben keine Worte, aber wir sind bei euch.

Frage: Haben Sie noch Kontakt zu den Frauengruppen in Belgrad?

M.H.: Wir machen uns Sorgen um die Mitarbeiterinnen in den Frauenprojekten in belgrad. Die Frauen sind sehr gefährdet und es ist sehr mutig von ihnen e-mails nach draußen zu schicken. In einer der letzten Nachrichten hieß es, wir sind noch am Leben, wir sind oft im Keller, wir wollen nicht mehr auf die Straße gehen, weil wir nicht mehr mit unseren MitbürgerInnen reden können. Man kann mittlerweile auch innerhalb der opposition Milosevic nicht mehr kritisieren und wird abgeführt oder Schlimmeres, wenn man ein falsches Wort äußert. Diese Frauen sind sehr gefährdet, und ich kann nur hoffen, daß es ihnen gut geht.

Frage: Was ist mit den Frauengruppen in Pristina passiert?

M.H.: Wir haben den Kontakt zu ihnen verloren. Von zwei Frauen wissen wir, daß sie überlebt haben und in Mazedonien sind, aber über einige andere gibt es eine große Ungewißheit. Die Serben hatten es natürlich gerade auch auf Mitarbeiterinnen solchen Organisationen abgesehen und wir wissen von vielen nicht, wo sie sind, und ob sie überhaupt noch leben.

Frage: Wie werden sie jetzt arbeiten?

M.H.: Bei unserem Besuch in Tirana haben wir festgestellt, daß die Strukturen, die derzeit am besten funktionieren, die der Frauenorganisationen sind. Sie sind in den letzten Jahren entstanden und haben mit Unterstützung von amerikanischen und europäischen Frauengruppen Projekte aufgebaut. Wir arbeiten jetzt mit albanischen Organisationen zusammen, die juristische und therapeutische Beratung für Gewaltopfer anbieten.

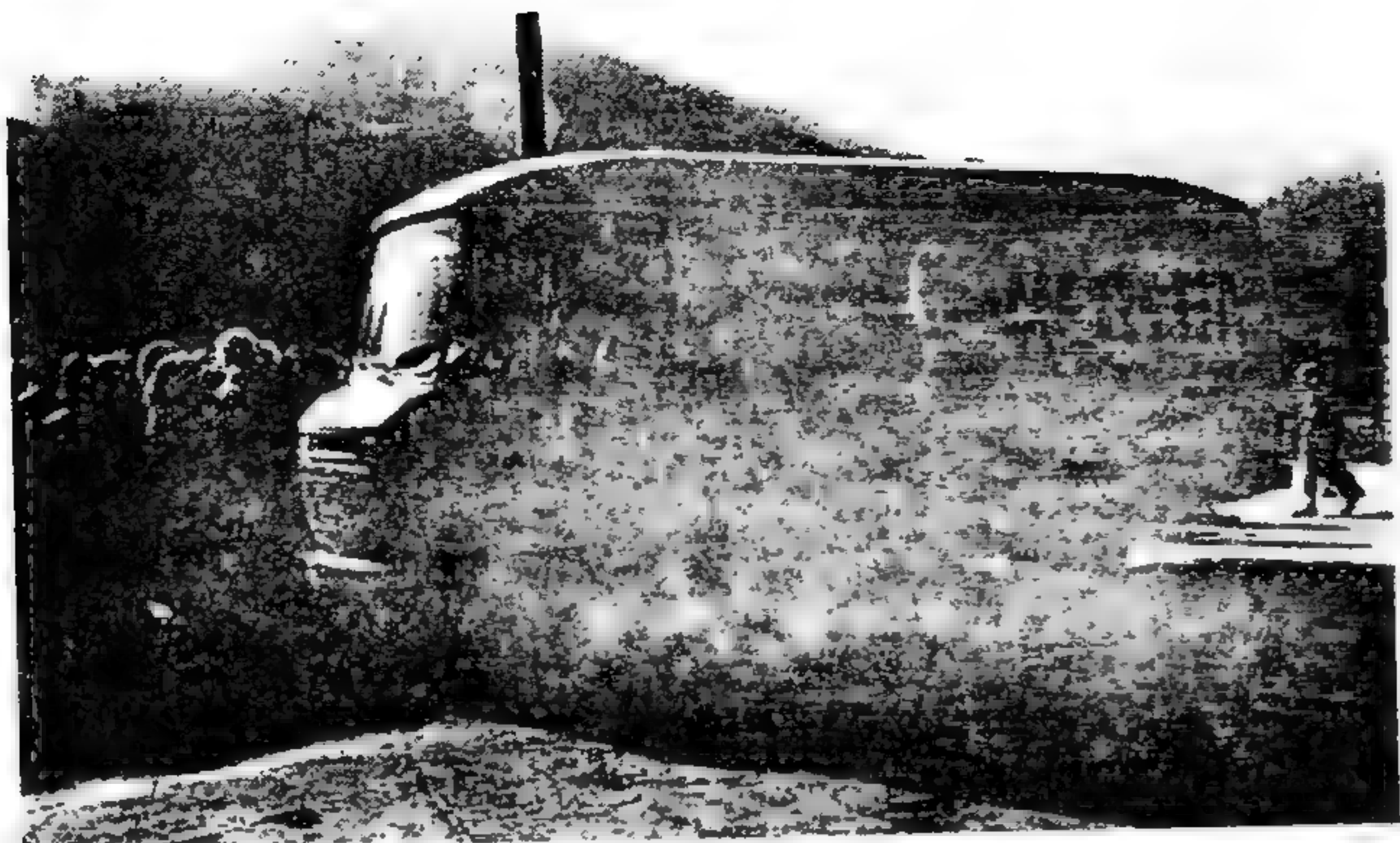


Im Kinderhort von Medica Zenica

Frage: Welche konkreten Projekte haben Sie jetzt vor?

M.H.: Unsere Arbeit besteht aus drei Säulen, die sich in Bosnien als richtig und wichtig erwiesen haben: psychosoziale Krisenintervention, eine gynäkologische Ambulanz und Dokumentation. Sechs albanische Beraterinnen sind bereits in den Flüchtlingslagern und versuchen, mit Hilfe von kosovarischen Kontaktfrauen Zugang zu den Frauen zu finden. Brauchen sie Babynahrung? Medikamente? Müssen sie einen dringenden Kontakt ins Ausland herstellen, um ihre Familie zu finden? Krisenintervention bedeutet, eine akute psychologische Entlastung zu schaffen. Dabei versuchen die Beraterinnen auch, schwer traumatisierte Frauen aufzufinden. Es wird Zeit brauchen, einen Zugang zu den Frauen zu bekommen. Denn die kosovarischen Frauen sind nicht nur schwer traumatisiert, sie kommen auch aus einem extrem patriarchalen Zusammenhang, das heißt, sie sind es gewohnt, mit ihren Kindern hinter Mauern zu leben. Deshalb ist es für sie auch so schrecklich, daß sie sich jetzt so ungeschützt auf dem Präsentierteller befinden und in den Flüchtlingslagern oder auf einer Wiese keinerlei Intimität und Privatsphäre mehr haben. Die zweite Säule unserer Soforthilfeaktion ist die gynäkologische Ambu-





lanz, die im Mai hoffentlich vor Ort sein wird. Mit diesem Fahrzeug werden wir die verschiedenen Flüchtlingslager anfahren. Damit haben wir in Bosnien sehr gute Erfahrungen gemacht. Die dritte Säule ist die Dokumentation. Wir werden alle Berichte von Anfang an professionell dokumentieren. Für die Frauen ist es wichtig, daß aufgeschrieben wird, was ihnen geschehen ist. Diese Dokumente werden wir dann dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zur Verfügung stellen. Das sind unsere Pläne. In welchem Umfang wir dies realisieren können, hängt von unseren Spendeneinnahmen ab.

Frage: Wie lange wird es dauern, bis die Frauen sprechen können?

M.H.: Das ist eine ganz individuelle Angelegenheit. Wir haben in Bosnien gesehen, daß manche Frauen bis heute nicht reden können. Wir können sie aber in dieser ganzen Zeit unterstützen, eine eigene, neue Perspektive zu finden. Das hängt auch von der Gesamtsituation, von der Umgebung ab. Deswegen habe ich immer scharf kritisiert, wie man in Deutschland mit traumatisierten Flüchtlingsfrauen umgeht. Die Frauen brauchen einen sicheren Aufenthaltsstatus, sie brauchen Arbeit, erst dann können sie langsam zur Ruhe kommen und sich darauf einlassen, was mit ihnen geschehen ist.

Frage: Ist es sinnvoll, die Flüchtlinge nach Deutschland zu holen?

M.H.: Wir können die über 300.000 Flüchtlinge nicht allein Albanien zumuten. Deutschland darf sich nicht auf die Aufnahme von 10.000 Flüchtlingen beschränken. Das ist beschämend. Natürlich ist es richtig, die angrenzenden Länder des Kosovo zu unterstützen, vor allem die albanischen Familien brauchen wirtschaftliche Unterstützung. Ich kann verstehen, daß viele aus dem Kosovo sagen, wir wollen in der Nähe bleiben, weil wir wieder zurück wollen. Aber es wird für viele vorerst keine Möglichkeit geben, zurückzukehren. Und selbst wenn es nur eine kurze Zeit sein sollte, bis sie wieder zurück können, sollen sie nicht im Dreck leben.

Frage: Haben Sie eine Prognose?

M.H.: Eine Prognose jetzt? Ich glaube das Regime von Milosevic wird über kurz oder lang untergehen. Für mich ist es komisch, mir jetzt über militärische Szenarien Gedanken machen zu müssen. Spätestens nach Dayton hätte man Milosevic nach Den Haag bringen müssen, dann wäre die Tragödie so nicht passiert. Daß der Nato-Einsatz nicht die Lösung ist und jetzt die Politik wieder ran muß, ist völlig klar. Aber was auf keinen Fall passieren darf, ist die Teilung des Kosovo. Denn dann hätte Milosevic gesiegt.



ANZEIGE:

Öffnungszeiten
Dienstag 12.00 - 16.00
Donnerstag 16.00 - 20.00

FRAUENBIBLIOTHEK - JINE RABE

Plauen 08527 Thiergartener str 4

„Massenvergewaltigung“, „Vergewaltigung als Kriegswaffe“, „Vergewaltigung als Kriegsstrategie der ‘ethnischen Säuberung’“, „Vergewaltigung als Völkermord“ - so lauteten im Winter 1992 und Frühjahr 1993 die Schlagzeilen zum Krieg in Bosnien-Herzegowina. Der sensationalistische, voyeuristische bis pornographische Stil des Betroffenheits- und Marktjournalismus wurde von Medica mondiale und zahlreichen anderen Frauengruppen immer wieder verurteilt. Und doch war es eben jener Betroffenheitsjournalismus, von dem sich so viele Frauen in Westeuropa aktivieren ließen, die bis dahin zum Krieg selbst geschwiegen hatten.

Vieles, was die Medien schrieben, wurde unreflektiert übernommen und fand sich in

zahlreichen Flugblättern engagierter Frauen wieder.

Doch Berichte und Darstellungen in den Medien sind nicht einfach eine gute oder schlechte Wiedergabe von Fakten.²⁾ Die Art und Weise der Präsentation vermittelte auch versteckte Botschaften, die selbst wiederum von gesellschaftlichen sexistischen und rassistischen Vorannahmen geleitet waren. Über die Ethnisierung des Geschlechter-(gewalt)verhältnisses wurde „der Balkan“ von „Europa“, oder allgemeiner gesagt, von „dem Westen“ abgegrenzt.

Im folgenden werde ich versuchen, die meiner Meinung nach wichtigsten Elemente des 1992/93 vorherrschenden Diskurses über sexualisierte Gewalt im Krieg darzustellen.



Sexualisierte Gewalt im Krieg und ihre Funktionalisierung im ethnischen Diskurs in den Medien

Auszüge aus dem Vortrag von Gabriela Mischkowski, gehalten auf der internationalen Medica mondiale-Fachtagung, 1. bis 4. 10. '98 in Bonn¹⁾

Das Einmaligkeits-Postulat

Die Mehrheit der ab November 1992 geballt erscheinenden Pressemeldungen über Kriegsvergewaltigungen stützten sich auf die Recherchen und Berichte von drei JournalistInnen: Roy Gutman, Alexandra Stiglmayer und Maria von Welser als verantwortliche Redakteurin der Mona-Lisa-Sendung. Ihre „Fakten“ nebst Interpretationen waren aufrüttelnd und kehrten in den folgenden Wochen und Monaten in immer wieder neuen Variationen wieder: Vergewaltigung wurde zwar als Teil eines jeden Krieges benannt, im

Handlungsdruck setzte, stand fest, „daß in diesem Krieg Frauen so grausam wie noch nie zuvor von brutalen Männern zu Opfern gemacht werden...“. „Diesmal“ so fährt sie fort, „war es Kriegsstrategie. Ziel war eine ‘ethnische Säuberung’, die Ausrottung eines Volkes, indem seine Frauen vergewaltigt und geschwängert wurden.“⁴⁾ Zur Untermauerung dieser These dienten zum einen willkürliche Zahlenangaben, die man sich von vermeintlichen Experten, wie z.B. Krankenhausärzten, „bestätigen“ ließ, zum anderen Zuschreibungen wie „systematisch“ und „planmäßig“.

Die nüchterne, aber immer wieder selbst in ihrer Erwähnung verdrängte Geschichtsschreibung sagt anderes: Solange und sofern sexuelle Gewalt gegen Frauen in welcher Form auch immer für die Kriegsführung oder die Nachkriegsbesatzung funktional war oder ihr zumindest nicht schadete, haben Soldaten und Männer Frauen (und auch Männer) einzeln, in Gruppen, systematisch oder unsystematisch, auf jeden Fall aber brutal sexuell gedemütigt und angegriffen - ob mit oder ohne Befehl. Insbesondere in Kriegen, in denen es um demographische Veränderungen in der Bevölkerung geht, sind Vergewaltigungen wie jede andere Terrormaßnahme auch äußerst wirksam. Keine „Zivilisation“ kann davor schützen, solange sie selbst auf einem hierarchischen Geschlechterverhältnis beruht und sich darüber reproduziert. Doch gerade dieser Zusammenhang wurde in der vorherrschenden Interpretation ausgeblendet, verschwiegen.



Krieg in Bosnien-Herzegowina sah man aber eine neue Qualität - den Einsatz von Vergewaltigung als Kriegswaffe, als strategisches Kriegsmittel. „Vergewaltigungen (...) haben“, so Gutman, „in diesem Krieg (...) eine einmalige Rolle gespielt. Die Erniedrigung von Frauen war zentral für die Eroberung.“³⁾

Auch für Maria von Welser, der Moderatorin der ZDF-Mona-Lisa-Sendung über Kriegsvergewaltigungen am 15. November 1992, die vor allem deutsche Politiker und Politikerinnen unter



Medica II

Das historisch blinde Einmaligkeits-Postulat war

begleitet von einer grenzenlosen moralischen Empörung, die sich jedoch weniger gegen die Gewalttaten selbst (also gegen geschlechtsspezifische Gewalt) als gegen ihre „Einmaligkeit“ und „Besonderheit“ zu wenden schien. Damit wurde jedem Rückbezug auf unsere eigene Geschichte sowie unsere eigene Gesellschaft der Weg abgeschnitten. Damit gerieten auch mehr und

mehr die Überlebenden selbst aus dem Blickwinkel, ihre Geschichten dienten lediglich als Beweise der Thesen. Weitere „Besonderheiten“ untermauerten dies.

Die Muslimisierung der Opfer

Der Angriff der (bosnisch)serbischen Kriegsführung - 1993 auch der (bosnisch)kroatischen Kriegsführung! - richtete sich gegen Menschen, die als „Muslime“ definiert und typisiert wurden. Die deutschen Medien übernahmen diese Klassifizierung und Auseinanderdividierung von Menschen, indem sie Opfer und Täter ebenfalls ethnisierten. Dabei schälte sich ein bestimmter Typus des Vergewaltigungsopfers heraus, das mit den realen Opfern und Überlebenden sexualisierter Gewalt nichts mehr zu tun hatte: DIE muslimische Frau. Die muslimische Frau - meist mit Kopftuch abgebildet - war ein Konstrukt, ein Klischee. Muslimische Frauen, so erfuhren wir z.B., sind besonders schamhaft. Vor allem sind sie auch besonders „ruiniert“ nach einer Vergewaltigung, weil die muslimische Gemeinschaft sie auf jeden Fall ächten wird, ja sogar töten wird, wenn sie davon erfährt. Von FAZ bis hin zur EMMA wurde die Behauptung, muslimische Frauen seien durch eine Vergewaltigung aufgrund der patriarchalen Gemeinschaft besonders „entehrt“, „geschändet“ unermüdlich wiederholt.

Einmal abgesehen von der Wiederholung der selbst schon patriarchalen Definition von Vergewaltigung als „Schande“ und „weiblichem Ehrverlust“ (und nicht als Angriff auf die körperliche Integrität von Frauen und Männern und als Menschenrechtsverletzung), findet hier über die Definition der bosnisch-muslimischen Gemeinschaft als „total patriarchal“ eine weitere Abgrenzung statt. Über diese Ausgrenzung des „Anderen“ wiederum wird im Umkehrschluß implizit unser eigenes westliches Selbst als fortschrittlich und zivilisiert definiert.

Die Serbisierung der Täter

Das Gegenbild zur Konstruktion des muslimischen Vergewaltigungsopfers war das Bild des dämonischen serbischen Vergewaltigers, der scheinbar alles, auch die Mord- und Foltertaten deutscher Landsr oder SS-Angehöriger in den Schatten stellte. Der rechts-konservative Chefideologe der FAZ, Georg Reißmüller, war dabei nicht der einzige, der als Erklärung des Dämonenhaften - neben Alkohol und Drogen - die wiederum besonders patriarchale, diesmal serbische Gesellschaft anbot, einen alten serbischen Brauch, „nach welchem sich der Mann seine Frau durch Entführung verschafft.“ Dabei gäbe es eine „in den Serben tief verwurzelte Überzeugung (...), ein Serbe dürfe alles nehmen und nach Gutdünken behandeln, was er erobert hat.“

Genau wie für die muslimische Gesellschaft wird auch für die serbische Gesellschaft sinnigerweise das sonst unerwähnte Geschlechterverhältnis in Form der Frage: „Wie gehen sie mit „ihren“ Frauen um?“ zum Prüfstein von Fortschrittlichkeit und Zivilisation. Indem sich Reißmüller dabei auf offensichtlich aufgeklärtere kroatische „Historiker und Ethnologen“ stützt, zieht er zugleich die Grenze des zivilisierten Europas: Kroatien darf noch dabei sein, alles was dahinter liegt ist Barbarei. Auch diese Position spiegelt die im Westen dominante Lesart des Krieges als „Krieg der Stämme“ wider.

Gefangen im Opferdiskurs

Die überlebenden Frauen wurden generell auf eine Opferidentität reduziert, die, so möchte ich fast sagen, das Werk der Täter fortschrieb. Die Frauen, so erfuhren wir in der Mona-Lisa-Sendung, sind „totale Invaliden“, sie sind total degradiert, nur noch eine Ware, „kleiner als ein Stück Dreck“ (Spiegel 50/1992), „weniger als nichts“ (EMMA 9/92), eigentlich tot. Zu dieser Klassifizierung trugen auch die verschiedenen Expertinnen bei, deren fachliche Äußerungen als Beweis und Beleg dafür, daß dies alles tatsächlich geschehen ist, in fast jedem Artikel zitiert wurden. Ärztinnen und Psychologinnen beschrieben die physischen und psychischen Symptome als Folgen der Gewalt. In der Darstellung trug dies wiederum dazu bei, die Frauen vor allem über ihren Grad an „Beschädigung“ zu definieren.

Die Tatsache, daß viele dieser vermeintlich „toten“ Frauen die Courage hatten, sich Kameras, Journalisten und Ermittlungskommissionen zu stellen, ihren vollen Namen zu nennen, auch die Namen der Täter und ihren Zorn der Welt kundzutun, verschwindet hinter den Opferbildern. Hinter Opferbildern, die im übrigen auf dem traditionellen Bild von Weiblichkeit als schutzlos, grundsätzlich verletzbar und vergewaltigbar beruhen. Zusammen mit dem Gegenbild des schützenden, aggressiven, gewalttätigen (und vermeintlich nicht vergewaltigbaren) Mannes organisieren diese Weiblichkeits- und Männlichkeitsvorstellungen bis heute die Praxis und Legitimation des Krieges.

Dokumentation

Die nachfolgende Dokumentation der OSZE (OSZE siehe unterer Kasten) und der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ von Kriegsverbrechen der serbischen Armee und Paramilitärs an albanischen ZivilistInnen veröffentlichen wir mit der Intention, bekannt zu machen, was im Kosovo passiert. Wir sind uns der Schwierigkeiten bewußt, die eine solche Veröffentlichung in sich birgt, weil genau mit diesen Informationen hier Politik gemacht wird und diese als Begründung für die Bombardierungen Jugoslawiens durch die NATO herhalten müssen. Wir wollen damit aber auch der Tendenz in der linken Anti-Kriegsbewegung (von Autonomen über die junge Welt bis hin zur PDS) etwas entgegensetzen, wo die Geschehnisse im Kosovo allzu oft verharmlost und Aussagen der von dort Geflohenen als unglaubwürdig dargestellt werden. Außerdem appellieren wir an die Verantwortung unserer Leserinnen mit diesen Informationen korrekt umzugehen.

Diese Dokumentation ist nicht vollständig und damit einseitig. Es fehlen Aussagen über das Vorgehen der UCK gegenüber der serbischen Zivilbevölkerung im Kosovo, sowie Angaben über das Ausmaß der Zerstörung durch die NATO-Bomben und deren Auswirkungen: bezüglich der realen Opfer, der Zerstörung der Infrastruktur und langfristiger Umweltschäden.

Die nachfolgenden Punkte werden von den Flüchtlingen vielfach wiederholt:

1. Männern werden von ihren Frauen getrennt, wobei die Männer entweder mit unbekanntem Schicksal fortgeschafft oder getötet werden.

2. Es gibt Fälle der Ermordung ganzer Familien.

3. Leichen von Zivilisten liegen an Landstraßen, in Straßengräben und auf städtischen Straßen.

4. Flüchtlinge, die auf Verlangen kein Geld vorweisen können oder die bei ihrem Exodus zu langsam sind, werden willkürlich getötet.

5. Dörfer werden systematisch und mit Gewalt geräumt und sodann geplündert und niedergebrannt.

6. Kosovo-Albaner werden aus städtischen Gebieten mit Zügen, Lastwagen und Bussen zur Grenze getrieben.

7. Ausweispapiere, Geld, Autos und Wertgegenstände werden von serbischen/jugoslawischen Streitkräften an der Grenze gewaltsam geraubt.

8. Serbische Zivilisten greifen in städtischen Gebieten zu den Waffen.

Diese Dokumentation erstellten MitarbeiterInnen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die vor Beginn der NATO-Luftangriffe im Kosovo stationiert waren und mit Beginn der Bombardierungen abgezogen wurden. Doch die OSZE-Beobachter setzen ihre Arbeit in den Flüchtlingslagern in Mazedonien und Albanien fort und stellen gegenwärtig weiter Berichte über die Menschenrechtssituation zusammen. Diese werden alle zwei Wochen den regierungen der 53 OSZE-Mitgliedsstaaten übergeben, sind bislang allerdings nicht veröffentlicht worden. Das geschah bisher deshalb nicht, weil die Berichte sich auf Schilderungen von Zeugen sowie auf Berichte anderer Medien und Organisationen stützten, die im einzelnen für die OSZE nicht überprüfbar waren. Doch nach mehreren hundert unabhängig voneinander geführten Interviews mit Flüchtlingen in Albanien, die die OSZE-Beobachter nach Beginn des Krieges führten, stellt sich ein klares Bild der serbischen Vertreibungs politik her. Zusätzlich dokumentieren wir die Aussagen von einigen der 1.537 Flüchtlinge, die von der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ im Lager Rozaje in Montenegro befragt wurden. Die englische und französische Fassung findet man im Internet unter: <http://www.msf.org/projects/yugoslavia/kosovo/index.htm>

Die Methoden der Vertreibungen

Die Mehrheit der Flüchtlinge, die in Albanien eintreffen, stammen aus dem westlichen Kosovo und insbesondere aus Suva Reka, Prizren, Pec, Djakovica, Mitrovica und den umliegenden Dörfern. [...]

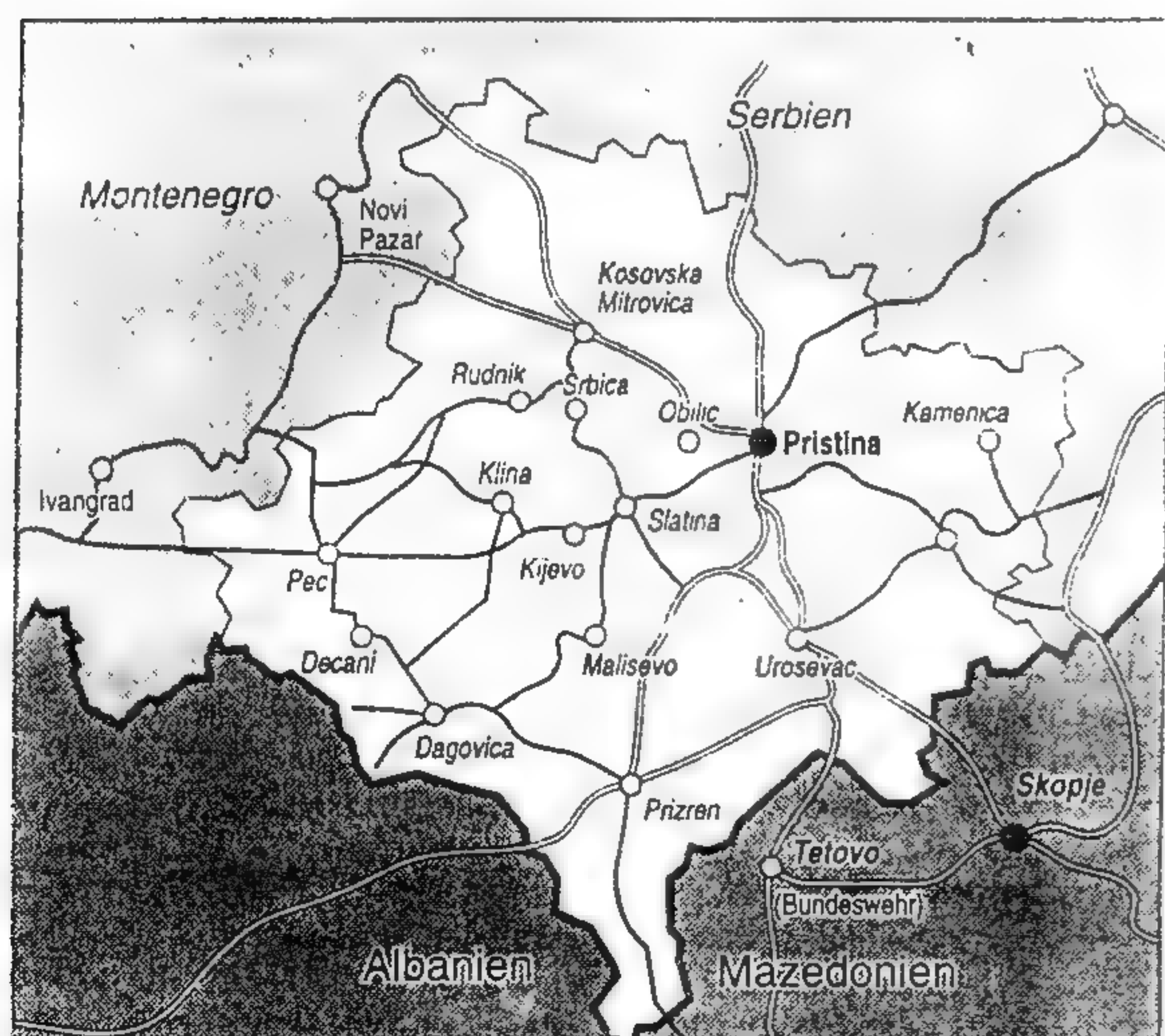
Flüchtlinge aus Pec, Prizren und Djakovica erzählen, wie sie gezwungen wurden, ihre Häuser zu verlassen, ohne daß ihnen die Zeit gegeben wurde, ihre Habe zusammenzupacken, und daß sie dann auf Busse verladen wurden oder zur albanischen Grenze laufen mußten. Wer in Autos unterwegs war, wurde manchmal gezwungen, vor der albanischen Grenze die Fahrzeuge zurückzulassen.

In den städtischen Gebieten beschreiben Flüchtlinge die systematische Abriegelung von Stadtteilen, die sodann von Menschen geräumt, geplündert und in Brand

gesteckt wurden. Dasselbe Muster wurde in den umliegenden Dörfern verfolgt. Dorfbewohner wurden gezwungen, schnell und ohne ihre Habe aufzubrechen. Das Dorf wurde dann geplündert und niedergebrannt, während die Dorfbewohner zur nächsten Siedlung getrieben wurden.

Suva Reka, 28. März

Serben begannen, Suva Reka und umliegende Dörfer unter Beschuß zu nehmen. Flüchtlinge waren Zeugen, wie zwei Menschen durch die von „Arkan“ befehligten Paramilitärs in dem Dorf Vlashë mit Messern getötet wurden. Sie stahlen ihre gesamten Besitztümer, Geld und Ausweispapiere, bevor sie flohen. Flüchtlinge sagten, daß Serben in Mushtis 20 Menschen töteten: 30 Menschen in Trnje; 20 Menschen in Leshi; 11 Menschen in Supi und eine Familie, bestehend aus 12 Familienmitgliedern, in Vranes. Die meisten Opfer wurden erschossen.



Djakovica, ohne Datum

Zwischen dem 20. und dem 24. März wurden 10 bis 15 junge männliche Kosovo-Albaner erschossen vor ihren Häusern aufgefunden. Der Onkel des Flüchtlings wurde vor den Augen seiner Familie erschossen. Paramilitärische Kräfte (MUP) teilten denjenigen, die sich in Djakovica befanden, mit, daß sie anfangen würden, die Kosovaren zu töten, sobald die Nato-Luftangriffe begännen. Nachdem die Bombardements begonnen hatten, versteckte sich der Flüchtling zusammen mit 45 anderen Menschen mehr als eine Woche lang in einem Kellergeschoß. Jeden Tag ging er kurz hinaus, um Essen und Wasser mitzubringen. Dabei sah der Flüchtling Bulldozer mit Leichen, die mit Decken verhüllt waren. Arme und Beine hingen heraus, und Blut tropfte von dem Bulldozer herunter. Die MUP brachten den Bulldozer zum Friedhof und kippten den Inhalt in eine große Grube. Der Flüchtling gab an, daß die Toten in den Bulldozern „Intellektuelle“ aus Djakovica, hauptsächlich Männer, gewesen seien. Der Flüchtling glaubte, daß bis zu 70 von ihnen von den serbischen Streitkräften in einer Tulbe (einem muslimischen Ort zum Gebet) massakriert worden seien.

Als die Flüchtlinge zu fliehen versuchten, befahlen die MUP ihnen zu bleiben, weil „sie nichts Falsches getan hätten“. An Kontrollpunkten der Polizei wurden ihnen alle Dokumente, ihr Geld und ihre Wertgegenstände abgenommen. An einem Kontrollpunkt wurden die Wertgegenstände auf einen Haufen geworfen, mit Benzin übergossen und angezündet.

Rogovo, 25. März

Die Serben begannen, Rogovo unter Beschuß zu nehmen. Nach fünf Tagen kehrten die Flüchtlinge nach Rogovo zurück. Armee, Polizei und Paramilitärs (graue Uniformen, rote und weiße Streifen auf den Schultern) begannen erneut mit Angriffen. Den Flüchtlingen wurde gesagt, sie müßten sofort die Stadt verlassen. Ihnen wurde nicht gestattet, das Zentrum von Prizren zu durchqueren, ein Flüchtling sah keinerlei Menschen in Prizren, nur, daß viele Gebäude zerstört waren. Serbische Militärs drohten, einer Familie ihr Kind wegzunehmen, wenn diese ihnen nicht 1.000 Mark gäbe. 50 Menschen versuchten, einen Fluß zu überqueren. Soldaten eröffneten das Feuer auf die Flüchtlinge. Er glaubt, daß bis auf zwei alle Flüchtlinge getötet wurden.

Dragobil, o.D.

Ein Flüchtling wurde gezwungen, zusammen mit anderen Dorfbewohnern das Dorf zu verlassen. Er beobachtete, wie ein 16 Jahre alter Junge von der serbischen Polizei erstochen wurde und wie ein anderer serbischer Polizist mehrere hundert Mark verlangte, um die Vergewaltigung einer jungen Frau zu verhindern. Der Flüchtling wurde gezwungen alle seine Kleider abzulegen und 1.000 Mark zu bezahlen, ansonsten würde er erschossen. Andere Flüchtlinge zahlten, um ihren Tod zu verhindern.

Eine 21 Jahre alte Frau aus Padalista:

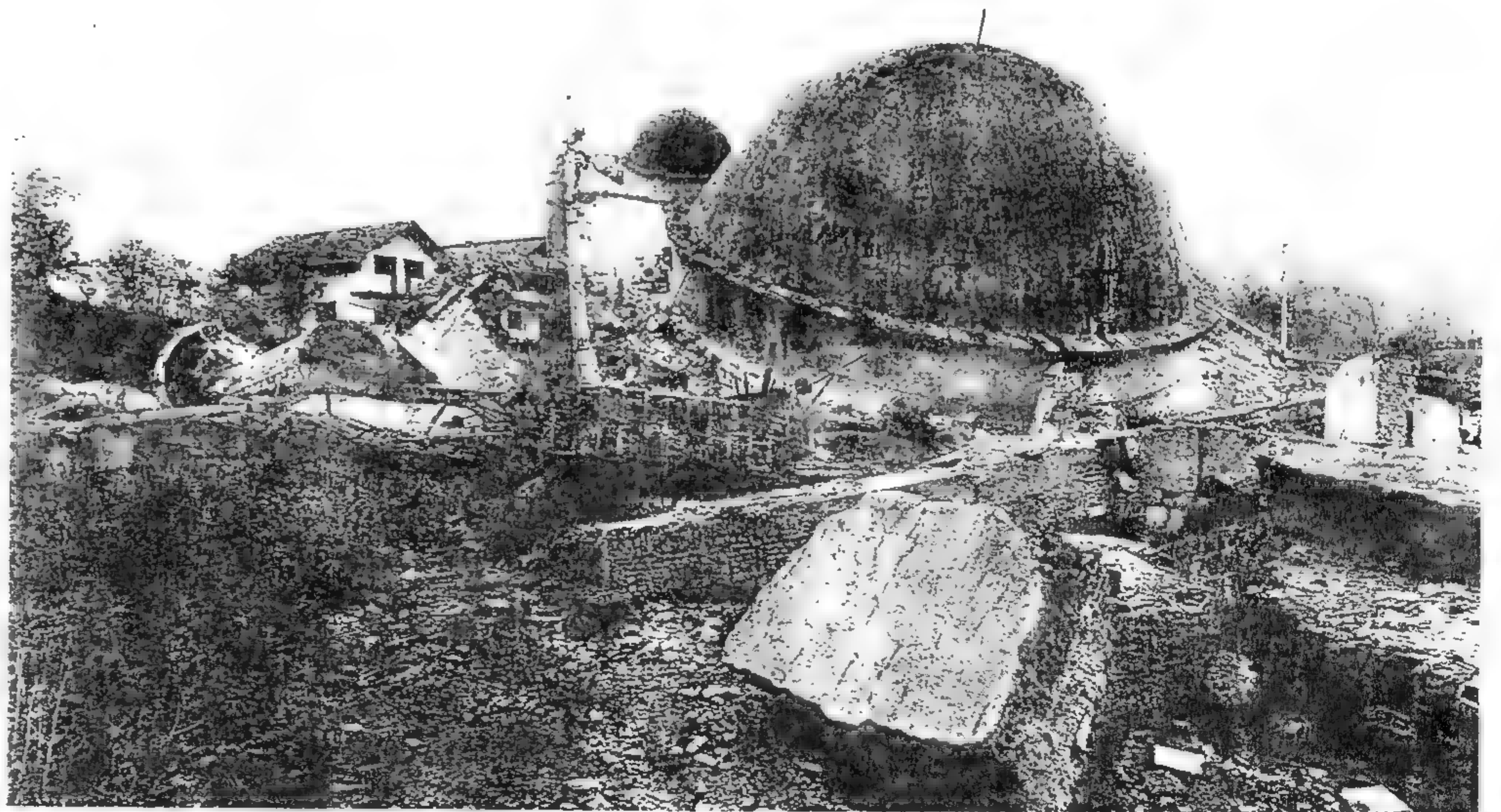
„Am 27. März vormittags haben die Polizei, Paramilitärs und die jugoslawische Armee unser Dorf mit Jeeps, Lastwagen und Panzern überfallen. Es waren ungefähr 300 Leute, von denen einige maskiert waren. Eine Stunde lang gab es Dauerbeschuß, was uns gehindert hat, das Haus zu verlassen. Dann hat einer ein Fenster eingeschlagen und ist ins Haus gekommen. Es war der Sohn meines Nachbarn. Er trug einen schwarzen Schal auf dem Kopf. Er kam herein und sagte: ‚Wir sind jetzt keine Nachbarn mehr.‘ Die Polizei befahl uns, das Haus zu verlassen. Drei Mitglieder meiner Familie gingen hinaus. Kaum waren sie draußen, wurden sie von der jugoslawischen Armee beschossen. Dem Rest der Familie gelang es zu fliehen. Wir haben uns in der Umgebung versteckt. Während wir uns versteckt hielten, wurde ich Zeuge mehrerer ähnlicher Morde, einschließlich des Mordes an einem zweijährigen Kind.“

Eine Frau aus einem Dorf in der Nähe von Klina:

„Am 25. März, gegen 14 Uhr, kamen die Serben und warfen uns aus unserem Dorf. Sieben Polizisten kamen in den Garten, umstellten das Haus und befahlen uns, sofort zu gehen. Mein Ehemann befand sich etwas weiter weg vom Haus und konnte fliehen. Seit der Zeit habe ich nichts mehr von ihm gehört. Die Polizei stellte sieben Familien aus unserem Dorf (etwa 70 Menschen) in einer Gruppe zusammen. Wir mußten uns auf die Erde legen, und es wurde mehrfach gefeuert. Fünf Menschen wurden getroffen, unter anderem drei meiner eigenen Kinder. Die Serben befahlen uns, 24 Stunden auf dem Boden liegenzubleiben, und ließen uns dann aufstehen und gehen. An der Grenze nahmen sie uns unsere Ausweise weg.“

Ein 14jähriges Mädchen aus Salagradj:

„Unser Dorf wurde von Polizisten und Paramilitärs umzingelt. Sie fingen an, Granaten zu werfen. Mein Vater und mein Onkel sind sofort geflohen. Wir wissen nicht, wo sie sind. Die Polizisten wiesen uns an, fortzugehen. Wir hatten nur noch Zeit, ein paar Sachen zusammenzusuchen und sie auf dem Traktor zu verstauen, aber später haben die Serben sie uns weggenommen. Drei Tage und Nächte haben wir in der Kolonne auf der Straße verbracht. Es gab viele Paramilitärs, Militärs und Polizisten auf der Strecke, alle waren maskiert. Der Konvoi kam sehr langsam voran: Alle 50 Meter hielten die Serben uns an und forderten Geld, den Schmuck der Frauen, oder sie fragten uns, wohin wir wollten. Sie demütigten und beleidigten uns.“



Zerstörte Moschee in der Nähe von Kluc

Eine 35jährige Frau aus Padalista:

„Seit einem Jahr konnten wir nun schon nicht mehr richtig schlafen. Wir hatten Angst, daß sie kommen und uns umbringen würden. Am Montag morgen, dem 12. April, griffen die Serben unser Dorf mit Granaten an. Gemeinsam mit etwa tausend anderen Menschen aus Kladernica mußten wir fliehen. Später erfuhr ich, daß die Hälfte der Männer fliehen konnte. Es gibt auch Gerüchte, wonach die Männer nach Serbien gebracht worden seien. Am Mittwoch erreichten wir Prizren und sahen auf der Straße viele Verwundete und Tote, in Fetzen gerissene Körper. Die Leute am Anfang des Konvois riefen uns zu, nicht weiterzugehen, da vorne Granaten auf uns geworfen würden. Und tatsächlich befanden sich diejenigen, die verletzt oder getötet worden waren, nur knapp einen Kilometer vor uns. Zehn Minuten nach dem Feuer kam die Polizei, um die Verwundeten wegzubringen. Ich hörte, daß fünfzehn Menschen getötet und etwa dieselbe Zahl verwundet worden war. Überall war Blut, enthauptete Menschen, Körper; manche sogar ohne Arme und Füße. Die Verletzten schrien vor Schmerzen, als sie weggebracht wurden. Es war grauenhaft. Ein Dutzend serbischer Polizisten sammelte sie ein. Sie sagten uns lediglich, daß sie sie zunächst ins Krankenhaus von Prizren und, wenn sich ihr Zustand gebessert habe, zur Grenze bringen würden. Wir sollten nach Albanien gehen. Auf der Straße von Prizren waren wieder Soldaten. Sie streckten drei Finger in die Höhe, um uns zu beleidigen, und forderten uns auf, das gleiche zu tun und ‚Serbien, Serbien!‘ zu rufen. Wir senkten unsere Köpfe. Nur einer von ihnen war verummmt. Wir wollten kurz anhalten, um uns auszuruhen, aber sie schossen in die Luft und zwangen uns damit zum Weitergehen. Ich sah, wie zwei sieben bis acht Monate alte Babys in einem unbeobachteten Moment in aller Eile von ihren Eltern beerdigt wurden. Noch nicht einmal ein Jahr alt, gestorben an Erschöpfung und Austrocknung. Es regnete die ganze Nacht. Verlassene Fahrzeuge lagen überall auf der Straße. Als wir in Prizren ankamen, wurden wir zur Grenze gebracht (...).“

Eine 44jährige Frau aus Istok:

„Am Samstag, 27. März, ist die Polizei bei uns erschienen und hat uns befohlen, unser Zuhause zu



verlassen: ‚Wenn ihr nicht erschossen werden wollt, dann müßt ihr gehen.‘ Ich bin ins Stadtzentrum gegangen. (...)Dann bin ich im Regen in die Berge geflüchtet. Ich bin ungefähr zehn Stunden gegangen, bei mir waren Kinder – das jüngste war einen Monat alt – und Behinderte. Drei Tage haben wir in den Bergen verbracht und hatten nichts: weder Nahrung noch Kleidung zum Wechseln, noch Geld. Dann sind wir in die Stadt zurück. Die Polizei erwartete uns. Wir, ungefähr 5.000 Menschen, wurden an der Bushaltestelle zusammengeführt. Wir wurden geschlagen und bedroht. Alte und Behinderte wurden getötet.“

Kralan bei Malisevo, o.D.

Dorfbewohner aus Lapceve. Septen und Klina wurden in Kralan versammelt. Die serbischen Streitkräfte organisierten einen Konvoi aus Traktoren und trennten Männer – etwa 360 – und Frauen. Die Männer wurden gezwungen, sich zu entkleiden, und fortgebracht. Frauen und Kinder wurden nach Albanien geschickt. Zwei alte Frauen waren nicht in der Lage, auf einen Traktor zu steigen, und wurden von den Serben erschossen. Sie luden deren Leichen auf den Traktor und setzten diesen in Brand.

Ein 15jähriges Mädchen aus Rezald schildert:

„Am 12. April wurde das Dorf von der Polizei umstellt. Wir waren zu Hause. Überall waren Soldaten, bis zum Wald hin. Eine Handgranate wurde auf unser Haus geworfen und landete direkt vor mir. Meine Hand wurde verwundet, und ich verlor viel Blut. Es gelang uns, am Fluß entlang zu fliehen, durch den Wald und dann an der Straße entlang. An der Straße standen alle zehn Meter Soldaten. Als wir die Grenze überquert hatten, wurde ich zum italienischen Lager gebracht. Meine Papiere wurden an der Grenze eingezogen.“

OSZE = ehemals KSZE

Bündnisübergreifende Konferenz west- und osteuropäischer Staaten, die 1975 gemeinsam die Schlußakte von Helsinki unterzeichneten. Ziel der KSZE ist die Schaffung einer europäischen Friedensordnung unter den Prämissen „Marktwirtschaft“ und „Rechtsstaatlichkeit“. Offiziell soll die, seit 1995 in OSZE umbenannte Organisation (seitdem sind auch die USA und Kanada Mitglieder), die Einhaltung der Menschenrechte in den europäischen Ländern überwachen. Sie dient damit auch klar zur Durchsetzung der Interessen der Industrienationen, wie im jetzigen Krieg gegen Jugoslawien deutlich wird.

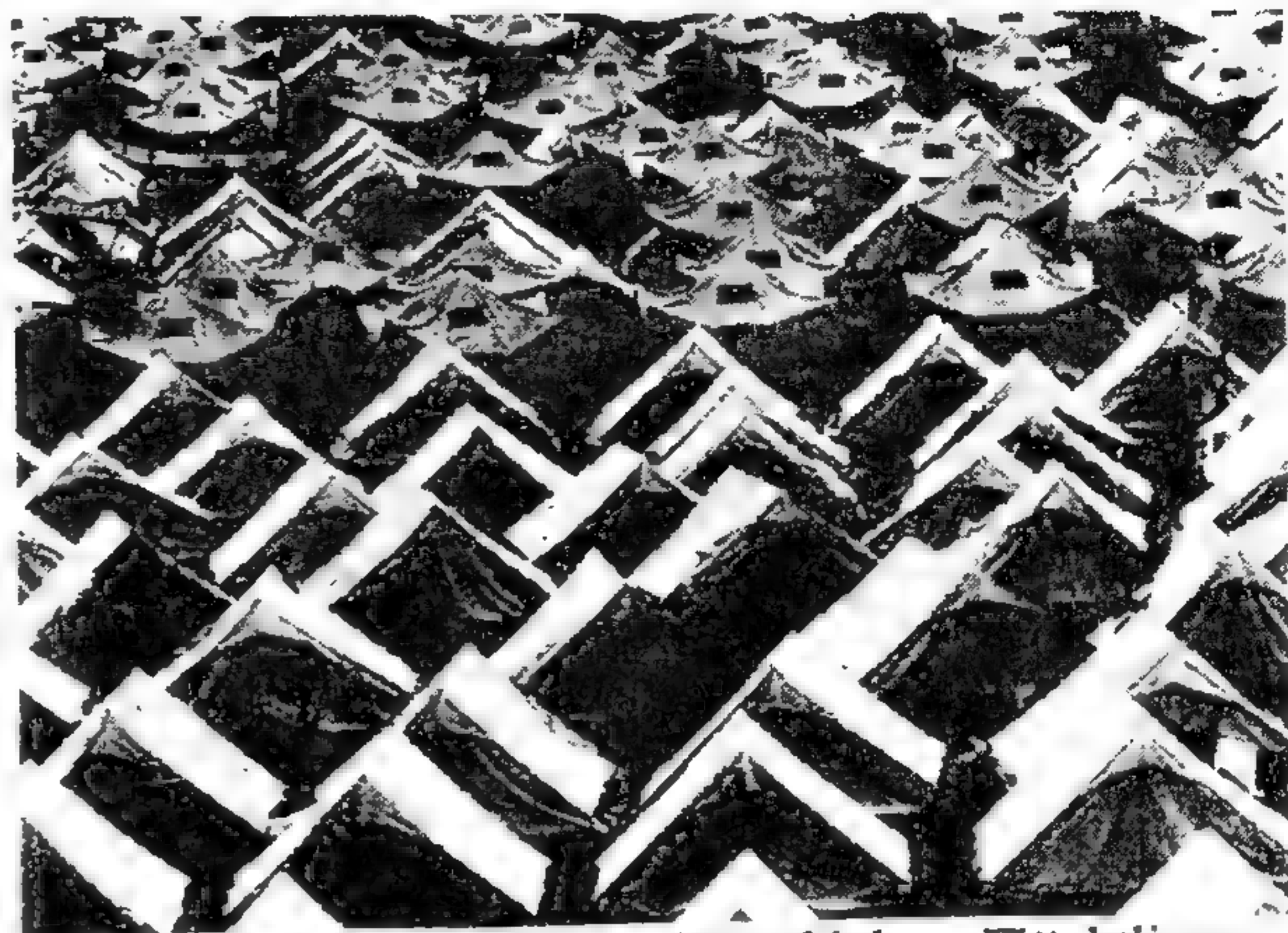
Ungebrochene Kontinuität in der deutschen Flüchtlingspolitik

Für den Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien gibt es nur die eine offizielle Begründung: Die Vertreibung der Kosovo-AlbanerInnen durch das Milosevic-Regime soll gestoppt werden! Diese Argumentation ist Grundlage einer beispiellosen Propagandamaschinerie, die fast alle Medien kritiklos übernehmen. Fakt ist, daß sich durch das angeblich humanitäre Dauerbombardement der NATO die Vertreibungen und das Flüchtlingselend dramatisch verschärft haben. Daß es der NATO nicht darum geht, die Flüchtlinge zu schützen, wurde auf besonders schreckliche Weise deutlich, als zweimal - angeblich versehentlich - Flüchtlinstrecks bombardiert wurden. Nach Schätzungen von Flüchtlingshilfsorganisationen sind 650 000 - 800 000 Menschen aus dem Kosovo auf der Flucht. In der Kriegsberichterstattung des Westens wird verschwiegen, daß zu diesen Flüchtlingen auch Angehörige der serbischen Minderheit im Kosovo und serbische Deserteure gehören. Täglich werden Bilder vom Elend der Flüchtlinge um die Welt geschickt und uns soll eingetrichtert werden, daß die NATO ihnen helfen will. Dazu gehören vor allem Bilder von Soldaten, die Flüchtlingslager aufbauen. Es soll verschleiert werden, daß eine Entsendung von Soldaten in die Nachbarländer Jugoslawiens letztendlich den Einmarsch von Bodentruppen vorbereiten soll.

Die Flüchtlinge werden militärisch gelenkt und in Schach gehalten, so werden sie z.B. daran gehindert, aus den völlig überforderten Nachbarländern Albanien und Mazedonien, auszureisen..

Bis zum 5.Mai wurden nur ca. 24.000 Flüchtlinge in anderen Ländern außer Albanien und Mazedonien aufgenommen. Bei der Ankunft der wenigen Kosovo-AlbanerInnen, die in die BRD einreisen durften, wurde in den hiesigen Medien ausführlich dargestellt, wie freundlich diese begrüßt wurden. Die Realität sieht jedoch anders aus:

Es ist noch nicht allzu lange her, daß gerade Kosovo-AlbanerInnen massiv kriminalisiert wurden. Die Zeitungen, die heute soviel Herz für die Flüchtlinge zeigen, waren voller Hetztiraden gegen die sogenannte „Albaner-Mafia“. Mit der rassistischen Argumentation, „kriminelle Kosovo-Albaner zählten nach Polizei Erfahrung zu den besonders aggressiven Tätern in Deutschland“, und dem Hinweis auf „Banden von Kosovo-Albanern“, die angeblich die Drogenmärkte beherrschen, warnten CDU-Politiker noch einen Monat nach Kriegsbeginn vor einer „massenhaften Aufnahme von Kosovo-AlbanerInnen“. Kosovo-AlbanerInnen wurde noch bis zum Beginn der Bombenangriffe mit Abschiebung gedroht, und sie wurden aufgefordert, das Land zu verlassen. Ihre Asylgründe wurden für unglaublich erklärt. Daraufhin gewährte England Kosovo-AlbanerInnen, die von Deutschland dorthin flüchteten, Asyl mit der Begründung, Deutschland sei kein sicheres Drittland mehr. Im Jahre 1996 wurde mit dem Milosevic-Regime ein Rückführungsabkommen geschlossen, auf dessen Grundlage bis kurz vor dem Krieg Flüchtling in die Bundesrepublik Jugoslawien abgeschoben wurden. Und auch jetzt noch versuchen die Ausländerbehörden, Flüchtlinge nach



Mazedonien und Albanien abzuschieben. Flüchtlinge aus Jugoslawien, die auf eigene Faust hierherkommen, werden an der Grenze abgewiesen.

Seit Jahren leugnen Gerichte und Behörden eine Gruppenverfolgung von Kosovo-AlbanerInnen, u.a. mit der Begründung, „es gebe kein - für eine Asylanererkennung erforderliches - staatliches Verfolgungsprogramm Serbiens gegen die Bewohner des Kosovo.“. Erst Ende April zog das auswärtige Amt seinen Lagebericht zur Einschätzung der Situation der Kosovo-AlbanerInnen von November 1998 zurück. Bis dahin hieß es immer noch: „Im Kosovo hat sich die schwierige humanitäre Situation etwas entspannt.“ Bei Asylverfahren dienen die Lagebericht des Auswärtigen Amtes als Entscheidungsgrundlage. Deserteure aus der serbischen Armee erhalten in der BRD und anderen europäischen Ländern keine Anerkennung als politische Flüchtlinge mit der Begründung: „Deserteure werden in jedem Land zurecht bestraft.“ Viele Kosovo-AlbanerInnen, die bereits hier leben, wollen Verwandte und FreundInnen aus den Flüchtlingslagern nachziehen lassen und sind bereit, für sie zu sorgen. Die rot-grüne Bundesregierung hat die Ausländerbehörden jedoch angewiesen, einen Familiennachzug nicht zuzulassen und keine Verpflichtungserklärungen anzunehmen.

Die wenigen Flüchtlinge, die jetzt eingeflogen wurden, erhalten lediglich einen Status als Bürgerkriegsflüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis für 3 Monate. Es ist völlig klar und wird immer wieder betont, daß sie nicht hierbleiben dürfen. Entsprechend wurden sie z.B. in Hamburg auf einem völlig überfülltem „Wohnschiff“ untergebracht, zu viert in 2er Kabinen von 12qm Größe. Dort sollen sie sich, nach offiziellen Angaben „von ihren Kriegstraumata erholen“. Einige wenige sind anschließend in einer Großunterkunft mit 900 Plätzen untergebracht worden, die mitten im Industriegebiet liegt und deren Schließung seit langem von Flüchtlingsorganisationen gefordert wird.

Die Flüchtlinge erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, d.h. Bar- und Sachleistungen weit unter dem Sozialhilfesatz. Auch die medizinische Versorgung ist stark eingeschränkt, so daß sie Behandlung von Traumatisierungen mit Sicherheit ausgeschlossen ist. Nicht nur der Krieg in Kosovo, auch der Umgang mit den Flüchtlingen hier, zeigt, wie verlogen und zynisch das Gerede von den humanitären Einsätzen ist.



Ehrenvorsitzende: Gertrud Müller
Vorsitzende: Rosel Vadehra-Jonas
Am Wiesenital 4, 45133 Essen
Telefon: Fax: 0201 / 425109

FRIEDEN AUF DEM BALKAN !

Erklärung

„Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ - das war die zentrale Forderung der Überlebenden der nationalsozialistischen Konzentrationslager nach ihrer Befreiung im Jahre 1945.

Im April 1999 begehen wir den 54. Jahrestag der Befreiung des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, während gleichzeitig in Europa wieder Krieg geführt wird. Mit Bomben sollen Menschenrechte durchgesetzt werden. Dabei werden Tote - auch unter der Zivilbevölkerung - in Kauf genommen. Die NATO spricht von humanitären Maßnahmen, aber sie zerstört zugleich die Lebensbedingungen der Bevölkerung Jugoslawiens.

Unter Mißachtung des Völkerrechts, des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der NATO-Verträge wurde mit deutscher Beteiligung ein Staat angegriffen, dessen Bevölkerung schwer unter der nationalsozialistischen Besatzung leiden mußte. Zahllose Bürger und Bürgerinnen Jugoslawiens kamen durch die deutsche Wehrmacht ums Leben oder wurden in faschistische Konzentrationslager verschleppt. Jetzt wird ihr Land wieder von Deutschen bombardiert.

Wir verurteilen die Greuelthaten und Übergriffe militärischer Kräfte Serbiens und der UCK. Aber die Luftangriffe auf Jugoslawien sind kein geeignetes und kein angemessenes Mittel, um diese Verbrechen zu verhindern und die Probleme im Kosovo zu lösen.

Krieg darf niemals als Mittel der Politik eingesetzt werden. Die Bombardierungen haben die Lösung der Probleme im Kosovo keinen Schritt näher gebracht. Ganz im Gegenteil. Der Krieg auf dem Balkan führte schon jetzt zu einer verheerenden Eskalation der Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung. Weitere Morde, Vertreibung und Flüchtlingselend sind die Folge. Durch die Ereignisse auf dem Balkan könnte ein neuer Weltkrieg ausgelöst werden.

Politische und ethnische Differenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Jugoslawien können nur durch Verhandlungen gelöst werden, so wie dies auch in anderen Ländern Europas versucht wird.

Wir verwahren uns dagegen, daß die Bombardierung Jugoslawiens mit Hinweisen auf die Verbrechen des Naziregimes gerechtfertigt wird.

Wir fordern die Bundesregierung und alle beteiligten NATO-Staaten auf, sofort die Luftangriffe auf Jugoslawien einzustellen und keine zusätzlichen Truppen in das Krisengebiet zu verlegen.

Wir fordern die UNO und die Republik Jugoslawien auf, unverzüglich in Verhandlungen einzutreten, um eine einvernehmliche Lösung des Kosovo-Konflikts herbeizuführen.

Fürstenberg, 24. April 1999

Lagergemeinschaft Ravensbrück Freundeskreis e.V.
Der Vorstand

gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge

Die Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano und Kurt Goldstein und der VVN-BdA-Sprecher Peter Gingold, der auch Mitglied des Auschwitz-Komitees ist, haben sich gemeinsam mit weiteren jüdischen Überlebenden und Hinterbliebenen des Holocaust gegen Stimmen gewandt, zugunsten des Auftrages „Nie wieder Auschwitz“ dürfe auf das Postulat „Nie wieder Krieg“ verzichtet werden. Die Unterzeichner, die zahlreiche Familienmitglieder in Auschwitz verloren, wiesen diesbezügliche Äußerungen von Außenminister Joseph Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping zurück. Sie schrieben folgenden Brief an die Minister.

Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping

Sehr geehrter Herr Außenminister!

Sehr geehrter Herr Verteidigungsminister!

Der Verteidigungsminister hatte bereits vor der völkerrechtswidrigen Aggression der NATO gegen Jugoslawien, an der die Bundeswehr in verfassungswidriger Weise teilnimmt, bei einem Bundeswehrbesuch in Auschwitz gesagt: Um ein neues Auschwitz zu verhindern, „ist die Bundeswehr in Bosnien“, und daß sie darum „wohl auch in das Kosovo gehen“ wird. **In Erklärungsnot geraten, berief sich auch der Außenminister auf die neue Art der Auschwitzlüge, um den verhängnisvollen Verstoß gegen die gerade auf Grund der Lehren von faschistischem Krieg und Holocaust geschaffene UNO-Charta zu begründen.**

Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens. Diese Ihre Vorgehensweise soll offenbar einen schwerwiegenden und nicht entschuldbaren Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen rechtfertigen. Die gegen Deutschland und Japan siegreichen Völker haben sich diese Charta 1945 gegeben, um „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat,“ – das bekanntlich von deutschem Boden ausging. Sie beschlossen, die „Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die Internationale Sicherheit zu wahren.“

Weltfrieden und internationale Sicherheit werden jetzt gefährdet, indem gegen ein Gründungsmitglied der UNO Krieg geführt wird. Krieg von deutschem Boden aus, Krieg gegen ein Land, das größte Opfer im Kampf gegen Hitler brachte und Unschatzbares zur Befreiung Europas vom Faschismus leistete. **Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam.**

Das Vorgehen der jugoslawischen Führung gegen albanische Minderheiten verstößt gegen die Menschenrechte. Wir verurteilen es. Wir verurteilen es wie wir das Vorgehen der türkischen Regierung ge-

gen die Kurden verurteilen und das Vorgehen der israelischen Führung gegen die Palästinenser verurteilt haben. Stets haben wir gefordert – und wir tun es auch jetzt – daß dagegen mit den Mitteln vorgegangen wird, die der UNO zu Gebote stehen. **Wer die antifaschistische, den Menschenrechten verpflichtete Rolle der UNO nicht nutzt, sondern die UNO ausschaltet und schwächt, der hat jedes Recht verloren, sich auf antifaschistische Postulate wie „Nie wieder Auschwitz“ zu beziehen, zumal er damit zugleich das Recht auf Krieg begründet.** Die Folgen eines solchen Handelns werden ein Wiedererwachen der Kräfte sein, die 1945 entscheidend geschlagen zu sein schienen. Sehr geehrte Herren Minister! Wir fragen Sie angesichts Ihrer Verlautbarungen und politischen Praxis:

Soll vergessen sein, daß in diesem Jahrhundert zweimal über Serbien von deutschem Boden aus Vernichtung und Verwüstung hinweggingen? Soll vergessen sein das Massaker an einer Million Serben, begangen von deutschen Nazis im Zweiten Weltkrieg und ihren in- und ausländischen willigen Vollstreckern? Nach den Juden hatten die Slawen in Serbien – gemessen an ihrer Gesamtbevölkerung – die meisten Opfer zu beklagen.

Soll vergessen sein, daß die Zerschlagung Serbiens von 1914 bis 1918 jenem Heeresgruppenbefehlshaber und Totenkopfhäuser August von Mackensen übertragen war, der 1915 und dann immer wieder das „rücksichtslose Vorgehen“ gegen die serbische Bevölkerung befahl und der dann unter Hitler bis zuletzt als Propagandist half – bis zum Aufruf zum Opfertod der Jugendlichen als Volkssturm – und nach dem die Bundeswehr immer noch eine Kaserne in Hildesheim benennt?

Soll vergessen sein, daß nicht nur kaiserliches Heer, Reichswehr und Wehrmacht erprobte Serbenschlächter in ihren Reihen hatten, sondern auch die Bundeswehr? Wir verweisen auf Wehrmachtsobersst Karl-Wilhelm Thilo, der in der Bundeswehr Generalmajor und Kommandeur der 1. Gebirgsdivision – jener Division, die nun wieder auf dem Balkan die deutsche Fahne vertritt – sowie stellvertretender Heeresinspekteur wurde. Er unterzeichnete Massenmordbefehle gegen Jugoslawien und er schrieb mit an Büchern, die in der Bundeswehr kursierten, um den Völkermord zu preisen, so H. Lanz (Hg.) „Gebirgsjäger – Die 1. Gebirgsjäger-Division 1935/1945“.

Soll vergessen sein, daß der Krieg der Bundeswehr gegen Serbien eindeutig gegen das Völkerrecht verstößt, nicht nur gegen die UNO-Charta, sondern auch den NATO-Vertrag, die Schlußakte von Helsinki, gegen das Grundgesetz und den Zwei-Plus-Vier-Vertrag? Deutschland hat

sich immer wieder zur Einhaltung der UN-Charta verpflichtet und sie nun mit dem Angriff auf Jugoslawien mit Füßen getreten. Die Bundeswehr verstieß gegen die Befehle aus dem politischen Raum: „Darüber hinaus hat die Bundesregierung das Verbot der Führung eines Angriffskrieges ... bekräftigt.“ (Aus dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990. Zitiert nach „Weißbuch 1994“ der Bundeswehr.)

Soll vergessen sein, daß Jugoslawien mit dem Krieg zur Unterzeichnung eines Vertrages gezwungen werden soll, der nur mit dem Münchner Diktat von 1938 verglichen werden kann, mit dem die CSR zerstört wurde, wie heute Jugoslawien zerstört werden soll? „Ein Vertrag ist nichtig, wenn sein Abschluß durch Androhung oder Anwendung von Gewalt unter Verletzung der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze des Völkerrechts herbeigeführt wurde.“ So heißt es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge, Artikel 52.

Wir fordern entschieden: Schluß mit dem Krieg gegen Jugoslawien und als Sofortmaßnahme: Einstellung der Bombardements. Verhandeln statt schießen. Wir fordern die Wiederherstellung der UNO-Charta und Stärkung der UNO. Als Beitrag zu Verwirklichung und Verteidigung der antifaschistischen Errungenschaften der Völker.

Hochachtungsvoll

Esther Bejarano (Hamburg)
Peter Gingold (Frankfurt/Main)
Kurt Goldstein (Berlin)
Walter Bloch
Henny Dreifuß
Werner Stertzenbach
(alle Düsseldorf)
Günter Hänsel (Neuss)
Hans Frankenthal (Dortmund)
Rudi Lippmann
Erhard Deutsch
Vera Mitteldorf
Werner Krich
Irmgard Konrad
Maricha und Adi König
(alle Berlin)

Der Brief wurde am 23.4.99 in der „Frankfurter Rundschau“ als Anzeige veröffentlicht. Dafür bitten wir um Spenden: P. Gingold, Kto-Nr. 440477, BLZ 50050201, Frankfurter Sparkasse, Stichwort „Brief an Minister“

V.i.S.d.P.: Peter Gingold, Reichsfürststr. 3, 60528 Frankfurt

STOPPT DEN KRIEG IN JUGOSLAWIEN - SOFORT!

NEIN zu den NATO -Angriffen!

Durchbrecht die HERRschende Logik von Erobern,
Aneignen, Vergewaltigen, Beherrschen, Siegen !

Für die Abschaffung der NATO !
Gegen jeden Nationalismus und Krieg !
Entwaffnung aller Männerbünde !

Unterstützt Kriegsdienstverweigerer und Deserteure !

Grenzen auf für alle Flüchtlinge - Bleiberecht für alle !

Mittwoch 28. 04. 99 – 18.00 Uhr - FrauenLesben – Informations-
veranstaltung gegen den Angriffskrieg der NATO in Jugoslawien !

Ort: TU – Mathegebäude, Nähe Ernst-Reuter-Platz, Raum 004/005

Jeden Montag 19.00 Uhr - FrauenLesben Treffen gegen den Krieg

Mehringhof, Gneisenastr. 2a – 2.HH, 2. Stock, „Blauer Salon“

Jeden Donnerstag von 16.00 – 17.00 Uhr Mahnwache – Auf-
stehen gegen den Krieg ! Wir richten uns an alle Menschen, die gegen die NATO-
Kriegseinsätze und gegen Nationalismus und Vertreibungspolitik sind.

Ort: Ku-damm / Ecke Joachimstaler Str. beim U-Bahneingang (Organisatorinnen: Unterstützerinnen der
„Frauen in Schwarz“)

Täglich: 18.00-19.00 Uhr - Protestversammlung gegen den Krieg

am Breitscheidplatz (angemeldet von der ‚FriKo‘, Friedenskoordination von verschiedenen Gruppen, die
z.B. auch zum Ostermarsch aufgerufen hatten)

DER GEWOLLTE KRIEG UNTER DEM DECK- MANTEL DER HUMANITÄT

Seit dem 24.3. bombardiert die NATO Jugoslawien. Sie hat bereits hunderte oder tausende von Menschen ermordet. Keine/r weiß genaue Zahlen. Sie hat Universitäten, Wohnkomplexe, Brücken, Fabriken, Versorgungslager und mehr zerstört – also die Existenz- und Versorgungsgrundlagen der Bevölkerung.

Tag für Tag, Nacht für Nacht müssen die Menschen in Jugoslawien damit rechnen, zu sterben, ihre Verwandten und FreundInnen zu verlieren, ihrer Existenzmöglichkeit beraubt zu werden. Auch im Kosovo hat die katastrophale Situation seit Kriegsbeginn unermeßliche Dimensionen angenommen. Die UCK (Kosovo "Befreiungsarmee") und serbisches Militär haben ihre Kampfhandlungen intensiviert, nationalistische Paramilitärs die Vertreibung albanischer und serbischer Menschen forciert. 100.000e Menschen mußten ihre Heimat verlassen und sind zu Flüchtlingen geworden. Die NATO ermöglicht mit ihrer Bombardierung die reibungslose Vertreibung aus der Region unter Kriegsrecht.

Gibt es einen humanitären Krieg?

Krieg entspricht immer der Logik von Ermorden, Zerstören, Erobern, Vergewaltigen, Aneignen, Siegen. Kriege stärken Männlichkeit, und Nationalismus. Da ist kein Platz mehr für die, die gegen diese (Männer-) Gewalt und nationalistische Logik leben wollen und sich wehren. Die Oppositions- und Friedensbewegungen, von vielen Frauen aktiv getragen, die recht stark waren, sind mundtot gemacht. Die ersten NATO-Bomben haben auch die Arbeit und Unterstützung der Oppositionsbewegung zunichte gemacht.

Seit Kriegsbeginn haben das serbische Regime und seine nationalistischen Banden eine ungeheure Stärkung erfahren, ebenso die nationalistische UCK.

Alle Männer Serbiens werden in den Krieg gezwungen, als Soldaten zwangsrekrutiert, ansonsten droht das Kriegsgericht. Ebenso rekrutiert die UCK Soldaten in Flüchtlingslagern und –heimen z.B. in Deutschland.

Jeder Mann ein Soldat und ein Held !!?

Was bedeuten Kriege für die vom Krieg betroffenen Gesellschaften?

Krieg und Militär ist die Schule der Männlichkeit. Töten heißt Siegen und Siegen heißt Töten.

Militär ist die Institution, die die Verbindung von Gewalt und Sexualität am deutlichsten sichtbar macht. Die Eroberung im Krieg heißt immer auch

Vergewaltigung der Frauen der Gegner als Zeichen der Machtansprüche. Die Zerstörung und Verletzung von Frauen brutalisiert soziale Strukturen wie Familie oder Nachbarschaft usw.

Krieg ist immer ein Mittel, Macht- und Herrschaftsansprüche auszubauen. Dieser Ausbau patriarchaler Strukturen soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich immer mehr Frauen als Täterinnen daran beteiligen.

Was ist das für eine Logik, die ein Land mit Zerstörung überzieht und behauptet, dies geschehe im Namen der Menschlichkeit?

Aus der Geschichte wissen wir, daß die Herrschenden immer Vorwände herbeigelogen haben, um Kriege zu rechtfertigen. Dieses Mal werden Menschenrechte und der Schutz von Menschenleben bemüht, um zu töten und zu zerstören.

- Die katastrophale Situation der kosovoalbanischen Flüchtlinge wird als Kriegspropaganda benutzt. Es ist lächerlich, dass sich die Regierung damit rühmt, hier 10.000 Menschen einen vorübergehenden Fluchtort zu gewähren. Schon mit einem Bruchteil der verbombten Gelder könnten viel mehr Menschen in einer sicheren menschenwürdigen Situation leben. Und wo sollen sie hin nach diesen von der BRD "großzügig" gewährten 3 Monaten, wenn sie nicht mehr zu Propagandazwecken gebraucht werden?

- Ihre Dörfer sind zerstört, die Familien- und Lebensstrukturen auseinandergerissen und die NATO setzt alles daran, dieses Gebiet weiter zu zerstören und zu zerbomben.

- Den Menschen, die vor Hunger und Verfolgung aus ihren Ländern fliehen, wird das Recht verwehrt, dort zu leben, wo sie Schutz suchen und weiterleben möchten. Das Asylrecht ist faktisch abgeschafft und die Grenzen hermetisch abgeschlossen: selbst mitten in diesem Krieg erhalten kosovoalbanische Flüchtlinge Ausweisungsverfügungen mit der Begründung, ihnen drohe in ihrem Land keine Gefahr.

- Die serbische Armee wird einerseits als Mörderbande bezeichnet, andererseits wurde den Deserturen der serbischen Armee die Anerkennung als Flüchtlinge verweigert, stattdessen wurden sie abgeschoben.

- Und zum Vergleich: Die Türkei, die seit Jahren Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt mit Massakern, Verwüstungen, Vertreibungen, wird von der BRD hofiert und mit Waffen in ihrem schmutzigen Krieg unterstützt.

Kriegspropaganda

Warum werden die ökonomischen Interessen des Krieges nicht benannt, sondern nur ethnische und moralische Argumente in der Kriegsberichterstattung benutzt? Die sozialen und wirtschaftlichen Gründe für den Krieg werden bewußt verschwiegen. Damit wird die Destabilisierung Jugoslawiens durch die Nato-Verbündeten und der internationalen Finanzorganisationen verdeckt.

Die Medien haben sich diesen strategischen Interessen weitgehend angepaßt. Sie beteiligen sich überwiegend an der Propaganda, die die Bevölkerung hier zu KriegsbefürworterInnen machen soll. Beispiele: die 40.000 verschwundenen Flüchtlinge, die Milosevic in den Kosovo zurückgetrieben haben soll, um die Stärke und Brutalität des serbischen Regimes vorzuführen und den Krieg zu rechtfertigen. Die Flüchtlinge tauchten später z.T. in anderen Flüchtlingslagern wieder auf - eine wirkungsvolle Desinformationspolitik. Oder die ständigen Fernsehbilder über die Hilfsbereitschaft der Bundesrepublik, allein 220 Flüchtlinge aus dem Kosovo in Berlin, da können wir uns doch auf die Schulter klopfen. Die wenigen Flüchtlinge, die herkommen dürfen, dienen einem Medienspektakel, zur Darstellung der angeblichen humanitären Absichten.

Nur wenige kritische JournalistInnen haben an ihre KollegInnen und LeserInnen appelliert "den militärischen Quellen aller kriegsführenden Parteien mit größtem Mißtrauen zu begegnen und die notwendige kritische Distanz zu wahren". Einzelne Zeitungen weisen daraufhin, dass Informationen im Krieg der Desinformation und Propaganda unterstehen. Allerdings könnten kritische Hintergrundinformationen unabhängig vom Kriegsgeschehen veröffentlicht werden.

IWF, Rationalisierung und Jugoslawien

Weder für die NATO noch für die jugoslawische Regierung war die Bombardierung eine Überraschung. Die Anti - Kriegsbewegung organisierte schon 1998 Kundgebungen gegen einen bevorstehenden Krieg.

In einem Telefoninterview am 16.Tag des Krieges in Jugoslawien erklärte eine Frau aus der oppositionellen Friedensbewegung in Belgrad, dass die Nato-Bomben das Ziel haben, den Menschen die Lebensgrundlage zu nehmen, sie in Armut oder zur Flucht zu bomben und das Land in eine absolute ökonomische Abhängigkeit vom Westen zu zwingen. Wenn alles zerstört ist, müssen wir um Geld zum Wiederaufbau betteln und diese werden nur zu bestimmten Konditionen gegeben. Wir müssen für einen Hungerlohn ar-

beiten, wir müssen mehr arbeiten, wir werden keine Selbstverwaltung (in Betrieben, auf dem Wohnungssektor, der Kinderversorgung) mehr haben, es wird keine Gesundheitsversorgung für alle mehr geben usw.

Die jugoslawische Regierung versucht schon seit den 80er Jahren die Forderungen von IWF (Internationaler Währungsfond) und Weltbank durchzusetzen. Mit Hilfe des serbischen Nationalismus wurden Umstrukturierung und Rationalisierung, v.a. der Landwirtschaft, in einer Politik der Vertreibung und Umsiedlung, der sog. Serbisierung, umgesetzt: 1989 wurde die Autonomie des Kosovo in Belgrad aufgehoben. Tagelange militante Auseinandersetzungen waren die Folge. Dabei wurden mindestens 200 Menschen getötet, tausende in den Knast gesteckt, teilweise nur weil sie nicht zur Arbeit erschienen. 1990 übernahm das serbische Militär nach und nach die Verwaltung des Kosovo, das Provinzparlament wurde abgesetzt - die Militärdiktatur war eingeführt. In Schulen, Betrieben, Kleingewerbe, Gesundheitswesen, Wohnungssektor usw. wurden AlbanerInnen entlassen und durch SerbInnen ersetzt, die Arbeiterselbstverwaltung militärisch weggeputscht. Albanische BäuerInnen mit ihren Großfamilien wurden von ihren Höfen vertrieben, durch serbische Kleinfamilien ersetzt, um die Landwirtschaft zu rationalisieren.

Eine Umsiedlungs-Politik wurde auch in der Vojvodina durchgesetzt - das Regime erzwingt darüber Rationalisierungs- und Modernisierungsmöglichkeiten besonders im agrarischen Sektor. Die Umsetzung der IWF-Politik durch das serbische Regime wurde auch in Serbien angegriffen. Im Mai 1992 fanden Demonstrationen mit bis zu 100.000 Menschen statt, die den Rücktritt des Regimes verlangten.

Es geht um die gewaltsame Durchsetzung neuer, weniger widerständiger Sozialstrukturen und um die Reorganisation stabiler nationaler Machtgefüge. Die Kriege in Ex-Jugoslawien bis hin zum heutigen dienen der Durchsetzung dieses Zieles, egal von welcher Seite vertrieben und getötet wird. Nur ein Krieg zerstört so grundlegend soziale und ökonomische Strukturen und das in einer rasenden Geschwindigkeit. Über Jahrzehnte konnte der IWF seine geforderten Maßnahmen wie die Stillegung "unrentabler Betriebe", die Auflösung der Selbstverwaltung, das Einfrieren der Löhne, Privatisierungen, Liquidation der gemeineigenen Banken nicht durchsetzen.

So gingen im Jahr 1990 650.000 ArbeiterInnen spontan auf die Straße und verhinderten die

brutalen Verarmungsprozesse. Damals spielte es keine Rolle, ob sie SerbInnen, KroatInnen, oder MuslimInnen waren. Dieser Widerstand war u.a. möglich, weil eine subsistenzorientierte Landwirtschaft existierte, die Menschen sich selbst versorgen und sich damit z.T. gegen die Arbeitsverklavung oder Arbeitslosigkeit durchsetzen konnten bzw. diese erheblich verzögerten.

Weil dieser NATO - Krieg geplant und gewollt war,

- ist den Oppositionsbewegungen in Serbien und dem Kosovo eine politische Unterstützung versagt geblieben

- ist die UCK in den letzten zwei Jahren von deutschen und amerikanischen Geheimdiensten aufgerüstet, ausgebildet und finanziert worden.

- ist eine für die jugoslawische Regierung unannehmbare Forderung -die militärische Besetzung Serbiens durch Nato-Truppen- im Rambouillet-Vertrag enthalten.

- sind Völkerrecht - und Verfassungsrechte außer Kraft gesetzt: u.a. die UN-Charta, Verfassung der BRD, -2+4-Vertrag, Nato-Vertrag, "Out-of-area-Urteil" des BVG von 1994

- werden die geflüchteten Menschen mit Waffengewalt in den Nachbarstaaten festgehalten. So sollen sie dort, in Mazedonien, Montenegro und Albanien zur Destabilisierung beitragen. Die Vertriebenen werden alle Bedingungen zu akzeptieren haben, wenn sie zurückgeschickt werden.

- So werden Flüchtlinge und Vertriebene zu einer Verschiebemasse als Teil der „Neuordnung“ Ost - Europas.

Bereits jetzt hat die NATO einen Teil ihrer tatsächlichen Kriegsziele erreicht:

- Zerstörung der Infrastruktur in Serbien und im Kosovo

- Zwangsumsiedlungen, Vertreibungen der Menschen

- Durchsetzung der neuen NATO-Strategie d.h. Kriegsandrohungen weltweit, um die neue Weltordnung nach dem Zusammenbruch der SU zu erhalten, zu festigen und auszuweiten.

- eine Balkankonferenz zur Festlegung politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen, die profitablere Formen der Ausbeutung garantieren sollen.

Rolle der BRD

Die BRD-Regierung zielte von Anfang der 90iger Jahre auf die Zerschlagung des jugoslawischen Staates und auf eine Neuordnung nach völkischen Zuordnungen. Sie setzte die Loslösung Sloweniens und Kroatiens mit durch entgegen

des Beschlusses der Außenminister der EU Dez.1991 in Maastricht, keinen Staat allein aufgrund einer selbstproklamierten Unabhängigkeit anzuerkennen. Damit lösten sie eine Kette nationalistischer Kriege aus. Diese Kriege haben zu Massakern und Vertreibungen von muslimischen, serbischen, kroatischen Minderheiten in den jeweiligen Regionen geführt.

Die USA hat seit Ende des Kalten Krieges ein massives Interesse Osteuropa nach ihren Interessen zu ordnen und die NATO zur militärische Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen als weltpolitischen Ordnungsfaktor durchzusetzen. Dies ergänzt sich bestens mit dem Interesse der BRD, sich als Führungsmacht in Europa auszubauen.

Hierzu wurden 1992 die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr geändert: ein Teil des Militärs dient der Verteidigung des Landes ein anderer der Aufrechterhaltung des Zugangs zu Märkten und Rohstoffen. Diese "Krisenreaktionskräfte" bestehen derzeit aus 50.000 Mann, aktuell wird eine Erhöhung der Stärke auf 150.000 Soldaten vorbereitet, in ständig einsatzbereiten Verbänden, die den Ausbau wirtschaftlicher Vormachtstellung militärisch garantieren soll. Der Einsatz ist weltweit vorgesehen. Diese Drohung richtet sich auch gegen Rußland und die anderen GUS-Staaten. Überall dort, wo

Menschen sich der sozialen und ökonomischen Verelendung widersetzen, werden „humanitäre Katastrophen“ produziert, die die NATO bomben und maschieren läßt

Deutschland will normal werden:

Warum wird Milosevic als Hitler bezeichnet und der Angriffskrieg der NATO mit dem Verbrechen von Auschwitz legitimiert? Wozu dient der Vergleich Milosevic nationalistischer Vertreibungspolitik mit dem Angriffskrieg Hitlers gegen ganz Europa und die millionenfache Vernichtung der Menschen? Dient dies dazu, die Verbrechen Nazi-Deutschlands zu relativieren? Wird sich so der Verantwortung gegenüber der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit entledigt? Wird so wieder endlich die "demokratische Normalität" bewiesen? Angelangt in dieser "demokratischen Normalität" kann die BRD nicht nur die politisch-ökonomische Führung in der Festung Europa übernehmen, sondern jetzt auch als militärische Großmacht agieren.

April 1999

FrauenLesben - Treffen gegen den Krieg

Der folgende Kommentar ist einer gemischten Zeitung (dem AK) entnommen. Für die Veröffentlichung haben wir uns unter anderem entschieden, weil uns der Inhalt sehr aus dem Herzen spricht. Wir hatten vor, einen ähnlichen Kommentar zu schreiben, der bei uns jedoch weitaus zynischer ausgefallen wäre. Da dies niemanden was nützt - hier nun die konstruktivere Variante, wenn auch gemischt.

Gute Serben, böse Albaner

Gewöhnlicher Rassismus und linke Verschwörungstheorien

AMAZORA SEITE 46

Der Feind meines Feindes ist mein Freund – nach dieser simplen Devise verfahren etliche linke Kommentatoren auch bei der Bewertung des Kosovo-Konflikts. Ihre uneingeschränkte Sympathie gilt den Serben, die in der Tat Opfer sind – Opfer der Hetze und Verteufelung. Opfer terroristischer Anschläge der UCK und seit dem Beginn der NATO-Intervention Opfer von Bomben und Raketen. Daß zumindest serbische Soldaten und Polizisten seit Jahren auch Täter sind, wird schweigend übergangen oder offensiv geleugnet. Ursachen und Verlauf des Konflikts sind in den einschlägigen Betrachtungen ebenso wenig Thema wie die Verbrechen gegen die albanische Bevölkerung des Kosovo.

Besonders borniert ist die Perspektive derjenigen Linken, die früher „Revis“ genannt wurden: Bewunderer des „realen Sozialismus“, die ihre schematische Welt sieht in das Jahr 1999 hinübergerettet haben. Offensichtlich ist für viele von ihnen die von Serbien dominierte Bundesrepublik Jugoslawien als Identifikationsobjekt an die Stelle der „friedliebenden Sowjetunion“ getreten. Wer so unkritisch Partei ergreift, diskreditiert nicht nur sich selbst, sondern schadet auch der ohnehin viel zu schwachen Protestbewegung gegen den Krieg der NATO.

In der folgenden Presseschau sind ausschließlich Texte berücksichtigt, die vor

Kriegsbeginn erschienen; für unkritische Solidarisierung mit Serbien *nach* Beginn des ungleichen Kampfes wären mildernde Umstände zuzubilligen.

In der Wochenzeitung der DKP, *Unsere Zeit*, werden die jugoslawischen Konfliktparteien besonders einprägsam charakterisiert – laut *UZ* stehen sich im Kosovo Terroristen und Ordnungshüter gegenüber: „Die UCK-Terroristen versuchen, die NATO-Intervention regelrecht herbeizumorden“, so wollen sie „die Bundesrepublik Jugoslawien an der Ausübung legitimer Hoheitsrechte eines souveränen Staates hindern.“ Daß die Soldaten dieses Staates – in Ausübung seiner Hoheitsrechte – auch gewaltsam gegen die kosovarische Zivilbevölkerung vorgehen, wird nicht erwähnt, und andere albanische Gruppierungen als die UCK kommen nur in Gestalt der „reaktionärsten Kräfte des Albanentums“ vor. Die Serben dagegen verteidigen lediglich ihre Heimat. Sie „werden sich nicht kampflös ein Landstück entreißen lassen, in dem Kirchen und Klöster von den Ursprüngen ihrer nationalen Identität zeugen.“ (*UZ*, 19.3.)

Im *Neuen Deutschland* (Titelseite vom 11.3.) werden die Schuldigen ebenso eindeutig benannt: „Die von den Gewaltseparatisten der UCK immer wieder provozierten Kämpfe mit der jugoslawischen Armee lassen die serbische Provinz nicht

zur Ruhe kommen“, steht zum besseren Verständnis neben einem Bild, auf dem fliehende Kosovo-Albaner zu sehen sind. Insgesamt diplomatischer formuliert Insgeheim Gaskolumnist Hans Modrow. Abenteuerlich allerdings ist seine Gleichsetzung der Verhandlungen auf Schloß Rambouillet mit der Münchner Konferenz von September 1938: „Wohin es führt, wenn das Völkerrecht außer Kraft gesetzt und durch das Faustrecht ersetzt wird, zeigte einst München, als ein souveräner europäischer Staat, die Tschechoslowakei, zerschlagen wurde – ein Menetekel.“ (*ND* vom 20.3., ebenfalls auf der Titelseite: „Kosovo und das Menetekel von München“).

Die Berliner Tageszeitung *junge Welt* beschäftigt sich ausgiebig mit dem Massaker von Racak, bei dem am 15. Januar dieses Jahres 45 Menschen getötet wurden – albanische Zivilisten, die von Serben ermordet worden seien, wie OSZE-Missionchef William Walker und die westlichen Medien ohne nähere Untersuchung der Umstände sogleich behaupteten. In der *jW* werden nun nicht nur Zweifel an dieser Version formuliert; vielmehr dreht man den Spieß einfach um und suggeriert eine Inszenierung durch die UCK: „Nach dem in Bosnien erprobten Vorbild kam es dann auch am 15. Januar 1999 zu dem ‚Massaker‘ von Racak... Danach lief eigentlich alles nach Plan...“ (*jW*, 1.3.) Selbst wenn man den unwahrscheinlichen Fall unter-

stellt, bei den Toten von Racak handelte es sich ausnahmslos um eigens dort zur Schau gestellte, als Zivilisten kostümierte UCK-Kämpfer – der Verweis auf das „in Bosnien erprobte Vorbild“ wäre selbst dann ein bodenloser Zynismus: Die dort begangenen Massaker erscheinen so als perfide Inszenierungen zur Diskreditierung der zu Unrecht beschuldigten Serben; die (unterstellte) Inszenierung von Racak wäre nur ein kleiner Beitrag zur großen antiserbischen Verschwörung. Um dem ungläubigen Publikum derlei Zumutungen näherzubringen, verzichtet man auch nicht auf rassistische Zuschreibungen. *jW*-Redakteur Werner Piker kennt sie gut, die abgrundtiefe Bosheit der Kosovo-Albaner: „Zur Erinnerung (?) sei noch erwähnt, daß immer dann, wenn fremde Heere die Balkanvölker unterjochten, sie unter den Kosovo-Albanern eifrigste Kollaborateure fanden.“ (*jW*, 20.3.)

Vergleichsweise sachlich und informativ war die Berichterstattung der *jW*-Abteilung *Jungle World*. Deren Miherausgeber Jürgen Elsässer plazierte seinen Artikel über die „Drahtzieher der Kosovo-Connection“ lieber in der Märzausgabe von *konkret*. Die Überschrift sagt schon fast alles: „Drogen und Deuschmark. Wie die albanische Mafia mit deutscher Hilfe zur UCK wurde.“ Als wichtigsten Zeugen der Anklage zitiert Elsässer gleich im ersten Satz einen Beamten des Belgrader

Innenministeriums: „Die albanische Mafia und die sogenannte Befreiungsarmee Kosovo haben keine Berührungspunkte – sie sind ein und dasselbe...“. Die im zweiten Teil des Artikels zusammengetragenen Indizien für eine deutsche Einmischung zugunsten der UCK wären, wenn sie zutreffen, schlimm genug. Statt ihnen nachzugehen rührt Elsässer sie mit Geschichten über eine direkte Steuerung der UCK durch das Bonner Verteidigungsministerium zusammen. Er endet bei 1,2 Mio. DM deutscher Flüchtlingshilfe an Albanien, die planvoll der UCK in die Hände gespielt worden seien: „Der Kampf konnte weitergehen.“

Schon Anfang der 90er Jahre interpretierte *konkret* den jugoslawischen Bürgerkrieg ausschließlich als Produkt imperialistischer (vorzugsweise deutscher) Aufheitzung; Wolfgang Pöht folgte seinerzeit: „Erst hatte man Kroaten, Serben, Muselmanen etc. wie Kampfhunde aufeinander scharf gemacht... Dann schloß man die Verhetzten in der Arena ein, und was kommen mußte, ließ nicht lange auf sich warten.“ Verglichen mit solchen rassistischen Tiraden ist Elsässers Artikel eine Verschwörungstheorie der harmloseren Sorte. Sie wird vermutlich in allernächster Zeit überboten werden.

Auszug aus

WOMEN AGAINST FUNDAMENTALISM

ein empfehlenswertes Buch, geschrieben und herausgegeben von
Migrantinnen in England.



Ann Rassiter
über Fundamentalismus am Beispiel Katholizismus,
über anti-irischen Rassismus und
rassistische und sexistische Repression in England
über die Selbstorganisation von feministischen Migrantinnen

übersetzt vom Irland-Archiv/Berlin

Colm Henry
FIRST COMMUNION
10.30am: Inchicore Church, Dublin

"Wir schließen hier in Irland zum Spaß bereits Wetten ab", sagt die irische Feministin und Journalistin Nell McCafferty, und in der Zeitschrift 'Irish Women' schreibt sie: "Aller Wahrscheinlichkeit nach fällt bereits in den ersten Worten der Eröffnungsrede einer britischen Feministin das Klischee von unserer scheinbaren Unterdrückung. Abtreibung, Scheidung, die Rechte für Schwule und Lesben, damit wird sie anstimmen. Dann wird sie sicherheitshalber einwerfen, daß Verhütungsmittel außerdem kaum erhältlich seien. Wenn du britische Feministinnen über Irland reden hörst, bekommst du den Eindruck, wir würden ein Leben - barfuß, schwanger und an den Spültisch gekettet - führen. Und was gerade noch fehlte: ein katholisches männliches Schwein im Wohnzimmer. In Wirklichkeit sind Verhütungsmittel legal, wenn auch nicht wie in Britannien annähernd ausreichend verfügbar; im Zuge des Präsidentschaftssieges von Mary Robinson hat die Regierung der Republik Irland angekündigt, daß Homosexualität legalisiert werden wird und signalisiert, auch das Scheidungsrecht bald einzuführen. So bleibt Abtreibung übrig...die Entscheidung darüber wird vom Willen der Leute abhängig sein..."

Allerdings muß hier angemerkt werden, daß nicht alle irischen Feministinnen McCaffertys Ansicht teilen, Mary Robinsons Wahl würde notwendigerweise eine große Wende für die Angelegenheiten von Frauen oder für die Rechte von Schwulen und Lesben in der Irischen Republik ankündigen - ein Punkt der noch später in diesem Kapitel diskutiert werden wird. Abgesehen davon findet McCaffertys respektlose Beschreibung dessen, wie sich britische Feministinnen verhalten, wenn es um irische Themen, besonders um den religiösen Einfluß im Gebiet der Reproduktion und Sexualität, geht, Anklang bei denjenigen unter uns, die in Britannien leben. Die schwierige Beziehung zwischen Irland und Britannien ist für sehr viele Widersprüchlichkeiten und verzerrte Sichtweisen verantwortlich, wobei das Thema Religion nur ein Beispiel unter vielen ist. Die irische ImmigrantInnen-Community hat die Auswirkungen deutlich zu spüren bekommen. Irische Frauen in Britannien, besonders irische Feministinnen, sehen sich dem zentralen Paradoxon gegenüber, einerseits gegen einen sehr orthodoxen, wenn nicht gar fundamentalistischen Katholizismus und einen etwas weniger fundamentalistischen Protestantismus kämpfen zu müssen; beide Formen nämlich den zentralen Kern irischer Identitäten. Andererseits geht es gegen ein in der britischen Kultur in massivem Umfang betriebenes Psychologisieren, das Religion im irischen Kontext nur in pathologischen Begriffen faßt und als einzige Ursache des großen irischen "Dilemmas" sieht. Sich bei der Religionsfrage und bei der damit verbundenen irischen nationalen Frage gegen ein Flair an Undurchschaubarkeit zur Wehr zu setzen, ist jedoch nur ein Teil des Kampfes. Eine Nähe zu Irland selbst, der enge Kontakt mit zu Hause, wird von den meisten Immigrantinnen aufrecht erhalten. Die ständige Aktualisierung irischer Emigration und was am wichtigsten ist, der derzeitige Anglo-irische Krieg, der wie Ebbe und Flut seit mehr als zwei Jahrzehnten einmal anschwillt und dann wieder zurückgeht, macht einen Kampf an vielen unterschiedlichen Fronten notwendig: eine irische Immigrantinnen - und zugleich feministische Politik und Infrastruktur mußte aufgebaut werden, sowie die politische Debatte in Britannien und in Irland selbst aufrechterhalten werden. Auch die Repression des Staates gegen die irische Community in Britannien - Teil des "Fallouts" des Krieges, forderte unermüdliches politisches Handeln ein. Bisher wurde äußerst wenig über irischen Feminismus in Britannien veröffentlicht, zu komplex schien die damit verbundene Politik. Vorurteile und die Zensur in Bezug auf die irische Frage taten ihr übriges. Dies bedeutet, daß die Erfahrungen der Frauen, die



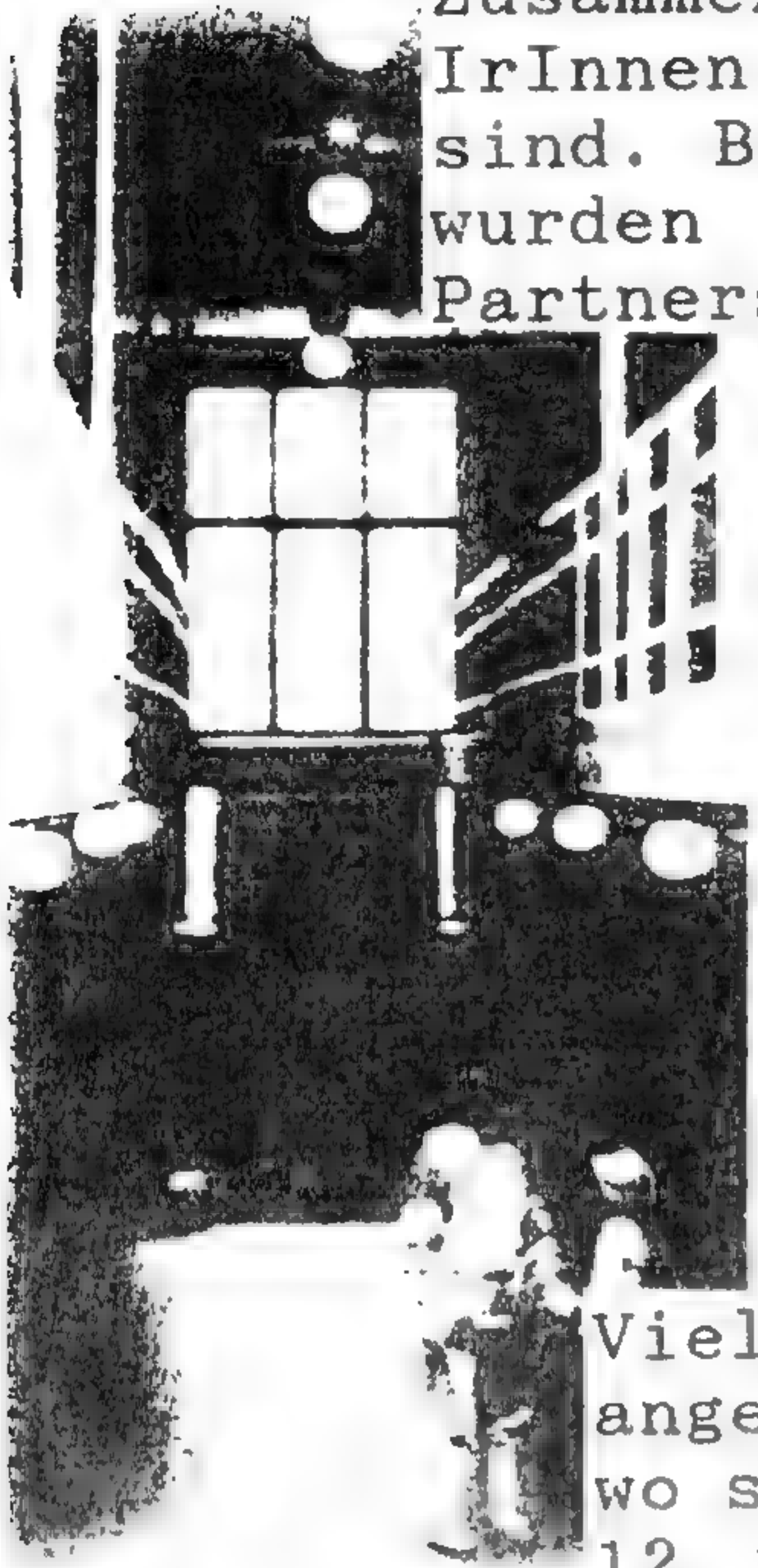
die größte ethnische Community in Britannien bilden, sowohl historisch als auch in der Gegenwart einfach ignoriert werden. Dieses Kapitel hier kann die Ausgewogenheit nicht wiederherstellen. Es richtet vielmehr seinen Schwerpunkt auf den Katholizismus, die Religion der Inselmehrheit und versucht die Vorstellungen zu widerlegen, daß es sich um ein metaphysisches Phänomen handle. Stattdessen sehe ich das ganze als das Konstrukt eines besonderen historischen Prozesses an, in dem das britische imperialistische Unternehmen eine bedeutende Rolle spielt. Dazu muß ich mich auf die Entwicklung der katholischen Nation und den Staat im Süden, die Irische Republik, und seine Funktion bei der Unterdrückung von Frauen konzentrieren. Ein weiteres Ziel ist die Herausarbeitung der progressiven Kräfte in Irland, unter anderem den Feminismus, damit die verwirrten Ideen, die auf jahrhundertealten Kolonialismus beruhen, korrigiert werden können. Da die katholische Kirche weltweit eine wichtige Rolle darin gespielt hat, das wieder zurückzudrehen, was Frauen an Zielen erkämpft oder Schwule und Lesben erreicht haben - auch wenn es wenig war, war es wichtig - geht schließlich der Import des irischen Problems unausweichlich weit über den Anglo-Irischen Zusammenhang hinaus.

Solidarität zwischen britischen und irischen Feministinnen: dem Krieg zum Opfer gefallen.

In dieser Gesellschaft ist es weit verbreitet, das Irische mit Rückständigkeit, Dummheit und Irrationalität in Verbindung zu bringen; diese Vorstellung, zusammen mit der Erklärung, daran sei zum Großteil ein religiöser Atavismus schuld, hat eine Geschichte, die bis auf koloniale und militärische Interventionen im 12. Jahrhundert zurückreicht. Als der Konflikt im Norden Irlands erneut ausbrach, lebten diese Ansichten wieder auf. Die Gedankengänge hinter der letzten Welle anti-irischer Vorurteile, und das ist in der Tat anti-irischer Rassismus, sind nicht schwer zu entziffern. Seit 1969, als britische Truppen in Nordirland einmarschierten, was von den Politikern "friedensschaffende Maßnahme" genannt wurde, womit angeblich zwei sich bekriegende irische Fraktionen auseinandergehalten werden sollten, hat sich die britische Herrschaft durchweg als ehrliche Vermittlerin bei einem lokal begrenzten Krieg zwischen zwei Communitys dargestellt. Zusammen mit den Medien war es relativ einfach, daß die Fakten in diesem sektiererischen Staatengebilde im Norden Irlands verschleiert werden konnten. Dazu wurde verschwiegen, daß seit 1970 die "unparteiische" britische Armee mit aller Kraft Angriffe auf die nationalistische Bevölkerung verübt hat, um den Status Quo aufrechtzuerhalten. In ihrer historischen Studie über die britische Wahrnehmung von Iren und Irinnen "Nothing but the same old story: the roots of anti-irish racism. Immer die gleiche alte Geschichte: über die Wurzeln des anti-irischen Rassismus" bemerkt Liz Curtis:

"In den folgenden Jahren- seit 69 - präsentierten die Briten, von den Medien unterstützt, ein völlig verkehrtes Bild der Ereignisse. Damit sollte das Image der britischen Unparteilichkeit gestützt werde. Sie spielten die von britischen Kräften verübten Greuelthaten herunter, verharmlosten die loyalistische Verantwortung bei Gewalttaten und stellten die Situation als eine lange Kette gewalttätiger Handlungen dar, die von Republikanerinnen verübt wurden. Sie machten die IRA zur Ursache statt zum Produkt des Konfliktes. Sie weigerten sich anzuerkennen, daß die Teilung und die anhaltende britische Präsenz die Wurzel des Übels waren... es war die gleiche alte Geschichte."

Auf diesem Hintergrund kam es gegen die in Britannien lebenden IrInnen zu einer regelrechten modernen Hexenverfolgung, denn der Sicherheitsapparat wollte die öffentlichen Proteste gegen die britischen militärischen Aktivitäten im Norden Irlands eindämmen. Nach jeder Bombe der IRA wurde verzweifelt nach einem Sündenbock gesucht. Es wurde offiziell registriert, daß zwischen 74 und Ende 89 mit Hilfe des "Prevention of Terrorism- Act" (PTA), dem Gesetz zur vorbeugenden Terrorismusbekämpfung, aufgrund von Delikten im Zusammenhang mit Nordirland 6763 Leute, die meisten davon IrInnen, in England, Schottland und Wales festgenommen worden sind. Bei 569 von ihnen kam es nur zu einer Anklage und 411 wurden anschließend verurteilt (nach Irish Information Partnership, 1990)



Viele IrInnen werden auch an Bahnhöfen und Bushaltestellen angehalten, oder auf der Straße oder in ihrer Wohnung aufgesucht, wo sie häufig verhört werden. Dauert eine Festnahme weniger als 12 Stunden, darf die Polizei jeden und jede auf britischem Territorium oder der und die britische Häfen passiert, auch ohne jede Verdachtsgrundlage befragen. Lord Colville, zuständig für die jährlichen Regierungsberichte über den PTA schätzt, daß bereits eine Million Menschen pro Jahr verhört worden sind und sei es nur für einige Minuten (Jessel, 1990). Solche repressiven Maßnahmen des Staates hatten schwerwiegende Auswirkungen auf Frauen, wie Mary O'Shea in ihrem Essay betont (Policing Irish Women in Britain 89). Sie bezieht sich insbesondere auf die Zeit nach dem IRA- Anschlag auf eine Kneipe in Birmingham 74 und schreibt dazu: "Die ganze irische Community in Britannien wurde dafür bestraft und Frauen mußten die größte Last tragen. Sie wurden nachts aus ihren Betten gezerrt und mußten erniedrigende sexistische Bemerkungen über sich ergehen lassen. Sie mußten sich um ihre Kinder kümmern, die mit ihnen in ein Zimmer gesperrt und von Polizeihunden terrorisiert wurden. In den folgenden Tagen hatten sie angst um ihre Männer und sie wurden von ihren Nachbarn mißhandelt und von ihnen angegriffen. Ihr Leben ging jedoch weiter und sie mußten in ihren zerstörten Wohnungen ihre Kinder versorgen. Einige stritten sich mit ihren Ehemännern und beschuldigten sie, politisch aktiv geworden zu sein. Dies alles hatte destruktive Wirkungen auf die Community. Familien und FreundInnen stritten sich, Beziehungen zerbrachen. Zumindest war das Klima von permanenter Unsicherheit und Angst geprägt. Die Frauen und Familien der 6 Männer, denen die Schuld für die Bomben in Birmingham 74 zugeschoben wurde, waren schutzlos als sie angegriffen wurden und als rachesüchtige Briten ihr Haus abbrannten. Einige, die sich in Birmingham schon seit Jahren niedergelassen hatten, mußten die Flucht ergreifen". Natürlich sind auch Frauen festgenommen und verhaftet worden und die Liste schließt Maire O'Shea selbst mit ein, die sich in ihrem Prozeß 86 politisch verteidigte und den Kollaps der Anklage der Krone gegen sie erreichte. Andere hatten nicht so viel Glück. Die Schwestern Aine und Eibhlin NicGiolla Easpaig, Martina Shanahan von den "Winchester Three", Annie Maguire und Carole Richardson von den "Guildford Four", mußten lange Haftstrafen absitzen,

während sie ihre Unschuld leidenschaftlich verteidigten. Judith Ward, die aufgrund eines Fehltrurteils einsitzt, befindet sich immer noch im Gefängnis; ihr Fall wird jedoch gerade neu aufgeworfen. (Anm. der Übersetzerin: Sie wurde inzwischen freigelassen. Im Moment sitzen keine irischen politischen Gefangenen mehr in England ein; und nur noch eine Frau ist in Maghaberry im Norden Irlands in Isolation, Entlassungstermin: 19.12.99)



Die Mehrzahl irischer Aktivistinnen und Autorinnen sind davon überzeugt, daß die Fortdauer des Krieges in Irland und die intensive Polizeiüberwachung und Repression gegen die IrInnen in Britannien erst durch rassistische Haltungen ermöglicht wurden, die in allen Teilen der britischen Gesellschaft weit verbreitet sind: bei der Rechten, der Linken und in der Tat bei Feministinnen. Marie O'Shea argumentiert, daß solche Haltungen in den vergangenen 800 Jahren britischer Herrschaft über Irland geprägt wurden. Stereotype Ansichten über die IrInnen wurden gefördert; sie seien "dumm", schmutzig, faul, wild, tückisch, gewalttätig, unregierbar und im Besitz eines irrationalen Religionszugehörigkeitsgefühls. Liz Curtis, die ebenfalls von dieser Position aus argumentiert, richtet ihr Augenmerk auf pseudo-wissenschaftliche "Race"-theorien von viktorianischen Anthropologen und Ethnologen, die das Irische miteinbezogen und die über Populärliteratur allgemein in Umlauf kamen. Innerhalb diese Denkschematas wurde behauptet, daß nicht allein körperliche Unterschiede, sondern auch charakterliche bei "Rassen" (race) vererblich seien. Hierbei wird eine hierarchische Maßskala aufgestellt, wobei die Anglo-Sachsen ganz oben, Schwarze unten und Kelten und JüdInnen irgendwo dazwischen plazierte werden. Das Objekt dieser Übung war nicht nur der Beweis der englischen Überlegenheit, sondern es implizierte, daß sich die "unterlegene Rasse" sich nicht selbst regieren könne. Eine Studie des amerikanischen Autors L. Perry arbeitet heraus, wie während der viktorianischen Periode versucht wurde, Beweise dafür zu finden, daß Engländer und Iren durch klar voneinander getrennte Grenzen von "race", Religion und Kultur unterscheidbar seien. Physiognomische Unterscheidungen im äußeren Erscheinen waren für dieses Bestreben bedeutend und gebildete Menschen verschwendeten erhebliche Energie damit Schädel, Gesichtseckpunkte, Lippendicke, Kiefergröße und Pigmentierungsstärke zu messen, womit für ihre Theorie eine wissenschaftliche Basis geschaffen werden sollte. Das "Vorstehen der unteren Gesichtshälfte", das "Mehr oder weniger zurückweichende Kinn", der "große Mund und dicke Lippen", folgerten sie, wiesen auf eine Schnelligkeit in der Wahrnehmung hin, aber auf ein "Defizit an Vernunft".

Liz Curtis und einige andere haben versucht aufzuzeigen, daß anti-irischer Rassismus in der britischen Gesellschaft immer präsent war - auch wenn er je nach Zustand der anglo-irischen Beziehungen mal zu- oder mal abnahm- und daß er erneut ausbrach als britische Truppen 1969 auf die Straßen Irlands zurückkehrten. In einer kürzlich veröffentlichten mündlich gehaltenen Geschichtsarbeit (Lennon, McAdam und O'Brien, 88) erinnert sich Anne Higgins daran, in den 30er und 40er Jahren "unter einer Art Belagerungszustand" in den irischen katholischen Communities in Manchester gelebt zu haben. Jüdinnen und IrInnen, sagt sie waren im gleichen Ghetto im Norden der Stadt und hatten als Minderheiten "sehr große Sympathien zueinander". Weitere Zeitungsberichte in dieser Arbeit erinnern lebendig an die "Keine Iren, keine Farbigen"-Schilder, auf die so viele ImmigrantInnen der 50er und frühen 60er Jahre bei der Suche nach einer Unterkunft stießen. Bisher war es ein schwieriges Unterfangen aufzuzeigen, daß die irische Erfahrung eine Form des Rassismus bildet. Auch dann, wenn im britischen Diskurs über Rassismus die Mehrheit der TheoretikerInnen einräumt, daß sich die Kategorie "race" auf eine ganze Gruppe kultureller Ideen, Meinungen und Argumente bezieht, die falsche Vorstellungen von den Merkmalen und Fähigkeiten von bestimmten Gruppen einer "race" weitervermitteln. Rex, einer der am häufigsten zitierten Theoretiker, stellt fest (1970), daß immer dann von Rassismus gesprochen werden kann, wenn irgend ein "deterministisches Glaubenssystem" Gruppencharakteristiken als eng "fixiert" ansieht, und wenn dies unausweichlich zu ziemlich starren und ausschließenden Schranken zwischen der einen und der anderen Gruppe führt. Bei irischen Feministinnen in Britannien ist die Annahme weit verbreitet, daß ein "deterministisches Glaubenssystem" ihre britischen Gegenstücke (Pendants) davon abhält die irische Situation zu verstehen. Und das doppelte Thema - Nationalismus und Religion - wird für die Spaltung der beiden Seiten verantwortlich gemacht. Ausgehend von diesem Szenario ist es kaum verwunderlich, daß die Solidarität zwischen irischen und britischen Feministinnen wohl dem aktuellen anglo-irischen Krieg zum Opfer gefallen ist, obwohl es zu Beginn der Krise fast so aussah als ob alles eine andere Richtung nehmen würde, als Nordirland im Brennpunkt stand und Politik und Medien ihre Aufmerksamkeit darauf



In dieser Periode, den frühen 70ern, die oft als jene Tage der Begeisterung und der "universalen Frauensolidarität" bezeichnet werden, kamen Frauen aus vielen verschiedenen Ländern, aus Irland, Britannien, Amerika, Australien und Kontinentaleuropa zusammen, um in Frauen- und Irlandgruppen die Rolle des britischen Staates in Nordirland zu thematisieren, sowie seine militärische Rolle und die Auswirkungen auf Frauen dort wie hier. Es ist verständlich, daß solche Gruppen annahmen, daß die britische Frauenbefreiungsbewegung (British Women's Liberation Movement) ihr natürlicher Unterstützerinnenkreis sei und auf Frauentreffen, Konferenzen und Versammlungen wurde agitiert. Doch



schon sehr bald erlahmte das ganze, wurde doch die irische Situation als zu komplex und "fremd" angesehen. Und obwohl Frauen- und Irland- und andere Gruppen überall in Klein- und Großstädten von Bristol bis Dundee neu entstanden, wurde Ende der 70er Jahre den Aktivistinnen immer klarer, daß Irland für die Belange der meisten britischen Feministinnen ziemlich marginal war, wenn nicht gar irrelevant. Selbst ein flüchtiger Blick auf die Geschichtsschreibung der britischen Frauenbefreiungsbewegung wie 'Sweet Freedom' (Coote und Campbell, 89) oder ein neueres Werk 'Hyenas in Petticoats' (Neustatter, 89) bestätigt dies. Auffälligerweise fehlen in solchen Geschichtsarbeiten feministische Perspektiven in bezug auf den Staat, abgesehen von Wohlfahrtsaspekten. Außerdem fehlen andere Themen, die durch die nordirischen Verhältnisse aufgeworfen werden, wie Nationalismus, Unionismus, Religion und natürlich politische Gewalt. Es ist bezeichnend, daß die Existenz von Frauen- und Irlandgruppen und von Aktivistinnen, die sich mit der irischen nationalen Frage beschäftigt haben, nicht einmal Erwähnung findet.



Irische Themen wurden marginalisiert oder sogar völlig unsichtbar gemacht (obliteration). Dies hatte zur Folge, daß sich seit 1980 allmählich irische Frauen 'unter sich' organisierten, auch wenn bestimmte Kampagnen, vor allem die gegen Nackt-Durchsuchungen und die gegen die schlechte Behandlung von weiblichen politischen Gefangenen weiterhin gemischt blieben (Anm: Gemischt bedeutet hier: irische und britische Frauen gemeinsam)



Sogar Bereiche mit scheinbar allgemeinen Belangen- wie Reproduktionsrechte- wurden durch den Krieg beeinflusst. In den 70ern unterstützten britische und irische Feministinnen gemeinsam Kampagnen in Irland zu größeren Rechten in Fragen der Verhütung, doch die irische "Women's Abortion Support Group" (Frauengruppe zur Unterstützung von Abtreibungen), die 1981 in London gegründet wurde, um irischen Frauen Informationen und praktische Hilfe bei Abtreibungen in Britannien anzubieten, hat ihre Mitglieder auf irische Frauen beschränkt (1988). Das Ergebnis dieser separatistischen Politik war eindeutig positiv; nicht zuletzt brachte sie ein starkes Engagement (commitment) hervor, für die Entwicklung einer feministischen Analyse und eines Programmes (agenda), das nicht nur irischen Charakter hatte, sondern den Bedürfnissen und Zielen (aspiration) von weiblichen Immigrantinnen allgemein entsprach. Trotzdem bleibt das Problem der Marginalisation, das noch dadurch verstärkt wird, daß es keine irische feministische Zeitschrift oder Broschüre in Britannien gibt und kaum Aktivistinnen, die dafür schreiben würden, geschweige denn für die Medien. Zum Teil liegt das an der Angst dort verzerrt dargestellt zu werden, aber hauptsächlich hat sich eine ernsthafte und informierte Debatte meistens als unmöglich erwiesen.



Die Gründung von 'Women Against Fundamentalism' WAF, (Frauen gegen Fundamentalismus) 1989 bei der Frauen aus Ländern mit einer langen Kolonialisationsgeschichte beteiligt waren, hat ein Diskussionsforum, zumindest über Religion, eröffnet. Dabei wird Religion im politischen Kontext betrachtet und historische und ökonomische Prozesse werden miteinbezogen.

Hieraus entwickelte sich u.a. die Kundgebung vor der irischen Botschaft in London, organisiert von WAF am 15. Mai 90. Es sollte Aufmerksamkeit dafür geschaffen werden, daß zwei Dubliner Organisationen, das 'Dublin Well Women Centre' und 'Open Line Counselling' vor dem Europäischen Menschenrechts-gerichtshof in



Straßburg erscheinen sollten, um Einspruch gegen die gegen sie erhobene Klage der britischen Organisation - der 'Society for the Protection of the Unborn Child' (Gesellschaft zum Schutz des ungeborenen Lebens) zu erheben. Die Anklage gegen beide Frauengruppen vor irischen Gerichten richtete sich gegen ihre Beratungsarbeit über Abtreibungskliniken in Britannien. Bei der Kundgebung waren Frauen aus Britannien, Irland, Indien, Israel, Iran und Pakistan und Frauen aus einigen katholischen Ländern Europas. Dies zeigt wie dringend das Bedürfnis ist, den vereinenden impuls (momentum) gegen religiösen Fundamentalismus weltweit zu verstehen, sowie die besonderen Bedingungen für seine Existenz im Westen und anderswo.
(...)



Geraldine Daly
GOM-PLATE
10.000m Scheibengröße
Litho.

Schlußbemerkung des Irland-Archivs:

Das Kapitel zu irischen Migrantinnen ist hier noch nicht zu Ende, aber es würde den Rahmen sprengen, den Rest auch noch zu übersetzen. Die anderen Kapitel des Buchs "Women against Fundamentalism", geschrieben von weiteren feministischen Migrantinnen, sind genauso lesenswert, vor allem das Kapitel zu islamischem Glauben. Vielleicht können ja die Erfahrungen und Analysen aus England für eine Arbeit mit Migrantinnen hier weiterhelfen.

Aus aktuellem Anlaß in bezug auf den irischen Friedens- bzw. Befreiungsprozeß erwähnen wir zum Schluß noch die Ermordung einer irischen Anwältin im Norden Irlands durch loyalistische Todesschwadronen.

Es handelt sich hierbei um eine bekannte Anwältin, die AnwohnerInnen vertrat, die gegen die jährlichen Märsche von Loyalisten durch ihre Viertel, protestieren.

Unsichtbare Hausarbeiterinnen

Ein Film zur Situation von Frauen ohne Papiere in Deutschland, die in Haushalten arbeiten.

FrauenLesbenFilmCollectif, Berlin 1999
Video, 40 min

Zu bestellen über die Postadresse:
FrauenLesbenFilmCollectif im Fibs e.V.
c/o FDCL, Gneisenastr.2a, 10962 Berlin

Gruppen und Initiativen
(die wenig Geld haben) 50,-DM, sonst 70,-DM

"...Den ganzen Tag auf Achse, immer arbeiten: so war es die ersten drei Monate, als ich noch legal war. Dann fing die Senora an, mich schlecht zu behandeln. Sie sagte: 'Nun, Dein Visum ist ja schon abgelaufen.' Damals hatte die Senora mir erst den ersten Monat bezahlt. Sie schuldete mir noch zwei Monate und wir gingen schon in den vierten Monat. (...) Ich fühlte mich sehr schlecht. Ich hatte keinen Ort, wo ich hingehen konnte und ich hatte keinen Pfennig. Aber ich hatte eine Freundin, die Deutsch sprach, und der sagte ich: 'Schau, das ist mir passiert.' Und sie sprach mit der Senora, aber die sagte: 'Wenn Ihr mich belästigt, gehe ich zur Polizei und zeige Euch an. Du kannst von mir kein Geld einfordern, denn du bist illegal.'"

In dem Dokumentarfilm kommen fünf Frauen zu Wort, die ihre Geschichten erzählen. Sie beschreiben, was es für sie jeweils bedeutet, ohne Papiere hier zu leben. Sie sind in der ständigen Gefahr, abgeschoben zu werden. Sie arbeiten in Privathaushalten in extremer Abhängigkeit von den ArbeitgeberInnen und haben verschiedene Strategien entwickelt, um sich in dieser Situation zu behaupten

Außerdem zu Wort kommen zwei Frauen aus Beratungsstellen, Renate Heubach von der Zentralen Anlaufstelle für MigrantInnen aus Osteuropa (ZAPO) und Barbara Eritt von IN VIA (Beratungsstelle für von Frauenhandel betroffene Frauen). In diesen Interviews wird deutlich, daß die Möglichkeiten der Beratungsstellen, die Frauen in Fällen von Lohnbetrug, sexueller Gewalt oder drohender Abschiebung zu unterstützen, sehr begrenzt sind. Es ist ihnen aber ein Anliegen, auf die Situation der Frauen aufmerksam zu machen und eine Diskussion darüber anzuregen, was sich auf gesellschaftspolitischer Ebene verändern mußte, damit die Hausarbeiterinnen grundlegende Menschenrechte einfordern können.

Was auch hier eventuell möglich wäre, zeigt das Beispiel von Kalayaan, einer Organisation zur Unterstützung illegalisierter Hausarbeiterinnen in London. Bridget Anderson von Kalayaan gibt im Film einen kleinen Einblick in die Situation und in die Organisation von HausarbeiterInnen ohne Papiere in Großbritannien.

Zu Wort kommt dann noch Flor González von der Gruppe SoLatina, einer Selbstorganisation von MigrantInnen mit und ohne Papieren. Der Film dokumentiert auch die Verlesung des Manifests dieser Gruppe bei einer Veranstaltung der Internationalen Liga für Menschenrechte im Haus der Kulturen der Welt, Berlin, zum Thema "Menschen ohne Papiere" mit der Forderung:

Bleiberecht für Alle!



Liebe Leute!

Wir wollten noch mal eine Diskussion bezüglich der Demo am 6.3. zum Internationalen Frauentag in Gang bringen, da wir ziemlich unzufrieden waren, so wie es gelaufen ist. Wir waren aus folgenden Gründen schon im Vorfeld gegen eine gemischte Demo am 6.3.:

- Grundsätzlich sind wir nicht gegen eine Demo mit Männern zu dem Thema Patriarchat, doch wir finden es gerade am Internationalen Frauentag (FrauenKAMPFtag) nicht ganz passend. Doch auch zu jedem anderen Datum hätten wir Vorbehalte: Da Frauen sich oft genug ihrer eigenen Stärke und Unabhängigkeit nicht bewußt sind, vor allem in München, da hier kaum eigenständige Arbeit läuft, halten wir es für falsch dies noch durch eine gemischte Demo zu fördern. Gerade zu diesem Datum sollten Frauen/Lesben ihre eigene Power und Wut und ihre eigenen Inhalte auf die Straße tragen.
- Außerdem findet unserer Meinung nach viel zu wenig Auseinandersetzung seitens der Männer über das Patriarchat und vor allem über ihr eigenes Rollenverhalten statt. Vor diesem Hintergrund ist es eine Farce, daß Männer auf der Demo mitgelaufen sind, und so die Demo für einige bestimmt nur eine Plattform zur Gewissensbereinigung darstellte, und zwar nicht nur für sich persönlich, sondern auch für die jeweilige Gruppe. Uns ist schon klar, daß Männer auch vom Patriarchat betroffen sind und auch drunter leiden können, aber trotzdem bleibt das Gefühl, daß außer der Einhaltung des PC-Kodex (wie das große I) sich nicht wirklich etwas geändert hat. Nur auf einer Anti-Patriarchats - Demo mitzulaufen bedeutet für uns noch lange nicht, daß sich Männer wirklich über die Situation und die Unterdrückung der Frauen in dieser Gesellschaft Gedanken machen und selbst versuchen aus dem Rollenschema auszubrechen.
- Ein weiterer wichtiger Punkt für uns ist, daß durch eine gemischte Demo Männern gegenüber Frauen die Priorität gegeben wird. Und zwar in sofern, daß Frauen die, aus welchen Gründen auch immer, keine Lust haben sich mit Männern politisch auseinanderzusetzen, von der Demo ausgeschlossen sind. Es läßt sich sicher darüber streiten ob die Einstellung dieser Frauen richtig oder falsch ist, aber darum geht es nicht! Hier werden Männer für eine Demo zum internationalen FRAUENTag wichtiger genommen als andere Frauen.

Diese Kritikpunkte haben wir im Bündnisplenum zu dieser Demo auch eingebracht. Trotzdem fand die Demo gemischt statt, schade, schade, schade!

Der Ablauf der Demo sah für uns dann ungefähr so aus:

Auf der Auftaktkundgebung waren schon überdurchschnittlich viele Männer (im Verhältnis zu den anwesenden Frauen) da. Wir wollen nicht darüber spekulieren weshalb dies so war, auf jeden Fall wirkte es auf den ersten Blick hin eher abschreckend. Einige Frauen verließen die Demo dann prompt auch wieder.

Fast schon Realsatire war, daß Leute von der MLPD ein Transpi von ihnen noch schnell auf der Auftaktkundgebung umschreiben mußten. Da vorher darauf nur die Rede von „Arbeitern“ war, wurde noch flux ein „innen“ in anderer Farbe angehängt. Wir finden es ziemlich Panne, daß ein Transparent, daß Frauen ausgrenzt, in umgewandelter Form auf einer Frauendemo auftaucht.

Der Frauenblock, der vorn weg ging und immer als tragendes Element im Vorfeld angekündigt war, war im Endeffekt so klein, daß er schon gar nicht mehr richtig wahrgenommen werden konnte. Hier geht es nicht um eine Schuldzuweisung, sondern einfach um die Schilderung unserer Eindrücke.

Da von Anfang an klar war, und dies auch so gewollt war, daß es keine reine linksradikale Demo sein sollte, brachten viele Frauen und Männer ihre Kids mit. (Das fanden wir übrigens sehr schön! Vor allem auch den Drachen!) Aber deshalb fanden wir es problematisch eventuelle Übergriffe von USK-Einheiten in Kauf zu nehmen, wenn nach einem vorher ausgesprochenen Verbot weiter Öcalan-Parolen gerufen werden. Im Falle einer Eskalation hätten wir kaum eine, oder keine Möglichkeit gehabt die Demo zu schützen.

Ein weiterer Punkt, der uns störte, war der unverhältnismäßig lange Redebeitrag zu Abdullah Öcalan. Speziell am Internationalen Frauentag hat seine Person zu sehr im Mittelpunkt gestanden. Das soll nicht heißen, daß wir das Thema Kurdistan auf dieser Demo ausklammern wollen, aber ein Redebeitrag, z.B. zu Andrea Wolf oder der kurdischen Frauenarmee wäre unserer Meinung nach weitaus passender gewesen, und genauso aktuell.

Während der Abschlusskundgebung stellte sich heraus, daß Faschos am Sendlingertor die „Deutsche Stimme“ verteilten. Darauf hin ist eine kleine Gruppe von Typen zum Sendlingertor gegangen. Bezeichnenderweise waren wieder mal bei so einer Aktion nur Männer beteiligt - Lag das jetzt daran, daß alle Frauen die sie gefragt haben, nicht mit wollten, oder haben sie erst gar keine Frauen gefragt und sind einfach alleine losgeheizt?!

Zum Schluß müssen wir uns auch noch an die eigene Nase fassen. Wir haben uns auch nicht groß in die Vorbereitungen zu dieser Demo eingebracht, und haben letztlich ja auch nicht versucht zum Beispiel durch einen Redebeitrag unsere Position deutlich zu machen.

Wir finden es wichtig, daß eine Diskussion über das Gelaufene und Zukünftige zustande kommt. Deshalb laden wir alle interessierten Frauen zu einer Nachbereitung am Mittwoch, den 14.4.1999 um 20.00 Uhr im Infoladen München, Breisacherstr. 12 ein.

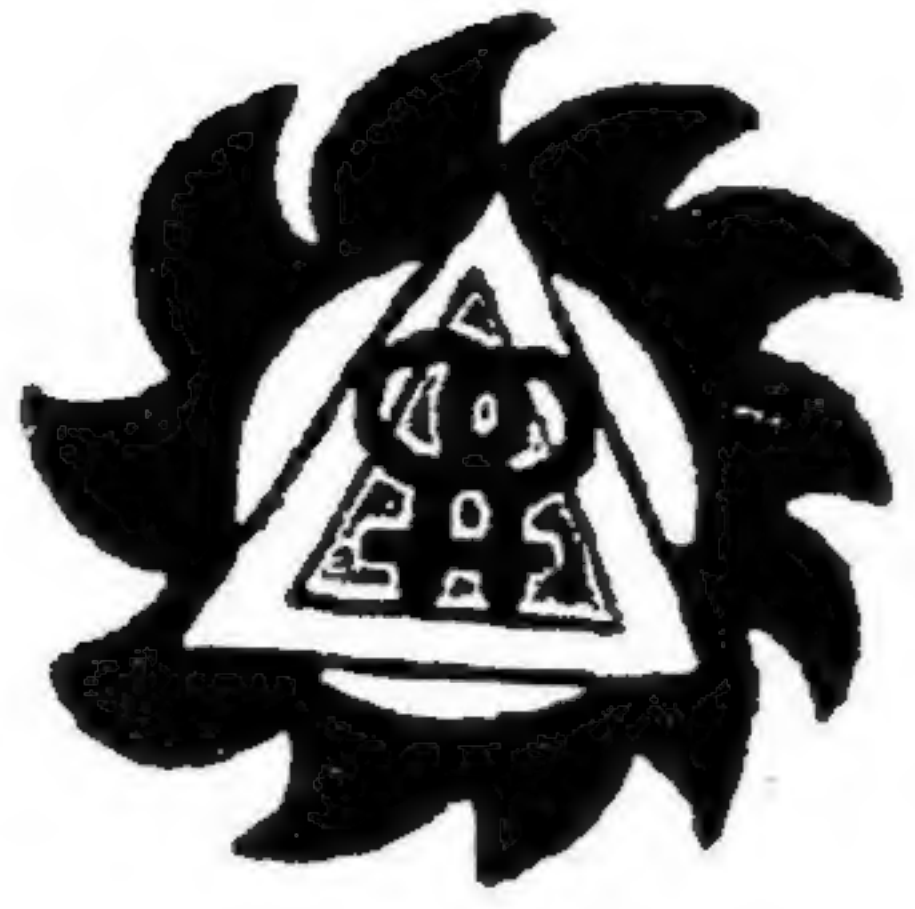
Hoffentlich bis dann!

SARA



WE HAVE THE RIGHT TO REFUSE

7. OST



FRAUEN
LESBEN
SOMMER CAMP

17.07. - 01.08.1999

Urlaub

... unter Frauen

im

Waldsee-Camp Diana

in Wooster Teerofen, direkt am See

Wir haben uns entschlossen, noch einmal dorthin zu fahren.

Jeden Tag schwimmen, lange frühstücken, angeln und tanzen, lachen und was Euch sonst so einfällt, könnt Ihr mit anderen Frauen auf unserem Camp.

Es wird wie immer viel Doppelkopf gespielt. Volleyball und Tischtennis kommen (statistisch gesehen) gleich danach.

Und natürlich:

Wir warten wieder auf Eure Ideen zu Aktivitäten, die Ihr uns gerne auch schon vorher mitteilen könnt. Ansonsten sind wir für spontane Einfälle offen und immer bereit, auch

vor Ort noch Mittel und Wege zu finden, damit es Euch Spaß macht, Eure Ideen umzusetzen

Preise:

- Ihr zahlt für eine Übernachtung mit Frühstück DM 20,-
- Kinder DM 5,-
(Du bezahlst nur für eines Deiner Kinder)

Es wird, wie in jedem Jahr (täglich außer am Wochenende) wieder 4 Stunden kostenlose Kinderbetreuung geben. Am Schluß des Camps dann ☺ die Nachtwanderung.

Für den täglichen Einkauf und das Frühstück brauchen wir wie immer Eure Unterstützung. Es wäre schön, wenn Ihr einmal Frühstück macht oder den Einkauf an einem Tag erledigt.

Hunde sind auf dem Platz leider nicht erlaubt.

Berliner Telefonnummer:

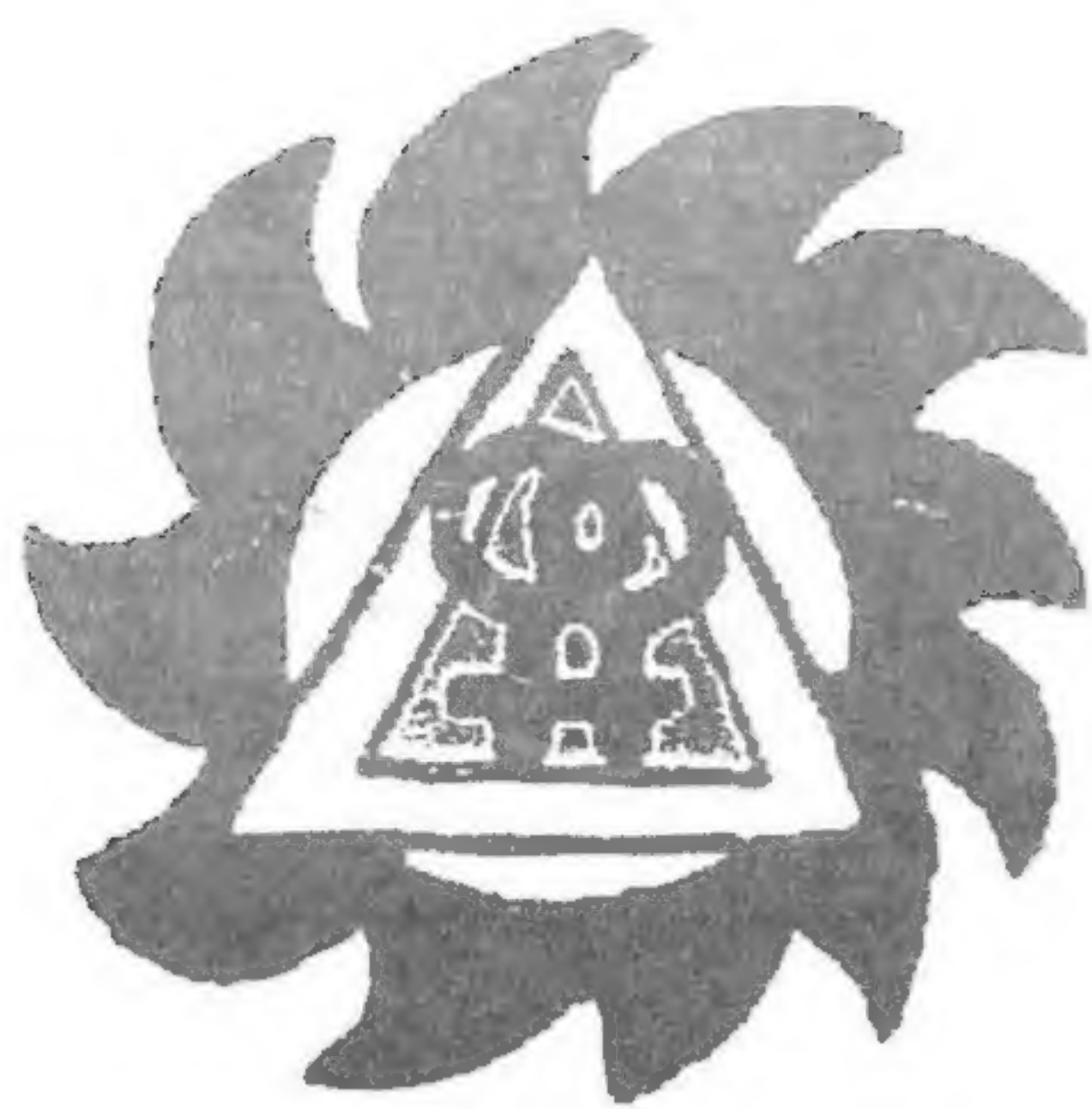
Jenny Oepke:

Tel.: (030) 612 80 752

Fax: (030) 612 80 753

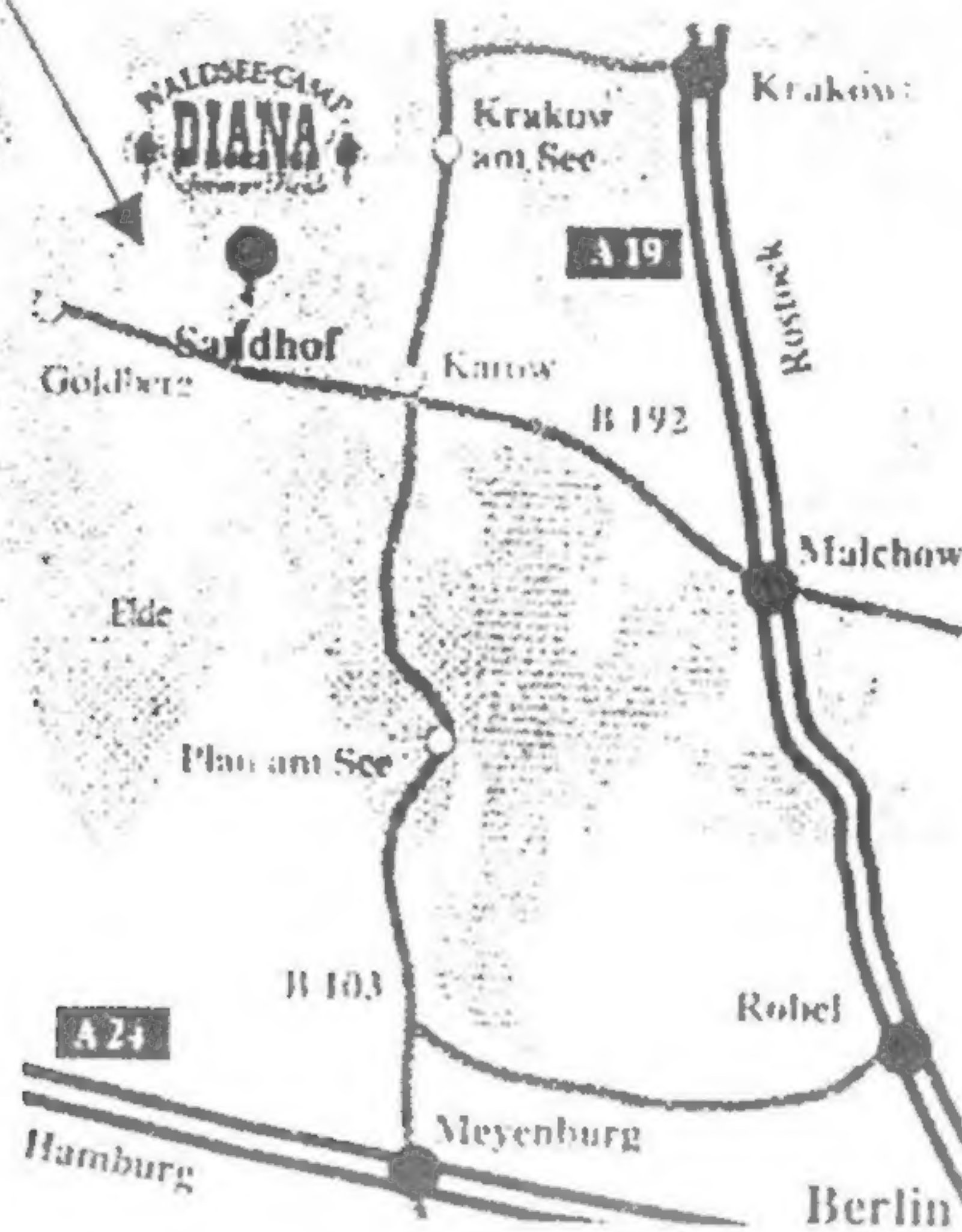
Internet: www.jennyoepke.de/camp

E-Mail: camp@jennyoepke.de



Anreise mit Auto oder Bahn

Hier müßt Ihr hin!



Anmeldecoupon

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Telefon:

Kinder/
Namen:

Kinder/
Alter:

Teilnahme
von:

bis:

Falls Ihr bereits vorher bezahlt habt
Überweisung bitte an folgende
Bankverbindung:
Postbank Berlin, Jana Mehner
BLZ: 100 100-10
KTO: 5322 23 107
unter Verwendungszweck gebt Euren
Namen an!!!

Schickt Euren Angaben möglichst
frühzeitig an die angegebene Adresse.

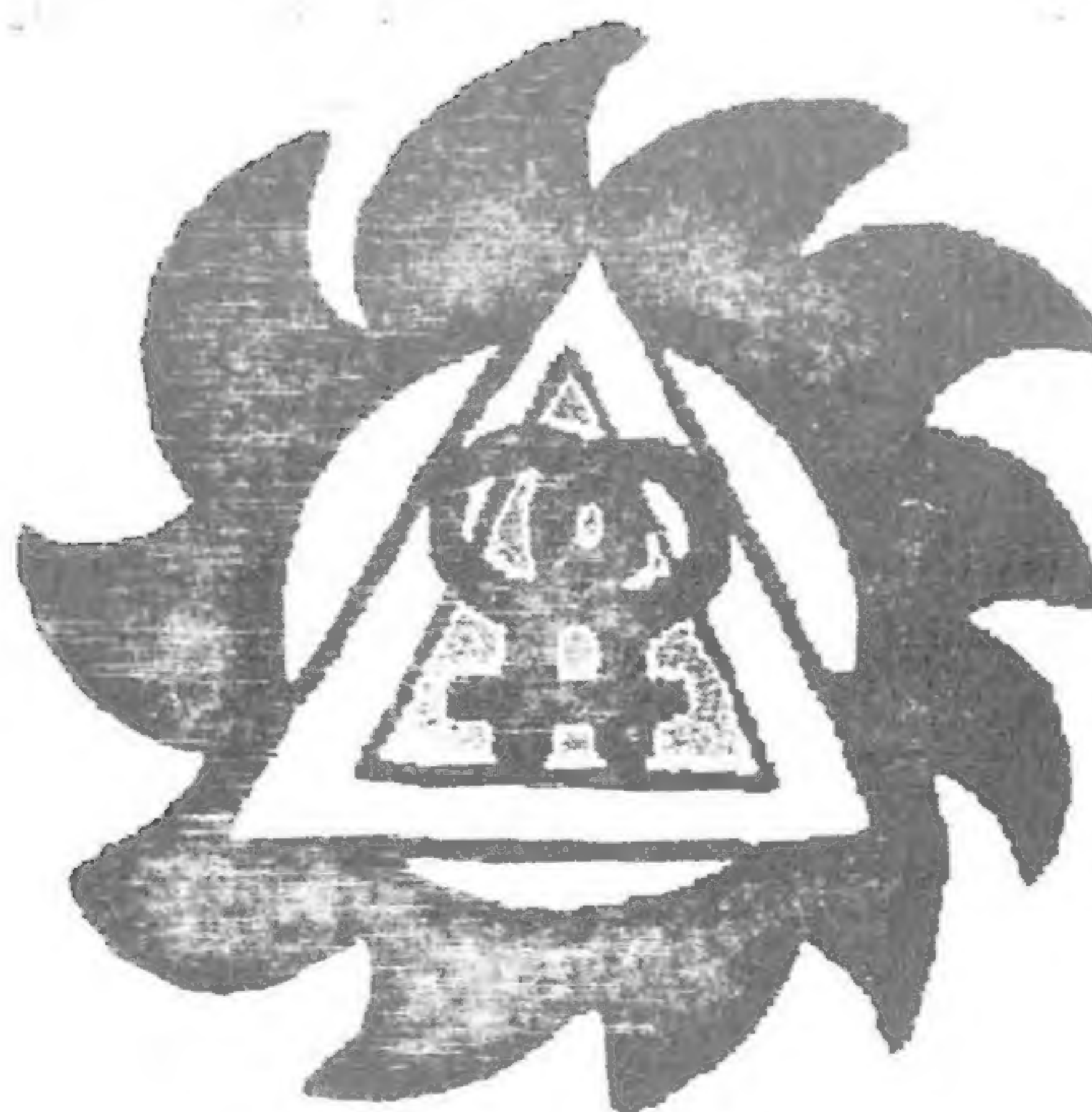
Zugverbindung:

Es fährt alle zwei Stunden ein Zug von Berlin
nach Waren, mit Anschluß nach Karow. Von
Karow sind es noch ca. 9 km bis zu uns auf den
Platz

Gegen eine Kostenbeteiligung von DM 5,-
holen wir Euch gerne vom Bahnhof ab.
Telefon vom Zeltplatz: 038736 / 40 770

Frau
Jenny Oepke
Köpenicker Straße 170

10997 Berlin



Schon mal Zeitung gemacht? Die Chance!!! Euer Schwerpunktthema in der Amazora



Ihr arbeitet schon einem Thema?
Wollt Ihr Infos, Eure Auseinandersetzung / Diskussion zu einem Thema veröffentlichen?
Habt Ihr eine Aktion vor oder ein Projekt, daß Ihr inhaltlich vorstellen?

Dann schreibt uns!
Ihr könnt in der Amazora den Schwerpunkt einer Ausgabe übernehmen.

Und das läuft so:
- schreibt uns, welches Thema Ihr machen wollt und wann
- wir koordinieren und schreiben Euch den möglichen Termin
(Absenderin nicht vergessen!)

Was heißt das - ein Schwerpunktthema übernehmen?
Ein Schwerpunktthema umfaßt ca. 20-30 Seiten.
Das können
* Einschätzungen
* Fragestellungen
* Zusammenfassungen
* Interviews von Euch sein oder
* Material / Texte, die Ihr zu diesem Thema wichtig findet.
Ihr könnt selbst layouten oder Ihr schickt uns die Texte + Layoutmaterial zu.



...UND SCHON habt Ihr ein Schwerpunktthema einer Amazora-Ausgabe gestaltet!

